

## **Meine Entdeckungsreise zu Wolfgang Abendroth**

### **Eröffnungsvortrag auf der Konferenz am 13. 05. 2006 in Leipzig**

**Von Herbert Münchow**

Meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen!

Im Namen der Veranstalter heiÙe ich sie herzlich willkommen zur Konferenz „Gegenmacht schaffen“ aus AnlaÙ des 100. Geburtstages von Wolfgang Abendroth am 2. Mai.

Es geht den Veranstaltern - Marxistisches Forum Sachsen, RotFuchs-Förderverein und Marx-Engels-Stiftung - heute keineswegs um bloÙes Gedenken.

Von Friedrich Engels - aber noch mehr aus der Geschichte - wissen wir, daÙ die Souveränität des Denkens sich auch im Marxismus über zumeist höchst unsouverän denkende Menschen verwirklicht.

Wolfgang Abendroth war da eine Ausnahme, was wie bei allen großen Denkern auch Irrtümer einschließt, aber nicht danach beurteilen wir ihn, sondern nach den Wahrheiten, die er ausgesprochen hat. Er repräsentiert selbst ein recht selten erreichtes Niveau souveränen marxistischen Denkens. Die Probleme, zu denen er bis Mitte der achtziger Jahre Stellung nahm, sind zu einem erheblichen Teil auch unsere aktuellen Probleme. Deshalb macht es auch Sinn, in der aktuellen Debatte um die Zukunft unserer Bewegung sich mit ihm zu beraten. Das wollen wir heute tun. Der Ablauf unserer in diesem Sinne angedachten Arbeitskonferenz liegt allen vor.

Ich begrüÙe alle, die an diesem Sonnabend den Weg zu uns an traditioneller Stätte im Liebknechtthaus am Ort so mancher marxistischer Debatte unter dem Dach gefunden haben.

Im besonderen begrüÙe ich unsere zwei auswärtigen Referenten, beide Schüler von Wolfgang Abendroth:

Dr. Friedrich-Martin Balzer, Lehrer, Historiker, Sachbuchautor und Herausgeber einer Vielzahl von Veröffentlichungen, gerade auch zu Wolfgang Abendroth, bei dem er promoviert hat, zu Erwin Eckert und Emil Fuchs, Helmut Ridder, Wolfgang Ruge und Hans Heinz Holz.

Prof. Dr. Peter Römer, Fachgebiet: Marxistische Theorie, insbesondere Eigentumstheorie, marxistische und analytische Rechtstheorie und

Verfassungsrecht. Der Jurist Römer war langjähriger Professor an Abendroths Institut für wissenschaftliche Politik.

Ich begrüße weiterhin:

Prof. Dr. Werner Roß, Sprecher des Rotfuchs-Fördervereins von Zwickau, Plauen und Chemnitz,

Andreas Krämer, Sprecher der KPF-Sachsen,

Michael Mäde, aktiver Mitstreiter der Berliner WASG-Mehrheit, die gewissermaßen wie im Alten Testament David den Goliath die Verfechter einer Kumpanei mit den Neoliberalen herausfordert, und

Prof. Dr. Wolfram Triller als Vertreter des Kommunistischen Aktionsbündnisses Dresden.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, liebe Genossen!

Ich bin sehr froh, daß ich die Aussprache auf der heutigen Konferenz mit einigen ganz persönlichen Worten eröffnen darf. So habe ich Gelegenheit, als Lernender einem Lehrenden zu danken, den ich persönlich leider niemals kennen gelernt habe. Und wie könnte man den Kontakt mit dem wahrhaft umfassenden Denken des „marxistischen Sozialisten“, des Kommunisten Wolfgang Abendroth, der dem Bild des „organischen Intellektuellen“ gleicht, das von Marx geprägt wurde, wohl besser charakterisieren, als eine „Entdeckungsreise“. Ich befinde mich mit diesem Begriff in guter Gesellschaft, nannte doch Hegel seine in Jena geschriebene „Phänomenologie des Geistes“ so. Der in ihr enthaltene Prozeßgedanke und der reale Humanismus, der sie prägt, ist ein neu lebendiges, ein echtes Erbe.

Bei einem Marxisten vom intellektuellen, ungeheuer produktiven, internationalistischen und kämpferischen Format Wolfgang Abendroths, der wußte, daß die glücklichen Zeiten nicht wie der Morgen nach durchschlafener Nacht kommen, der sich trotz seiner einschneidenden Kritik nicht gegen den realen Sozialismus wenden läßt (weder in der UdSSR noch in der DDR noch anderswo), kann das Aufgreifen dieses Erbes niemanden verwundern. Im Gegenteil: Weil Abendroth die Wahrheit als konkrete, ganzheitliche Wahrheit, also revolutionär gehandhabt hat, deshalb brachte er öffentlich zum Ausdruck, was manch anderer Marxist gern gesagt hätte, aber eben nicht gesagt hat, nicht sagen wollte oder nicht sagen konnte. Dazu gehört neben Charakter und Wissen vor allem Leidenschaft. Dazu gehört aber auch die Kraft, Isolierung und Anfeindung

(zumal aus den eigenen Reihen) durch Objektivierung der Streitigkeiten zu ertragen. (In den Filmdokumenten werden wir uns von all dem überzeugen können, auch Wesentliches zur Biographie Abendroths erfahren, die unlängst durch Andreas Diers Buch „Arbeiterbewegung - Demokratie - Staat“ für die Zeit von 1906 bis 1948 und die Dissertation von Richard Heigl für den Zeitraum 1948 bis 1985 weiter aufgehellte wird.)

So gilt auch für Wolfgang Abendroth, der jeglichen Kult um seine Person strikt abgelehnt hat, der niemals von, aber immer in und für die Arbeiterbewegung leben wollte, was er in einem Aufsatz über Rosa Luxemburg geschrieben hat: Er ist ein Beispiel dafür, daß „Persönlichkeiten [...] ihren Rang in der Geschichte (haben), einen größeren, als manche Dogmatiker annehmen. Sie haben ihn gerade dann, wenn sie wissen, daß sie nicht beliebig 'Geschichte' machen können.“ Und eben dieses Wissen, das Abendroth in die Lage versetzte, ein eingreifender Denker zu sein, dem es um die Selbsterkenntnis, somit die Selbstbefreiung der Arbeiterklasse geht, ist der Funke, der sofort überspringt, wenn ich einen Text von ihm in die Hand bekomme.

Mein erstes „Nach-Wende-Gespräch“ über Wolfgang Abendroth, dessen Biographie (auch Leipzig kommt in ihr vor), Bücher, Artikel, Anschauungen und Lehren ein Spiegel der opferreichen Kämpfe der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung in der Epoche des Niedergangs des Kapitalismus sind, hatte ich mit Ekkehard Lieberam. Wir wollten Abendroths Idee eines Gegenprogramms zum Godesberger Programm der SPD für die Sammlung der Marxisten in der PDS nutzen. Unser Ergebnis des Nachdenkens, das wir in der Einleitung zum Nachdruck des Alternativentwurfes von Wolfgang Abendroth öffentlich aussprachen, lautete: „Abendroth war nach Rosa Luxemburg der wohl klügste und weitblickendste theoretisch-strategische Kopf der marxistischen Linken in Deutschland. Und er war wie Rosa Luxemburg ein Sozialist, für den die marxistische Analyse sich stets mit politischem Handeln verband. Seine Werke [...] sind heute genauso aktuell wie zu der Zeit, als sie geschrieben wurden.“ Daran halte ich fest, denn die sozialen Trennungslinien sind schärfer geworden, die Klassen grenzen sich voneinander ab, die Auswirkungen auf die Politik und die Parteien sind unübersehbar.

Martin Balzer war es dann, der mir und Ekkehard Lieberam eine umfassende und tiefere Einsicht in die Arbeiten von Abendroth ermöglichte. Er arbeitet seit 1998 an der Rekonstruktion und

Wiederbelebung des Gesamtwerkes von Abendroth und hat inzwischen 700 Texte als elektronische Ressource erstellt. Gemeinsam mit Hans Manfred Bock und Uli Schöler gab er das Buch heraus „Wolfgang Abendroth, Wissenschaftlicher Politiker, Bio-bibliographische Beiträge“, in dem er unser Urteil über Abendroth zitierte. Ihm ist es auch zu danken, daß Ekkehard und ich uns bis heute in relativ kurzer Zeit einen umfassenden Überblick über die Schriften von Abendroth verschaffen konnten. 2002 kam es zur gemeinsamen, als „Triumvirat“ von der UZ, der Jungen Welt und Z veröffentlichten Arbeit „Die Aktualität Wolfgang Abendroths im Bundestagswahlkampf 2002“.

Abendroth hat mich seitdem nicht mehr losgelassen. Er ist (das muß man wissen), nachdem er aus der KPD ausgeschlossen und Mitglied der KPD (O) wurde (wo er, wie sich Isi Abusch aus Leipzig erinnert, „als Intellektueller [...] ein bißchen an der Seite gestanden [hat]“) zu Beginn des Jahres 1932 wieder in die KPD eingetreten (sein Deckname unter Kommunisten war „Fritz“), ohne den grundlegenden Denkansatz von August Thalheimer und Heinrich Brandler, die er seine „Lehrer“ nannte, aufzugeben. Maßgeblich dürfte für Abendroths schriftlich festgehaltenen KPO-Austritt (außer der Spaltung der KPO selbst) vor allem gewesen sein, daß er in der Gruppe „Neu Beginnen“, die sich die Wiederherstellung der Einheit der sozialistischen Bewegung zum Ziel gesetzt hatte, mitarbeiten konnte, weshalb er einer der beiden großen Parteien angehören mußte. 1933 finden wir ihn wieder in der KP(O), ohne daß seine Mitgliedschaft in der KPD beendet wird. Ich glaube aber, es ist längerfristig auch zu bedenken, was Abendroth später über Willi Bleicher, der im Roman „Nackt unter Wölfen“ Höfel heißt, gesagt hat: „Willi Bleicher hat damals bis zum bitteren Ende - dem Sieg des Faschismus am 30. Januar 1933 - als Mitglied der KP(O) versucht, die Dinge zu wenden. Er hat aus diesen Jahren gelernt, daß es falsch ist, sich in machtlosen politischen Gruppierungen - mögen sie noch so sehr die bessere politische Einsicht repräsentieren - von der Masse derjenigen praktisch zu trennen, deren Klassenbewußtsein es zu entwickeln gilt.“

In diesem Zusammenhang möchte ich an eine Mahnung erinnern, die Wolfgang Abendroth in seinem Vorwort zu dem ausgezeichneten Buch von Karl Hermann Tjaden „Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO)“ ausgesprochen hat und deren Beherzigung für die Überwindung gegenseitiger Verengungsfehler unter den marxistischen Linken gerade heute von allergrößter Bedeutung ist:

„In späteren Arbeiten“, heißt es bei Abendroth, „wird es erforderlich sein, auch die 'linken' Strömungen des deutschen Kommunismus zu analysieren, um die Grundlagen für die politische und geschichtliche Überprüfung der deutschen radikalen Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Sieg der nationalsozialistischen Gegenrevolution zu erarbeiten“.

Während die aktuellen antikommunistischen Darstellungen z. B. von Herrn Klaus Kinner aus Leipzig nicht dieser Orientierung folgen, sind z. B. die Teilnehmer der bekannten Leverkusener Gesprächsrunden an der Karl-Liebnecht-Schule der DKP sehr bemüht, in diesem solidarischen Sinn nur dasjenige aus der gemeinsamen Geschichte kritisch zu erörtern, woraus noch keine Lehren gezogen wurden - sie sind also in erster Linie um die Gegenwart und die Zukunft der Bewegung bemüht, die von anderen Voraussetzungen ausgehen muß. Und wenn mir ein sehr bekannter marxistischer Philosoph einmal erzählte, daß er an gemeinsamer Wirkungsstätte und trotz gemeinsamer Tätigkeit mit Abendroth nur wenige Worte gewechselt habe, weil dieser Sozialdemokrat und er Kommunist gewesen sei, dann soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß Abendroth die SPD, aus der er nach 15-jähriger Mitgliedschaft im Jahre 1961 ausgeschlossen wurde, wie er selbst sagt: niemals „als wirkliche politische Heimat - vergleichbar meiner Mitgliedschaft zuerst in der KPD und später in der KPO während der Weimarer Zeit - empfunden“ hat. Sie sei für ihn lediglich eine „Operationsgrundlage“ gewesen.

Nicht zufällig haben wir der Einladung zur heutigen Konferenz einen Gedanken von Karl Hermann Tjaden aus seinem Artikel „Die Bedeutung der 'Wissenschaft von der Politik' Wolfgang Abendroths“ vorangestellt. Hier dürfte der Kern dessen erfaßt sein, worum es Abendroth ging.

Ich möchte die Frage nach dem „Aktionsprogramm“ bei Abendroth, denn um diese Frage handelt es sich, im Zusammenhang mit einer inhaltlichen Kontroverse behandeln, die Heinrich Brandler, Pepp Bergmann und andere Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik, in der ich selbst mitwirke, in den sechziger Jahren mit ihm hatten. Wollte man sie auf einen Nenner bringen, dann ging es darum, daß Abendroth „eine abstrakte, von der Bewegung isolierte Betrachtungsweise“ vorgeworfen wurde.

Der konkrete Anlaß für die Kritik insbesondere Heinrich Brandlers, dargelegt in zwei Briefen, waren u. a. die Veröffentlichungen Abendroths „Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland“, enthalten in der Sammlung „Bestandsaufnahme, Eine deutsche Bilanz“ und „Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie“. Abendroth hatte

beide Arbeiten Brandler übersandt. Und Heinrich sparte in seinen Briefen vom 22. 1. 1963 und 14. 7. 1964 nicht mit Kritik.

Für ihn ging es zu sehr um Ideologie, um die Überhöhung des Platzes der Intellektuellen, aber zuwenig um den konkreten Zustand der Arbeiterbewegung und ihre konkrete Widersprüchlichkeit. Zum Bilanzartikel vermerkte Brandler nach gründlicher Einschätzung der Lage, daß er für eine „Kaderbildung“ nicht ausreiche. Heinrich schrieb: „Die Kritik der sozialistischen Ideen, die Du in Deinem Artikel aufzählst, fehlt. Was sollen Arbeiter ohne kritische Bewertung der verschiedenen sozialistischen Ideen, die Du schilderst, mit Deiner Arbeit anfangen, ohne diese Überprüfung an den Tatsachen und Zeitereignissen, die sie widerspiegeln?“ An „Aufstieg und Krise“ hielt er für besonders bedenklich, daß von der „Reformfähigkeit der SPD“ ausgegangen würde, weil sie noch nicht wieder über Kriegseinsätze beschlossen hat. Brandler entgegnete: „Bis jetzt hat noch keine Partei irgendwo und irgendwann eine Entwicklung umgekehrt. Sie ist stets von der Entwicklung 'umgekehrt' worden.“ Generell hielt er fest: „Nicht die Führer haben die Revolutionen gemacht, die Revolutionen haben die Führer in Wechselwirkung mit den Taten der revolutionären Massen gemacht, weil und insofern sie der allgemeine Ausgang aus nicht mehr lebensfähigen Herrschaftsverhältnissen geworden sind.“

Abendroth, der zum Wichtigsten immer die Kaderschulung gerechnet hat, antwortete warmherzig zurück und begründete seine Methode, wobei er im Brief vom 19. 3. 1963 unterstrich, daß die „realsten Analysen“ von Thalheimer und Brandler geliefert wurden. Er kündigte in diesem Brief das Erscheinen des Buches „Was ist heute links?“ an, in dem er „einen kleinen Schritt“ über das Niveau dessen ginge, was in der „Bestandsaufnahme“ steht. Und er schrieb: „Sobald das Büchlein des List-Verlages gedruckt ist, werde ich es Dir schicken. Deine Kritik wird im wesentlichen die gleiche sein, die Du an der Bestandsaufnahme geübt hast. Insofern wird sie wiederum im wesentlichen zutreffend sein. Aber Du solltest auch einmal überdenken, ob und inwieweit möglicherweise das, was ich darin schreibe, sich in dies Ziel einordnen läßt, das jeweils der Situation angepaßte Kettenglied zu ergreifen und dazu anzuhalten, aus der Verteidigung gegenwärtiger Positionen die Möglichkeiten der Vorbereitung einer Offensive zu entwickeln.“

Abendroths Auffassungen stehen nicht wie der utopische Sozialismus im umgekehrten Verhältnis zur geschichtlichen Entwicklung, sondern

entsprechen dieser Entwicklung. Oder wie Georg Fülberth, mein Genosse aus der DKP über seinen Lehrer Abendroth sagt: „Niemand könnte im Zeitalter des Neoliberalismus unzeitgemäßer sein als er. Und niemand wäre für den Kampf gegen den kapitalistischen Zeitgeist nötiger als er.“

Ich möchte aber auch nicht verschweigen, was mir ein anderer, sehr erfahrener westdeutscher Genosse (Betriebsrat) zur Situation um Abendroth, den er schätzt, gesagt hat, weil es wohl die Lage richtig wiedergibt: „Unter westdeutschen Intellektuellen war immer ein Parteigründungs- und Organisationsfieber vorhanden, wenn nur irgendwas in den Betrieben und in der Gewerkschaft passierte. Doch gründeten sie was, lief das ins Leere.“ Und er erzählte mir, daß solche Genossen wie z. B. Pepp über die Ursachen aufklärten und die Illusionen nahmen; daß sie einen klaren und nüchternen Blick ins Klassenverhältnis gaben. „Für mich“, schloß er, „war das einfacher zu begreifen, im Betrieb herrsche Antikommunismus und in der Gewerkschaft auch. Schon 1962 in der Gewerkschaftsjugend wurde ich gemäßregelt, weil ich die SPD-Politik kritisierte.“

Schlagen wir den Bogen: Wolfgang Abendroth war klar, daß seine politische Konzeption nicht auf eine wirkliche proletarische Bewegung traf. Das war sogar sein grundlegender Ausgangspunkt. Er wandte sich gegen das illusionäre Stärkebewußtsein, daß die DKP, die er für notwendig hielt, schon jene Kraft sei, die die Arbeiterklasse der BRD zur Wiedererweckung ihres Klassenbewußtseins benötigt. Er verließ sich nicht auf die Spontaneität von Massenbewegungen, obgleich er wußte, daß die vollständige Herausbildung einer marxistischen Partei mit Masseneinfluß einen durch die historisch-ökonomischen Verhältnisse bedingten Aufschwung der Arbeiterbewegung zur Voraussetzung hat. Es war für ihn ein Axiom, daß die Massen nur durch die eigene Erfahrung lernen, die ihnen die Marxisten klarzumachen haben, indem sie die reformistische Politik beim Wort nehmen. Sein Grundgedanke war die Schaffung von Gegenmacht, hier eingeordnet die Schaffung von Gegenöffentlichkeit. Deshalb ging sein Bestreben dahin, sozialistische Intellektuelle überhaupt sozialistische und kommunistische Gruppen auf die Verbindung mit der Arbeiterklasse selbst zu orientieren. Nur dieser Klasse gestand er die Kraft zur Veränderung der Lage durch gesellschaftliche Polarisierung gegenüber dem kapitalistischen Staat, somit politischer Aktion und zur Verwirklichung demokratischer und sozialistischer Ziele zu.

So stand im Mittelpunkt seiner Vorbereitungsarbeit für eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus der unermüdliche Einsatz für die Praktizierung der Einheitsfrontpolitik nicht als Aktionseinheit großer Parteiorganisationen, nicht als Verwirklichung irgendeines zwischen den Arbeiterparteien abgestimmten Programms, sondern wesentlich als Parteibildung des Proletariats selbst, d. h. als Propagierung und womöglich Realisierung von Teilforderungen der Arbeiterbewegung mit ganz charakteristischen Eigenschaften, die als Tagesforderungen an den unmittelbaren Nöten der arbeitenden Klassen anknüpfen und der Erweiterung ihres Bewußtseins dienen können; die aber auch als Übergangsforderungen (Ingo Wagner wird darauf näher eingehen) über die kapitalistische Produktionsweise hinausweisen und die Arbeiterklasse lehren, daß ihre Befreiung ihre eigene politische Tat sein muß.

Was ist das anderes als eben die Frage nach dem „Aktionsprogramm“, die Abendroth immer wieder aufgeworfen hat? Dem Verständnis eines solchen Programms liegt die Auffassung zugrunde, daß es in der Epoche des Niedergangs des Kapitalismus auf die Vermittlung von Tagesinteressen und langfristigen Zielen der Arbeiterklasse durch eine marxistische politische Partei in gesellschaftlich wirksamer Weise ankommt. Diese Vermittlung gibt es auch jetzt noch nicht wieder. Keine der marxistischen Parteien oder Gruppen erfüllt diese Funktion. Deshalb werden auch von der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, die es immer schwerer haben muß, je unpolitischer, d. h. unsozialistischer sie ist, nur die Elemente sichtbar, die gesamtgesellschaftlichen Alternativen nicht entsprechen, und dies stößt die sich verbreiternde proletarische Unterschicht, zu der keineswegs nur die Arbeitslosen und sozial Ausgegrenzten gehören, nicht erst seit heute unweigerlich ab.

Aber heute, wo jedes Lohnarbeitsverhältnis entsprechend der Marxschen Voraussicht prekär geworden ist, gilt dies in ganz besonderem Maße. So fehlt der Antrieb zum Organisieren. Die Arbeiterklasse in den tagtäglichen Kleinkämpfen für die großen Auseinandersetzungen zu schulen, zu sammeln und zu mobilisieren; die Teilforderungen als Durchgangsstufen auf diesem Wege darzustellen, überhaupt in den Hauptzügen den konkreten Weg zum sozialistischen Ziel aufzuzeigen, wie ihn die Marxisten sehen, das ist der Sinn des „Aktionsprogramms“, in dem gegenwärtig „Übergangslösungen“ (nicht mehr) im Mittelpunkt stehen dürften. Es geht also um die gemeinsamen Kampfaufgaben der Klasse in den einzelnen

Kämpfen ja sogar Scharmützel; darum, daß es eine völlig ausweglose Situation für die Bourgeoisie nicht gibt.

Abendroth hat diesem Gedanken m. E. in vorbildlicher Weise Rechnung getragen, gerade auch durch seine Behandlung der Demokratiefrage. Und er hat gewußt, daß das Bündnis von Arbeiterbewegung und Marxismus für die Arbeiterklasse wie für die sozialistischen Intellektuellen lebensnotwendig ist. Deshalb sollten seine Bemühungen zur Sammlung der sozialistischen und kommunistischen Kräfte aktuell auch so verstanden werden: Gerade in einer Situation, wo sich die Unzufriedenheit unter den Lohnabhängigen, Arbeitslosen, sozial Ausgegrenzten aller Altersgruppen verschärft, aber von einem wirklichen Aufbrechen klassenkämpferischer Energien im Sinne des „Klassenkampfes von unten“ noch nicht die Rede sein kann, drängt sich von selbst die Notwendigkeit zur besseren Zusammenarbeit unter den marxistischen Gruppen zur Erfüllung ihrer Aufgabe gegenüber der Arbeiterklasse auf.

Die Bewußthaltung des „Kommunistischen Manifestes“, das Wirken dafür, daß es im Tagesgeschäft nicht untergeht, der Kampf für eine Arbeiterpartei, die dazu in der Lage ist - das ist das Erbe von Abendroth. In diesem Sinne wünsche ich unserer Konferenz einen erfolgreichen Verlauf. Unserem Motto entspricht die Lebenserfahrung von „Wolf“, wie Abendroth von seinen Freunden genannt wurde, erworben nicht zuletzt im Zuchthaus, im Strafbataillon 999, in der Zeit der größten Isolierung unmittelbar nach seinem Ausschluß aus der SPD und in der Zeit der Isolierung von seinen Studenten, weil er sie wegen ihrer Distanz zur Arbeiterbewegung kritisierte: „Theorien der Hoffnungslosigkeit sind immer verfehlt.“

## **Wolfgang Abendroth im griechischen Widerstand\*.**

**Von Friedrich-Martin Balzer.**

Vorbemerkung:

Friedrich-Martin Balzer, Schüler von Wolfgang Abendroth arbeitet seit 1998 an der Bibliographie des Gesamtwerks von Wolfgang Abendroth. Balzer hat inzwischen 700 Veröffentlichungen als elektronische Ressource erstellt, die Eingang gefunden haben bzw. noch finden werden in die sechsbändige Ausgabe der „Gesammelten Schriften“, von denen der erste Band im Offizin-Verlag gerade erschienen ist.

Der Jurist, der marxistische Sozialist und Antifaschist Wolfgang Abendroth (1906-1985) hat sich wiederholt zu seiner Rolle im griechischen Widerstand geäußert.<sup>1</sup> In einem bisher unveröffentlichten Exposé über seine „wissenschaftliche Entwicklung“ hat er dies ausführlich getan. Titel und Inhalt des Manuskripts sind von Bedeutung, weil er seine Widerstandstätigkeit als Angehöriger des Bewährungsbataillons 999 als Teil seiner „wissenschaftlichen Entwicklung“ verstand. Zur gleichen Zeit machten seine späteren Kollegen in Justiz und Wissenschaft, Bürokratie und Politik ihre Karriere im „Dritten Reich“. Abendroth pflegte bei der Verteidigung der Normen des Grundgesetzes immer wieder auf den Gelehrtenkalender Kürschner, Auflage 1941, zu verweisen, in dem die Publikationen seiner späteren Kontrahenten bei der Interpretation des Grundgesetzes aufgeführt sind (z.B. Ernst Forsthoff, F. A. Freiherr von der Heydte, Ernst Rudolf Huber, Hans Peter Ipsen, Hans Carl Nipperdey, die Schule Carl Schmitts usw.). Diese Männer hatten, wie Abendroth schrieb, den organisierten Verbrechen eines verbrecherischen Staates einst bewußt gedient.

---

\* Der Beitrag ist die überarbeitete und gekürzte Fassung meines Beitrages in: informationen Nr. 63 (Mai) 2006, S. 4-11, herausgegeben vom Studienkreis „Deutscher Widerstand 1933-1945“ (dort auch ausführliche Fußnoten) und erschien in: junge Welt vom 12.5.2006, Nr. 110, S.10-11.

<sup>1</sup> Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, (Suhrkamp Verlag), Frankfurt/M. S. 183-189; Wolfgang Abendroth: Der gemeinsame Kampf mit den Griechen. In: Information der Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten Ländern (IEDW), 3/1978, (September), S. 11-12.; Wolfgang Abendroth: Deutsche Ausweise für griechischen Widerstand. In: die tat, 30. Jg., (1979), Nr. 2 vom 12. Januar 1979, S. 14.

Aufgewachsen in einer sozialistischen Lehrerfamilie gelangte Abendroth 1918 in den revolutionären Flügel der deutschen Arbeiterbewegung. Dadurch allein wird - auch nach eigenem Bekunden - „seine wissenschaftliche Entwicklung verständlich“<sup>2</sup> Abendroths Universitäten zur Zeit des Faschismus, abgesehen von seinem zeitwilligen Promotionsstudium über Völkerrecht in der Schweiz, waren die Bedingungen des illegalen, konspirativen Widerstandes, im Zuchthaus, im Strafbataillon 999, unter den griechischen Widerstandskämpfern, in britischen Kriegsgefangenenlagern in Ägypten und im Wilton Park Training Centre. Ohne Geringschätzung des Beitrages, den Intellektuelle für die Arbeiterbewegung leisten können, lernte und lehrte Abendroth ganz nach seiner Maxime: „Auf den normalen jungen Arbeiter kommt es mir viel mehr an als auf den normalen Jungintellektuellen“. Sein „bester Schüler“ unter den Politischen war ein junger Berliner Kommunist, Werner Illmer, den Abendroth bereits im Zuchthaus Luckau schätzen gelernt hatte.<sup>3</sup> Er ging mit Abendroth während des Krieges in Griechenland auf dem Peloponnes zur ELAS über. Gemeinsam mit anderen deutschen Antifaschisten schufen sie ab Juli 1943 eine illegale Organisation, die ihre Vertrauensleute in vielen faschistischen Stellungen auf dem Peloponnes hatte. Sie organisierten das systematische Abhören der antifaschistischen Sender und die Aufklärungsarbeit unter den Soldaten der Hitlerwehrmacht. Sie nahmen mit griechischen Partisanen Kontakt auf, versorgten sie mit Arzneimitteln, manchmal auch mit Waffen und warnten sie vor geplanten Terror- und Vernichtungsaktionen der faschistischen Besatzungsbehörden gegen die griechische Bevölkerung. Ihre Tätigkeit stand von Anfang an unter der realen Gefahr, dabei Leib und Leben zu riskieren. Werner Illmer selbst wurde bei einer Propaganda-Aktion unter den deutschen Soldaten gefangen genommen und erschossen.

Unter der Überschrift „*Deutsche Antifaschisten in Griechenland*“ berichtete Abendroth in dem erwähnten Exposé über seine

---

<sup>2</sup> Wolfgang Abendroth: Meine wissenschaftliche Entwicklung vor dem Dritten Reich und während der Illegalität, [*Ms. im IISG*], 1983, 12 S. Abschrift in Privatarchiv Friedrich-Martin Balzer (PAB).

<sup>3</sup> Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, aaO, S. 182. Zur Person Werner Illmer (1914-1944) siehe: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.): Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945. Biographien und Briefe, Band 1, Berlin/DDR, 1970, S. 448-450. Siehe inzwischen Hans Burkhardt, Günter Exleben, Kurt Nettball †: Die mit dem blauen Schein. Über den antifaschistischen Widerstand in den 999er Formationen der faschistischen deutschen Wehrmacht (1942 bis 1945), Berlin/DDR, 2. berichtigte Auflage 1986

„wissenschaftliche Entwicklung vor dem Dritten Reich und in der Illegalität“ über die Hintergründe seines Wirkens im antifaschistischen Widerstand in Griechenland und beantwortet die Frage, wie ein deutscher Intellektueller, ehemaliger politischer Zuchthäusler und Angehöriger des „Bewährungsbataillons 999“ wie er zu den Partisanen in Griechenland stieß.

„Die ‚Politischen‘ entstammten [...] ausnahmslos den verschiedenen Richtungen der illegalisierten Arbeiterbewegung, die Mehrheit der KPD, eine kleinere Zahl der ‚rechten‘ KPD-Opposition, der SAP [Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands] oder dem aktivistischen ‚linken‘ Flügel der SPD, und konnten sich an den Verhaltensweisen und nach vorsichtigem geistigen ‚Abtasten‘ in Unterhaltungen bald erkennen. [...] Die frühere Zerstrittenheit der einzelnen Richtungen der Arbeiterbewegung untereinander war aber für uns alle längst überwunden und durch das selbstverständliche Bekenntnis zur antifaschistischen Einheitsfront, zum unbedingten Kampf gegen das Dritte Reich und zum ‚Defaitismus‘, also zum Willen, alles zu tun, um seine Niederlage in diesem Krieg herbeizuführen, ersetzt worden.“

Als Abendroth bei einem Besuch auf einem militärischen Stützpunkt sich durch einen Sturz lebensgefährlich verletzte, war er tagelang ohne Bewusstsein, bis ein von den griechischen Partisanen herbeigeholter griechischer Arzt diagnostizierte, daß er einen Darmverschluß hatte und ihn operierte, so daß sein Leben gerettet wurde. „Ich verdanke es also griechischer Solidarität.“

*Nach der Kapitulation der ELAS vor den englischen Besatzungsmächten stellte die ELAS den deutschen Antifaschisten frei, nach Bulgarien zu gehen. „Wir haben das nicht getan, weil ich wegen meiner früheren Konflikte mit der Stalin’schen Führung und den bitteren Erfahrungen seit der Periode der Prozesse gegen die Opposition 1936/37 nicht in die Gefahr neuer Gegensätze hineingezogen werden wollte. So gelangten wir über das britisch okkupierte Chios nach Ägypten in ein Kriegsgefangenen-Lager.“<sup>4</sup>*

*In der BRD hielt es Abendroth stets für notwendig, an die Situation in Griechenland, wie sie seit dessen Befreiung von der Herrschaft des Dritten Reiches durch die Partisanen der ELAS und dann seiner Okkupation durch die Flotte und die Armee Churchills und die Armee der königlichen Regierung in Kairo entstanden war, ins Gedächtnis zu rufen.*

Fast die gesamte Presse der drei westlichen Besatzungszonen und der BRD hatte „allen Köpfen [...] ein völlig verzerrtes Bild der damaligen griechischen Ereignisse eingehämmert.“ Gleichzeitig erinnerte Abendroth daran, dass es „keinen Krieg (und erst recht keinen Bürgerkrieg) ohne tragische Folgen für die Bevölkerung“ gibt.

„Zahlreiche ehemalige politische Gefangene Hitlers, die mit den ‚Bewährungsbataillonen‘ 999 in Griechenland eingesetzt waren und dort Verbindung zum EAM [linksgerichtete Widerstandsorganisation unter Führung der Kommunisten] und ELAS [paramilitärische Zweig der EAM] aufgenommen hatten – auch ich –, haben diesen ganzen Prozeß (oft mit bitteren Folgen für sich selbst) miterleben müssen und waren nach ihrer Rückkehr nach Deutschland über das vorurteilsbestimmte falsche Bild entsetzt, das die durch die Propaganda des Kalten Krieges getäuschte westliche Bevölkerung über sie hatte.“

Umso mehr betrachtete Wolfgang Abendroth es als seine Aufgabe, immer wieder an den „gemeinsamen Kampf mit den Griechen“ zu erinnern.

Obwohl Abendroth nur ein gutes Jahr bis zu seiner britischen Kriegsgefangenschaft am griechischen Widerstand aktiv beteiligt war, davon ca. die letzten 30 Tage als Mitglied der EAM mit militärischem Dienstrang in der ELAS: Es waren diese Erfahrungen im griechischen antifaschistischen Widerstand, die Abendroth befähigten und bereit machten, gleich zur Stelle zu sein, als am 21. April 1967 die Obristen in Griechenland mit Unterstützung der CIA gegen die demokratisch gewählte

---

<sup>4</sup> Wolfgang Abendroth: Meine wissenschaftliche Entwicklung aaO.

Regierung putschten und nach vorübergehendem Scheitern im November 1973 unter Georgios Papadopoulos, dem Chef der Militärjunta von 1967, erneut die Macht an sich rissen.

Im Zeichen der internationalen Solidarität erinnerte Abendroth 1968 daran, dass das „Dritte Reich“ während des Zweiten Weltkriegs „das griechische Volk schamlos unterdrückt“ habe. Das griechische Volk sei dann am Ende des Zweiten Weltkrieges „durch den britischen Imperialismus, vereint mit den griechischen herrschenden Klassen und unter Wiederseinsetzung auch der korruptesten Elemente der griechischen herrschenden Klassen, die noch kurz vorher Hitler unterstützt hatten, niedergewalzt“ worden. „Es konnte dann gleichwohl noch eine formale Demokratie unter Ausnutzung des Gleichgewichtsspieles der Großmächte bewahren, aber diese nur noch formale Demokratie konnte jetzt [durch den Putsch vom 21. April 1967] mit einem Federstrich durch die griechischen Generäle beiseite gefegt werden. Das war nur möglich, weil die griechische Arbeiterklasse 1944 und wieder 1946/47 geschlagen worden war. Wir hoffen, dass diese griechische Arbeiterklasse und dass die griechischen Intellektuellen, die mit ihnen gemeinsam kämpfen, bald die Chance erhalten, die Freiheit Griechenlands wieder herzustellen. Aber das werden die demokratischen Kräfte Griechenlands nicht können ohne die Solidarität der Arbeiterklasse und der Intellektuellen in den Ländern Westeuropas, die es den herrschenden Klassen ihrer Länder unmöglich machen müssen, die Diktatur der faschistischen Offiziere in Griechenland zu unterstützen.“ Es sei für die Deutschen „eine nationale Pflicht, die Ehre des deutschen Volkes dadurch wiederherzustellen, dass wir unsere Regierung zwingen, die ebenso schamlose Unterstützung der griechischen Diktatur durch Belieferung von Waffen einzustellen. Das Schicksal der griechischen Arbeiter und Intellektuellen, die heute dieser Wiederholung des alten Mataxas-Regimes ausgeliefert sind, ist kein Einzelfall der Staatenwelt der spätkapitalistischen Gesellschaft.“

Als Papadopoulos im November 1973 nach seiner zwischenzeitlichen Vertreibung erneut die Macht an sich riss, erklärte Abendroth in seiner Rede am 20. November 1973 in Frankfurt - in Solidarität mit den griechischen Arbeitern und Studenten:

„Das Regime des Putsches vom 21. April 1967 ist sich gleich geblieben, trotz aller Schönheitsoperationen, die im Interesse seiner besseren Verkäuflichkeit in den bürgerlichen Demokratien Westeuropas an ihm vorgenommen worden sind. Papadopoulos, seine Obristen und seine

Geheimpolizei bleiben, was sie immer waren, ob sie [...] mit oder ohne angekündigte Scheinwahlen zu einem Scheinparlament auftreten. Die Demonstrationen und Massenaktionen der griechischen Studenten und Arbeiter haben den Schleier der Anpassungsideologien zerrissen, mit dem CIA, amerikanischer Imperialismus, die Interessen des internationalen Monopolkapitals und der Regierungen der westeuropäischen NATO-Partner Griechenlands die Öffentlichkeit betrügen wollten. Die nackte Gewalt, mit der die Mörderbande, die Griechenland regiert, das Volk noch einmal niederwerfen konnte, läßt sich nun nicht mehr vertuschen. Deshalb sind die Opfer, die die tapferen Studenten und Arbeiter von Athen in diesen Tagen bringen mussten, nicht umsonst gewesen. Sie sind für die Freiheit Griechenlands, für die Demokratie und auch für die Verteidigung demokratischer Rechte gegen die Gewaltherrschaft des amerikanischen Imperialismus und seiner Lakaien in den anderen Ländern Europas gebracht worden. Wir dürfen und werden sie niemals vergessen. [...]

Die griechische Demokratie wurde am 21. April 1967 durch die Militärdiktatur zerstört, weil jeder wusste, dass die bevorstehenden Wahlen eine Linksmehrheit ergeben hätten. Der Vorwand war der Antikommunismus, der in allen Ländern der Vorwand ist für jede Gewalttat, für die Zerstörung demokratischer Rechte und für die Errichtung der reaktionären und faschistischen Diktaturen, wenn das Monopolkapital fürchten muß, dass das Volk gelernt hat, seine demokratischen Rechte gegen seine Ausbeuter und gegen die Politik der amerikanischen Militärstützpunkte zu gebrauchen. Das galt damals für Griechenland, es galt vor kurzem in Chile, es gilt jetzt wieder in Athen. Es gilt für uns – wenn auch in gemäßigten Formen – hier in der Bundesrepublik Deutschland. Wer hier nach dem Berufsverbot für Kommunisten schreit, wird morgen, wenn es not tut, die Demokratie vollends zerstören, wenn das Volk nicht aufpasst.

Nur die geschlossene Front des Volkes kann hier, wo es noch nicht so weit ist, die Aushöhlung der demokratischen Rechte hindern. Kommunisten, Sozialisten, Demokraten müssen gemeinsam kämpfen, um die Demokratie in Griechenland, in Chile, in Spanien, in Portugal wiederherzustellen, um in solchen Ländern wie der Bundesrepublik die Demokratie zu schützen. Das ist die Lehre, für die wir den Arbeitern und Studenten von Athen zu danken haben. Und deshalb gilt ihnen unsere Solidarität!“

1980 beklagte Abendroth, dass es den westdeutschen Kommunikationsmitteln möglich sei, „solche wichtigen Diskussionen und

Demonstrationen wie den Krefelder Kongress gegen die Atomwaffen und die Frankfurter Tagung der FIR (des internationalen Zusammenschlusses der Widerstandskämpfer gegen das Dritte Reich, von den französischen, italienischen und griechischen Partisanen, gleichgültig ob Kommunisten, Sozialisten, Christen oder der Gaullisten, bis zur deutschen VVN) einfach totzuschweigen“. Es müsse „das strategische Ziel“ verfolgt werden, „die gegenseitige Toleranz, die sich in diesen Kämpfen notwendig ergibt, zu einer einheitlichen Konzeption weiter zu entwickeln, durch die die abhängig arbeitende Klasse auch wieder zu einer parlamentarischen Repräsentanz gelangen kann.“

In seinem letzten Lebensjahr, im Oktober 1984, besuchte Wolfgang Abendroth mit seiner Frau, der Historikerin Dr. Lisa Abendroth, noch einmal Griechenland als Teilnehmer des Kongresses der „Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen“ in Athen. Seine Hoffnung, dort noch viele alte Bekannte zu treffen, erfüllte sich nicht. Viele seiner ehemaligen Mitstreiter waren inzwischen gestorben. In seinem Hotel zeigte er den Angestellten seinen alten Ausweis der Widerstandsorganisation und wurde geradezu ehrfürchtig behandelt. Beeindruckend war für den Teilnehmer Martin Kutscha Abendroths offene Art, frei von jedem bei Professoren weit verbreiteten Standesdünkel die aktuellen politischen Probleme anzusprechen. Dabei ging es ihm immer um die „gemeinsame Sache“, nie um die Selbstdarstellung seiner Person. Über seine Aktivitäten im griechischen Widerstand sprach er nicht. „Wahrscheinlich war er dafür zu bescheiden“. Abendroth hatte am Widerstand gegen den Faschismus aktiv teilgenommen. Die Heldenrolle lag ihm nicht.

Anlässlich der 100. Wiederkehr seines Geburtstages am 2. Mai 2006 lohnt es sich, nicht nur an den wissenschaftlichen Politiker Wolfgang Abendroth zu erinnern, sondern sich bewusst zu werden, was zu tun ist. Der griechische Musiker Mikis Theodorakis, selbst Opfer des Terrors unter dem Obristen-Regime hat in seinem Protest gegen den EU-Beschluß wider den „Kommunismus“<sup>1</sup> einen Weg dafür gewiesen. Abendroth wäre ihm, lebte er denn noch, sicher gefolgt. Die Zukunft der demokratischen Bewegung in allen Ländern hängt auch davon ab, wie sehr wir uns der Vergangenheit erinnern und uns in die gegenwärtigen herrschenden Verhältnisse, so gut es eben geht, einmischen, getreu der Aufgabe, der sich Abendroth ein Leben lang verpflichtet fühlte: Jenes Begreifen zu fördern,

---

<sup>1</sup> Wolfgang Abendroth: Zur Rolle des Antikommunismus heute, in: Das Argument, 16. Jg., (1974), Nr. 87, H. 7-9, S. 634-645.

das rationales Eingreifen im Interesse von Demokratie, Frieden, Antifaschismus und Sozialismus ermöglicht. Abendroths revolutionärer Mut zur Einheit der Arbeiterbewegung wird dabei – trotz aller unvermeidlichen Differenzen und Widersprüche – ein großes Vorbild bleiben.

Nach der Ermordung des linkssozialistischen Arbeiterführers Grigoris Lambrakis im Jahre 1963 malten abermals unterlegene griechischen Arbeiter und Intellektuelle den Buchstaben Z auf Häuser und Straßen, was im Altgriechischen so viel bedeutet wie: Er lebt.<sup>2</sup>

Zwanzig Jahre nach dem Tode von Wolfgang Abendroth am 15. September 1985 lebt Abendroth - zwar nicht bei allen, die das Glück hatten, bei ihm in die Schule der wissenschaftlich begründeten Solidarität zu gehen, wohl aber bei denjenigen weiter, die an seinen Grundüberzeugungen festhalten und nach einer anderen Gesellschafts- und Eigentumsordnung streben.

---

<sup>2</sup> Siehe den Filmklassiker von Constantin Costa-Gavras und Jorge Semprun: „Z“ nach dem gleichnamigen Roman von Vassilis Vassilikos.

## **Politik, Recht, Verfassung und Sozialstaat bei Wolfgang Abendroth**

### **Zum Begriff der Politik bei Wolfgang Abendroth**

**Von Peter Römer**

Als politisch soll, so Abendroth, „jede gesellschaftliche Aktivität gelten, die die *Struktur der Gesellschaft* (und also die Machtverteilung der sozialen Gruppen in der Gesellschaft) sei es verändern, sei es durch Machtgebrauch stabilisieren will.“ (kursiv W.A.)<sup>3</sup> Gesellschaft wird also durch Macht strukturiert.

Als Abendroth 1967 Gesellschaft so beschrieb, war der Begriff der Zivilgesellschaft wissenschaftlich noch nicht allgemein gebräuchlich. Ohne sich mit dem Begriff der Zivilgesellschaft und seiner Verwendung in wissenschaftlichen, vor allem aber auch in politischen Kontexten im einzelnen auseinander zu setzen, lässt sich doch sagen, dass unter ihr in erster Linie etwas unpolitisches, nicht machtstrukturiertes verstanden wird. Sie ist noch unpolitischer als selbst die inzwischen weitgehend ad acta gelegte „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ à la Schelsky, die ja immer noch, wenn auch angeblich nivellierte, Eigentümergesellschaft ist.

Abendroth hat stets herausgearbeitet, dass die bürgerliche Gesellschaft eine Gesellschaft ist, deren Machtverhältnisse bestimmt werden durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln; die Gesellschaft ist Klassengesellschaft und ihr Grundwiderspruch, der die Gesetze, nach denen sie sich entwickelt, bestimmt, ist der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Form der Produktion und der privaten der Aneignung.

Dieser Widerspruch sollte mit Abendroth auch heute zum Ausgangspunkt aller weiteren Analysen der Gesellschaft und ihrer Machtverhältnisse genommen werden.

Die marxischen Voraussagen über die sich ständig vertiefende und zum kapitalistischen Weltmarkt sich ausweitende Gesellschaftlichkeit der Produktion haben sich voll bestätigt und der Begriff der Globalisierung ist nicht derjenige, der besser als die marxischen Begriffe geeignet wäre, die Entfaltung des Grundwiderspruchs und seiner vielfältigen Auswirkungen auf den staatlichen, den rechtlichen oder den kulturellen Überbau zu analysieren. Mit der von Marx prognostizierten immer stärker sich durchsetzenden Zentralisation und Konzentration des Kapitals wird die

---

<sup>3</sup> Wolfgang Abendroth, *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie*, Neuwied und Berlin, 1967, S. 9

Aneignung sozusagen immer privater, sodass der Grundwiderspruch auch von dieser Seite seine Vertiefung erfährt. Auch die eifrigsten und hemmungslosesten Bejubler des Kapitalismus haben es aufgegeben, diese private Aneignung, durch die Armut und Reichtum sich immer ungleicher verteilen, zu verharmlosen oder zu bestreiten. Von „Volkskapitalismus“ und seiner Möglichkeit ist die Rede ernsthaft nicht mehr.

Da die harten Tatsachen so klar zu sehen und für immer mehr Menschen so schmerzhaft zu spüren sind, hat die Verschleierungs- und Verschweigungs-ideologie immer weniger Chancen. Statt die Tatsachen zu leugnen, werden sie als Folgen der unaufhebbaren Zwänge des Marktes und der unerbittlichen Notwendigkeiten der internationalen Konkurrenz dargestellt – womit man dann doch, wenn auch ungewollt, objektiv recht nah an Erkenntnisse von Marx heranrückt, ohne allerdings irgend bereit oder in der Lage zu sein, die Folgerungen, die dieser aus ihnen zog, zu erkennen und zu akzeptieren.

Im Unterschied zu Abendroth wird oft die Ansicht vertreten, politisches Handeln sei ganz, oder wenigstens hauptsächlich, staatsbezogenes Handeln. Die Sphäre des Politischen, die Sphäre der Macht also, sei die Sphäre des Staats. Davon streng getrennt sei der gesellschaftliche Bereich als Hort des Privaten, des Unpolitischen. Hier herrsche nicht der staatliche Zwang, sondern die „begeisterte Freiheit“ und die „lößliche Gleichheit.“

Die Freiheit, durch die gegen den Staat gerichteten Grundrechte geschützt, verwirklicht sich, nicht nur aber doch wesentlich, in der Eigentumsfreiheit, der Vertragsfreiheit, der Berufsfreiheit, der freien Entfaltung der (Unternehmer)-Persönlichkeit etc. In gleicher Weise können alle Mitglieder der Gesellschaft diese Freiheiten betätigen und sich als freie Käufer und Verkäufer von Ware und Arbeitskraft betätigen. Das Privatrecht trennt diese Privatrechtsgesellschaft auch rechtlich vom Staat und dem auf Über- und Unterordnung beruhenden öffentlichen Recht. Es ist dieser ideologische Fundus, aus dem auch heute noch und wieder die Argumente für die Privatisierung staatlicher Einrichtungen und öffentlicher Güter, für die Zurückdrängung staatlicher Leistungen und für Deregulierungen hervorgeholt und aufpoliert werden.

Abendroth zerstört die Wurzeln solchen Denkens, wenn er Gesellschaft als machtstrukturiert und also als politisch erkennt und den Staat als eine besondere, gesteigerte Formierung des Politischen.

Innerhalb dieser Gesellschaft von angeblich Freien und Gleichen gibt es zwei Kernbereiche des Privaten, deren Privatheit und somit angebliche Macht- und Politikfreiheit besonders vehement und hartnäckig ideologisiert und verteidigt wurden und werden: Das Geschlechterverhältnis, insbesondere in seiner Institutionalisierung in Ehe und Familie, und die Wissenschaft.

Wenn man bedenkt, wie lange es möglich war, einen so extremen Macht- und Gewaltakt wie den der Vergewaltigung in der Ehe der Privatsphäre zuzuordnen und vom staatlichen Strafrecht freizuhalten, dann wird bereits an diesem einen Beispiel schon deutlich, wie notwendig es ist, mit Abendroth die Gesellschaft als politische Gesellschaft, als machtstrukturierte zu erkennen. Die Erkenntnis, dass das Private politisch sei, ein Kernsatz der feministischen Bewegung, war von Abendroth bereits grundgelegt worden.

1966 hielt Abendroth in Berlin einen Vortrag, „Das Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universität“. Unpolitisch war die Universität nur ihrem eigenen Selbstverständnis nach, keineswegs aber in der Wirklichkeit, wie Abendroth sehr exakt an der Entwicklung seit 1848 aufzeigte. Die Akklamation des politischen Machtsystems im ganzen wurde weder im ersten Weltkrieg noch unter dem Nationalsozialismus in Frage gestellt, sie war vielmehr die „unstrittige und deshalb ‚unpolitische‘ Voraussetzung.“<sup>4</sup> Bildung und Wissenschaft ideologisierten ihre eigene Existenz und Wirkung als unpolitisch. Tatsächlich aber hieß unpolitisch sein, „die Macht der herrschenden Klassen in Deutschland und die Macht des Deutschen Reiches gegenüber anderen Staaten, den Machtgebrauch gegenüber demokratischen Kräften der Unterklassen wie gegenüber anderen Staaten unkritisch zu akklamieren, also nicht nur die existenten Machtverhältnisse, sondern auch die auf Machterweiterung gerichtete Politik der Machträger zu akzeptieren.“<sup>5</sup>

### **Staat und Recht**

Dieser kapitalistischen Gesellschaft mit ihren politischen Strukturen und Prozessen kann der Staat nicht als etwas anderes, von ihr getrenntes gegenüber gestellt werden. Der Staat, die öffentliche Gewalt entsteht aus der Gesellschaft und entwickelt sich aus ihr und mit ihr.

---

<sup>4</sup> Das Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universität, in: Berliner Universitätstage 1966, Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Veröffentlichung der FU Berlin, 1966, S. 189 ff., S.190

<sup>5</sup> ebenda, S. 192

„Staat und öffentliche Gewalt sind Institutionen der Gesellschaft“<sup>6</sup> sagt Abendroth. Und damit ist das Wesentliche schon gesagt. Was sollte der Staat denn auch sonst sein als das Produkt der Gesellschaft? Die hochstilisierten und zugleich hochsterilisierten Diskussionen über die „Staatsableitungen“ mit Hilfe der marxischen Theorie, die in den sechziger und siebziger Jahren die Seminardiskussionen beherrschten und Parteitage nicht nur der Jusos lahm zu legen vermochten, haben Abendroth nie interessiert.

Der Staat mit seinen tatsächlichen und rechtlichen Handlungsmöglichkeiten sowie den Schranken, die er bei seinem Handeln zu beachten hat, mit seinen Organen und den spezifischen Formen seines Agierens, insbesondere bei der Ausübung der physischen Gewalt, die im Laufe der Geschichte bei ihm monopolisiert wurde, ist zwar eine Institution der Gesellschaft. Einmal konstituiert und funktionierend, gewinnt er jedoch, ebenso wie das Recht, eine relative Eigenständigkeit und vermag somit auf die Gesellschaft und ihre Machtstrukturen verändernd einzuwirken, die, weil verändert, nun ihrerseits wiederum den Staat und das Recht verändern.

So entsteht ein komplexes, höchst ausdifferenziertes System von Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft, Staat, Recht, Wissenschaft, Kultur und den Formen, in denen sich die handelnden Subjekte dieser Wechselwirkungen bewusst zu werden versuchen. Aber bestimmend in dieser sich widerspruchsvoll entwickelnden Gesamtheit der Wechselwirkungen bleibt der Grundwiderspruch einer warenproduzierenden Gesellschaft zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung der Produkte.

Die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaften und die aus ihnen resultierenden Entwicklungen waren der Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Analysen Abendroths, vor allem auch denen des Rechts.

Abendroth hat keine allgemeine Theorie des Staates, des Rechts oder des Verfassungsrechts ausgearbeitet. Aber aus der großen Fülle von Untersuchungen zur Demokratie, zum Rechts- und Sozialstaat, zu den Grundrechten - insbesondere zu den Rechten der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer sowie zu den Demokratie begründenden Grundrechten - zur Justiz, insbesondere zur Verfassungsgerichtsbarkeit, zum politischen

---

<sup>6</sup> Wolfgang Abendroth, Antagonistische Gesellschaft, a. a. O., S.10

Strafrecht sowie zu völkerrechtlichen Problemen lässt sich sehr viel über Staat und Recht und deren historische Entwicklung lernen.

Ziel aller seiner Arbeiten, auch derjenigen, die sich mit Fragen des Rechts und des staatlichen Handelns befassen, war, im Interesse der Arbeiterklasse gesellschaftliche Machtverhältnisse je nach politischer Lage entweder zu verteidigen oder in Richtung auf Demokratie und Sozialismus zu verändern. Subjekt dieser Veränderungen war ihm die Arbeiterklasse, und als deren Bundesgenossen alle demokratischen Kräfte. Mit diesem Ansatz war jede Illusion über den Staat von vornherein ausgeschlossen.

Das Recht ist für Abendroth ein System von Normen. Es ist nicht identisch mit den tatsächlichen Machtverhältnissen. Die These von Lassalle, die geschriebene Verfassung sei „nur ein Blatt Papier“ und die wirkliche Verfassung sei identisch mit den Machtverhältnissen in einem Staat, entspricht nicht der abendrothschen Auffassung vom Recht. Ebenso wenig ein amerikanischer Rechtsrealismus, der im Recht lediglich die Voraussage erblickt, was die Richter tatsächlich tun werden. Solche Auffassungen des Rechts sind vom positiven, normativen Recht aus gesehen nichts anderes als Rechtsnihilismus.

In jenen Teilen der Studentenbewegung, die sich selbst als radikal ansahen und die auch in Marburg Abendroth das Leben nicht leicht machten, war der Rechtsnihilismus stark verbreitet. Unter völliger Fehleinschätzung der Machtverhältnisse forderten sie von Abendroth die Revolution gleich jetzt, gleich hier und hielten herzlich wenig vom Kampf Abendroths um Rechts- und Verfassungspositionen. Bei solcher Rechtsgleichgültigkeit fiel es dann auch einem nicht unbeträchtlichen Teil dieser Pseudoradikalen nach ihren diversen opportunistischen Wenden leicht, z. B. den völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien und den Einsatz der Bundeswehr sogar mit dem ungeheuerlichen Vergleich der Verhältnisse in Jugoslawien mit Auschwitz zu rechtfertigen.

Die Rechtsnormen sind Verhaltensvorschriften, die sich von anderen Normen, vor allem von den Normen der Religion, der Moral oder den Normen, die sich als soziale Verhaltensvorschriften aus den gesellschaftlichen Kommunikationen ergeben, dadurch unterscheiden, dass sie sanktionsbewehrt sind. Die Sanktion ist ein Übel, das dem Normverletzer zugefügt werden soll. Auch andere Normsysteme kennen die Sanktion; die Sünde, z.B. erhält im Jenseits ihre Sanktion und die Verletzung gesellschaftlicher Normen und Regeln wird mit gesellschaftlicher Ächtung bestraft.

In der modernen Gesellschaft kann aber nur die Verletzung von Rechtsnormen mittels der Ausübung physischer Gewalt sanktioniert werden; also nur durch den Staat, der das Monopol physischer Gewaltanwendung besitzt.

Das Recht ist eine spezifische Form der Organisation politischer Macht und eine höchst effektive, weil mittels physischer Gewalt durchsetzbar. So ist es ganz selbstverständlich, dass Abendroth sich mit den Rechtsverhältnissen befassen musste, wenn er Machtverhältnisse analysieren und beeinflussen wollte.

Das Recht als Produkt und Instrument politischen Handelns ist stets positives, von menschlichen Gesetzgebern gesetztes Recht; nur weil es dies ist, kann es auch durch menschliche Praxis verändert werden. Das Recht ist kein, von welchem Gott auch immer, gegebenes Recht und seine Normen lassen sich auch nicht aus der Natur oder der menschlichen Vernunft ableiten. Insofern ist Abendroth Positivist. Das rechtliche Sollen ist vom gesellschaftlichen Sein zu unterscheiden. Aus dem bloßen Erlass von Rechtsnormen kann nicht auf ihre tatsächliche Wirksamkeit geschlossen werden und aus den Seinstatsachen lassen sich keine Rechtsnormen deduzieren. Aber das Recht ist zwar unterschieden vom Sein, aber nicht von ihm getrennt; es ist für Abendroth Überbau über der Basis der Produktionsverhältnisse und steht, wie der Staat auch, in Wechselbeziehungen zu ihnen.<sup>7</sup> Deshalb ist Abendroth kein Positivist im Sinne des Positivismus der Reinen Rechtslehre Hans Kelsens, der das Recht nur aus sich selbst heraus verstehen will, aber ebenso wenig ist er Naturrechtler.

### **Verfassung, Verfassungskompromiss und Sozialstaatsklausel**

„Verfassungen – insbesondere voll kodifizierte Verfassungen – sind Normensysteme, die dem Range nach über dem übrigen Gesetzesrecht eines Staates stehen wollen und nach dem Willen derer, die sie geschaffen haben, auch stehen sollen.“<sup>8</sup> Durch die Verfassung wird die öffentliche Gewalt organisiert und werden deren Organe festgelegt. Die Grundrechte der Einzelnen sichern diesen Abwehrrechte zu, wenn die staatliche Gewalt

<sup>7</sup> W. Abendroth, Die Justiz in der Bundesrepublik, in: ders., Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, herausgegeben von Joachim Perels, Frankfurt a. M., Köln, 1975, S.154 ff., S.155: „Die Rechtsordnung ist demnach niemals eine neutrale Größe, die nur aus sich selbst verstanden werden kann, sondern stets Produkt und Gegenstand der politischen Kämpfe.“

<sup>8</sup> Wolfgang Abendroth, Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme, 3. Aufl. Pfullingen 1972, S.13

in die grundrechtlich geschützte Sphäre des Bürgers ohne verfassungsrechtliche Ermächtigung eingreift. Sie sind auch demokratische Beteiligungs- und Teilhaberechte an der staatlichen Willensbildung, vor allem an der Gesetzgebung.

Will man verfassungsrechtliche Normen verstehen und ihre Genese nachvollziehen, will man sie interpretieren und anwenden, so muss man wieder auf die Gesellschaft zurückgehen und auf die Interessen, deren Schutz und Entwicklung oder deren Einschränkung oder Bekämpfung diese Verfassungsnormen dienen sollen. Verfassungsgesetze sind, wie alle Gesetze, politische Akte und als solche Ergebnisse politischer, ökonomischer und oft auch religiöser, kultureller oder weltanschaulicher Auseinandersetzungen und Kämpfe.

Ob diese politischen Akte in der Form von Verfassungsgesetzen als Siege oder als Niederlagen, als Teilsiege und Teilniederlagen oder aber als gegenseitige Kompromisse anzusehen sind, kann nur auf Grund einer politischen Beurteilung entschieden werden. Voraussetzung dafür ist aber immer eine exakte Kenntnis des Inhalts und der Geltungskraft des Rechts. Es ist deshalb eine Frage der Politik und der konkreten Interessen- und Machtlage, welche politischen Kräfte mit welchen politischen Zielen das Verfassungsrecht bewahren oder ändern wollen.

Abendroth hat, vor allem bei seiner Interpretation der Sozialstaatsklausel des Art.20 Abs.1 GG, den Kompromisscharakter betont, den einzelne Verfassungsbestimmungen haben können, und in diesem Zusammenhang von einem Waffenstillstand im Kampf der Klassen gesprochen. Auf sozialpartnerschaftlich gesinnte, kompromisslerische Kräfte, insbesondere in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften haben die Begriffe Kompromiss und Waffenstillstand eine große Anziehungskraft ausgeübt; es wurde dann behauptet „die“ Verfassungen seien allgemein rechtliche Normierungen politischer Kompromisse und als Ergebnisse des Stillstehens der Klassenauseinandersetzungen zu verstehen. Engels hat aber zurecht von den politischen Formen Klassenkampfes und seinen Resultaten „Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt“<sup>9</sup> gesprochen und es ist nicht ersichtlich, dass Abendroth das je anders gesehen hätte.

Den revolutionären Verfassungen von Frankreich z. B. haben keinerlei Kompromisse mit dem Adel und dem ganzen System des Feudalismus zu

---

<sup>9</sup> Friedrich Engels, Brief an J. Bloch, MEW 37, S. 462 ff., S.463

Grunde gelegen. Diese Kompromisslosigkeit ist vielmehr das Kennzeichen aller revolutionären Verfassungen. In der Weimarer Republik z. B. wurde kein verfassungsrechtlicher Kompromiss im Hinblick auf das dynastische Prinzip geschlossen, z. B. die Einschränkung der Republik durch eine konstitutionelle Monarchie als Kompromiss mit den Hohenzollern eingeführt; in Österreich wurde den Habsburgern sogar das Betreten österreichischen Bodens verboten. Und selbstverständlich ist im Grundgesetz kein Kompromiss mit faschistischen Kräften enthalten.

Diese Beispiele lassen sich bequem vermehren. Immer, wenn eindeutige politische Siege im Verfassungsrecht festgeschrieben worden sind, müssen sie auch als solche verteidigt werden und es wäre unzulässig, sie mit dem Hinweis, alle Verfassungsnormen seien Ergebnisse von Kompromissen und Waffenstillständen zu relativieren. Die Rechten wissen das ohnedies, die Linken sollten es auch wissen.

Hinsichtlich des Klassenwaffenstillstands sagt Abendroth: „Wenn man so will, kann das Verfassungsrecht als ein jeweiliger Klassenwaffenstillstand gelten, aber im Fortgang des Klassenkampfes, nicht als Klassenfrieden. Ein Klassenwaffenstillstand mit dem Zweck, im Klassenkampf, der als Problem in einer Klassengesellschaft ja niemals aufgehoben sein kann, die physische Gewaltsamkeit auszuklammern und durch andere Formen der Gewalt, natürlich aber durchaus der Gewalt, zu überspielen.“<sup>10</sup> Seine Funktion als „marxistischer politischer Wissenschaftler“ sah er darin, „in stets aktualisierter Analyse der gesellschaftlichen Machtlage zu zeigen, dass und wie es möglich ist, durch das Bewegen in diesem Waffenstillstand [...] ihn zu nutzen, dass man ohne physische Gewaltsamkeit durch nichtphysische (aber natürlich auch Gewalt) des Klassenkampfes die Transformation aus der Klassengesellschaft heraus vollziehen kann in Richtung auf eine klassenlose Gesellschaft.“<sup>11</sup>

Die Ausklammerung der physischen Gewalt und deren Monopolisierung beim Staat – im Fall des Widerstandsrechts kann aber physische Gewalt auch vom Einzelnen ausgeübt werden – ist allerdings eine wesentliche Funktion des Verfassungsrechts und des Rechts überhaupt.

---

<sup>10</sup> Wolfgang Abendroth, Diskussionsbeitrag in: Peter Römer, Hrsg., *Der Kampf um das Grundgesetz. Über die politische Bedeutung der Verfassungsinterpretation. Referate und Diskussionen eines Kolloquiums aus Anlass des 70. Geburtstags von Wolfgang Abendroth*, Frankfurt a.M. 1977, S.188

<sup>11</sup> ebenda S.192

Das Grundgesetz enthielt keine eindeutige Festlegung für die zentrale Entscheidung: Kapitalismus oder Sozialismus, so wie auch die Weimarer Reichsverfassung keine enthielt.<sup>12</sup> Es enthält aber den Art. 20 Abs.1, demgemäss die Bundesrepublik Deutschland ein „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ ist, was, wie immer bei solchen als Feststellungen formulierten Bestimmungen der Verfassung gelesen werden muss, als „...sein soll“, anderenfalls überhaupt keine rechtliche Normierung vorläge. Darüber bestand und besteht Einigkeit.

Ansonsten aber hat sich sehr bald nach Inkrafttreten des Grundgesetzes ein intensiv geführter Deutungskampf entwickelt. Abendroth hat seine Interpretation der „Sozialstaatsklausel“ in Auseinandersetzung mit Ernst Forsthoff herausgearbeitet, für den Rechtsstaat und Sozialstaat „durchaus verschieden, um nicht zu sagen, Gegensätze“ sind.<sup>13</sup> Der Rechtsstaat garantiert nach Forsthoff einen durch die Grundrechte geschützten Freiheitsraum, der dem Staat durch die Verfassung vorgegeben ist; verfassungsrechtlich geschützt ist somit die warenproduzierende kapitalistische Marktwirtschaft, in die zwar durch Gesetz und Verwaltung vorsorgend und nachsorgend distribuierend eingegriffen werden kann, aber nur unter Wahrung der Kerninstitutionen einer kapitalistischen Wirtschaft, also vor allem des Privateigentums an den Produktionsmitteln und seines Funktionierens im Interesse der „Privatnützigkeit.“

Abendroth hat seine Interpretation oft und in eindringlichen Formulierungen, ja sogar ohne Scheu vor Wiederholungen, dargelegt. Dennoch ist es bei der Rezeption der abendrothschen Thesen, nicht immer ohne Verkürzungen, Fehlinterpretationen und Umdeutungen abgegangen. Es erscheint deshalb als sinnvoll, einige Zitate aneinander zu reihen, die zeigen, dass Abendroth kontinuierlich und unzweideutig hervorhob, worauf es ihm als Jurist und wissenschaftlichen Politiker ankam:

1953. Diskussionsbeitrag zum Referat von Forsthoff auf der Tagung der Vereinigung deutscher Staatsrechtslehrer 1953: „Auch im parlamentarischen Rat standen sich [...] Kräfte einander gegenüber, die der Ansicht waren, dass rechtsstaatliche Sicherung der Individualsphäre mit

---

<sup>12</sup> Vgl. dazu und zu den Versuchen insbesondere Carl Schmitts, die Weimarer Verfassung als eindeutige Entscheidung für den Kapitalismus umzudeuten: Peter Römer, Geltung und Wirksamkeit verfassungsrechtlicher Normen. Nach fünfzig Jahren: Wolfgang Abendroths Sozialstaatsinterpretation, in: Z Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 58, Juni 2004, S.8 ff.

<sup>13</sup> Ernst Forsthoff, Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates, in: Ders., Hrsg., Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt 1968, S.165 ff., S.179

einem mindestens potentiell allseitig planenden Wohlfahrtsstaat unvereinbar sei und dass deshalb Eingriffe in die bestehende Sozial- und Wirtschaftsordnung nur als im Grunde die bestehende Sozial- und Wirtschaftsordnung nicht umgestaltende, sondern ins Gleichgewicht bringende Einzelmaßnahmen gebilligt werden können und auf der anderen Seite Gruppen, die umgekehrt der Meinung waren, dass eine volle Umplanung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erforderlich sei und dass ein derart neu zu gestaltender sozialer Wohlfahrtsstaat auf die Dauer gesehen die einzige Möglichkeit materieller Inhaltserfüllung des demokratischen Rechtsstaatsgedankens bringe. Das Grundgesetz konnte in dieser Situation nur wenige Entscheidungen treffen. Es hat vielmehr diese inhaltliche Bestimmung des Rechtsgrundsatzes der demokratischen und sozialen Rechtsstaatlichkeit eben um dieser, wenn sie so wollen Kompromisslage willen dem einfachen Gesetzgeber und evt. dem Verfassungsänderungsverfahren überlassen.“<sup>14</sup> Wie die Gestaltung nun im einzelnen verläuft, habe das Grundgesetz allerdings nicht verfassungsrechtlich entschieden.<sup>15</sup>

1954: „Das Bekenntnis des Grundgesetzes zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat öffnet deshalb nicht nur den Weg zu gelegentlichen Staatsinterventionen, um eine in ihrem Gleichgewicht bedrohte, aber als grundsätzlich feststehend und gerecht anerkannte Gesellschaftsordnung zu balancieren, *sondern stellt grundsätzlich diese Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung selbst zu Disposition der demokratischen Willensbildung des Volkes* (kursiv W.A.). Es ermöglicht deshalb nicht nur gelegentliche ad hoc-Eingriffe der Staatsgewalt, sondern weist der im demokratischen Staat repräsentierten Gesellschaft die Möglichkeit zu, ihre eigenen Grundlagen umzuplanen.“<sup>16</sup>

1975: Abendroth in einer Diskussion zu seinem Sozialstaatsartikel: „Der Zweck der Übung war ja gerade, lediglich klarzustellen: dieses Grundgesetz ermöglicht es den Sozialisten, sozialistische Vorstellungen zu

---

<sup>14</sup> Wolfgang Abendroth, Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates, in: Arbeiterklasse, a.a.O., S.68

<sup>15</sup> Wolfgang Abendroth, ebenda, S.69

<sup>16</sup> Wolfgang Abendroth, Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: Ernst Forsthoff, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, S.114 ff., S.127, s. auch ebenda S.119, S.126, S.127, S.142.

vertreten, zu verteidigen und zu realisieren, wenn wir nämlich die Macht haben. Mehr steht nicht drin.“<sup>17</sup>

So ist es. Deshalb gilt es Umdeutungen der abendrothschen Analysen entgegen zu treten, die a) entweder unterstellen, Abendroth habe aus dem Grundgesetz ein Gebot, den Sozialismus – oder auch nur den Sozialstaat eines bestimmten politischen Wunschbildes – einzuführen, herausgelesen als auch b) denjenigen Umdeutungen, die von seinen Kernaussagen überhaupt keine Notiz mehr nehmen und nicht mehr von der verfassungsrechtlichen Ermöglichung der Umgestaltung der Gesellschaft in eine sozialistische durch demokratische Mehrheitsentscheidung sprechen, sondern nur noch von der Ausdehnung der Demokratie auf die Wirtschaft im Kapitalismus. Wie sich aber aus den Zitaten ergibt, leitet Abendroth aus der Sozialstaatsklausel keine konkreten sozialstaatlichen Forderungen ab, wie z. B. ein Recht auf Arbeit oder was sonst alles an Umverteilungsforderungen zum politischen Begriff des Sozialstaats gezählt wird und erst recht nicht die Einführung des Sozialismus als Verfassungsauftrag.

Auf die Einzelheiten der Sozialstaatsdiskussion zwischen Forsthoff und Abendroth und den schon fast unzähligen anderen, die sich dazu geäußert haben, soll nicht eingegangen werden. Wohl aber ist das Problem zu sehen, ob denn auch heute noch die Sozialstaatsklausel so ausgelegt werden kann, wie Abendroth es getan hat.

Die historische Rückerinnerung an den Ursprung der Kontroverse 1953 und die Bemühungen, die Thesen Abendroths korrekt wiederzugeben, sind auch dann, wenn man zu dem Ergebnis kommen sollte, rechtliche und faktische Veränderungen erforderten eine Neuinterpretation, nicht sinnlos. Gerade Abendroth hat stets historisch gedacht und die gegenwärtigen Verhältnisse und Ideologien aus ihrer geschichtlichen Entwicklung heraus verstanden.

Abendroth war Realist und hat stets eine realistische Analyse der gesellschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse gefordert. Als Realist hat er sich nie irgendwelche Illusionen gemacht über die Möglichkeiten der Einführung des Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bei seinem Eintreten für den Sozialismus ging er davon, dass es notwendig sei das Bewusstsein bei denjenigen, die ein objektives Interesse an der Aufhebung kapitalistischer Herrschaft haben, zu schärfen und ihnen zu

---

<sup>17</sup> Wolfgang Abendroth, in: Hubert Rottleuthner, Hrsg., Probleme der marxistischen Rechtstheorie, Frankfurt a. M., 1975, Diskussion über Probleme sozialistischer Rechtspolitik. Ein Gesprächsprotokoll, S.393,

zeigen, dass diese Aufhebung notwendig und verfassungsrechtlich zulässig sei.

Gegenüber 1954 muss man heute noch viel illusionsloser sein als Abendroth es war, denn zu berücksichtigen ist, dass 1954 das kapitalistische System in der Bundesrepublik und in der Welt noch keineswegs so siegreich gefestigt war wie jetzt im Jahre 2006. Insbesondere erschien es Abendroth für die rechten Kräfte „nicht so leicht, erfolgreich Staatsstreich zu spielen, wegen der Nähe der sozialistischen Staaten.“<sup>18</sup> Das ist heute anders; die Gefahr, dass rechte gesellschaftliche Gruppen und staatliche und andere Institutionen alle rechtlichen Normen beiseiteschieben und zur unmittelbaren Gewalt und Repression greifen werden, wenn in einer großen Krise auch nur die Möglichkeit eines Erwachens der sozialistischen Kräfte von ihnen befürchtet wird, ist nicht von der Hand zu weisen.

Rechtlich ist zu beachten, dass inzwischen durch eine Fülle von gesetzgeberischen Akten, von internationalen Verträgen, durch die Bildung der EU und durch den Einigungsvertrag die kapitalistische Marktwirtschaft nicht nur einfach gesetzlich sondern auch verfassungs- und völkerrechtlich ausgestaltet und zur Grundlage nicht nur des gesellschaftlichen, sondern auch des rechtlichen und verfassungsrechtlichen Systems ausgebaut wurde.<sup>19</sup>

Rechtlich bleibt dennoch die Umkehr des Abbaus des Sozialstaates im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft und sein Ausbau weiterhin möglich. Es ist selbstverständlich, dass eine soziale Ausgestaltung z. B. des Arbeitsrechts, des Mietrechts, des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens, der vielfältigen sozialen Sicherungssysteme möglich ist und ja auch unter dem Etikett der sozialen Marktwirtschaft als möglich angesehen wurde; und ebenso selbstverständlich können auch Privatisierungen und Deregulierungsmaßnahmen rückgängig gemacht werden und bleibt es möglich, gemäß Art. 15 GG privates Eigentum in Gemeineigentum zu überführen. Die geradezu abenteuerlichen Interpretationskünste, die z. B. der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof vorführt, um die Steuerhoheit des Staates zu beschneiden, sind nicht geltendes Verfassungsrecht und werden nicht einmal von der Rechtsprechung und der Lehre übernommen. Selbst Forsthoff war der

---

<sup>18</sup> Wolfgang Abendroth, ebenda, S.417

<sup>19</sup> Vgl. zum Ganzen ausführlicher: Peter Römer, Geltung und Wirksamkeit, a.a.O.

Ansicht: „Der moderne Rechtsstaat ist Sozialstaat wesentlich in seiner Funktion als Steuerstaat. Die rechtlich unbeschränkte (sic) Befugnis des Staates, Steuerquellen auszuschöpfen, setzt ihn in den Stand, einen beträchtlichen Teil seiner sozialen Aufgaben in der Weise zu erfüllen, dass er durch Abschöpfung und Vergebung von Barmitteln das System der Güterverteilung korrigiert.“<sup>20</sup>

Aber auch der allerschönste Sozialstaat ist noch lange kein Sozialismus. Ob dieser aber durch einfaches Gesetz einführbar wäre, wie Abendroth es für möglich hielt, ist mir durch die seitherige Rechts- und Verfassungsrechtsentwicklung sehr zweifelhaft geworden. Dazu wäre eine Verfassungsänderung notwendig. Diese aber bleibt immer rechtlich möglich, denn Demokratie und Sozialstaat sind gemäß Art.79 Abs.3 GG nicht abänder- oder aufhebbar.

Die wesentliche Aussage der abendrothschen Interpretation der Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes bleibt weiterhin richtig: der Sozialismus kann durch demokratisches Gesetz eingeführt werden.

Bleibt allerdings die Frage, ob Erörterungen zu solchen Rückerinnerungen an die Interpretation der Sozialstaatsklausel sowie die Aktualisierung der abendrothschen Auslegung gegenwärtig irgendwelche politische Bedeutung zukommen kann.

Es wird darum gestritten, ob schon in 5 Jahren oder aber doch erst in 500 Jahren das Ende des Kapitalismus anzunehmen ist; gestritten wird also darüber, ob bereits jetzt die Produktionsverhältnisse den im Kapitalismus entwickelten Produktivkräften nicht mehr entsprechen und durch sozialistische Produktionsverhältnisse ersetzt werden müssen, oder aber der Kapitalismus noch 500 Jahre Zeit hat, die Produktivkräfte weltweit in der seiner Produktionsweise inhärenten widersprüchlichen Form zu entwickeln. Zu diesem Problem enthalten wir uns der Stellungnahme, mögen sich seiner die Vertreter der neuen Lehre von der „Kapitalistik“ annehmen, die an die Stelle der politischen Ökonomie von Marx und des historischen und dialektischen Materialismus treten soll.

Hier geht es um die Rechtsfrage der rechtlichen Zulässigkeit der Ablösung der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch eine sozialistische. Es ist höchst wahrscheinlich, dass es nicht in erster Linie um Rechtsfragen gehen wird, wenn der Sozialismus aktuell werden sollte, sei nun in 5 oder in 500

---

<sup>20</sup>

Ernst Forsthoff, Begriff und Wesen, a.a.O., S.195

Jahren, obwohl das Recht für die Linken, wenn es um von ihnen errungene Rechtspositionen geht, nie außer acht gelassen werden darf.

Es ist nicht in erster Linie für die nahe oder eine höchst entfernte Zukunft von Bedeutung, ob durch den Rechtsstaat die kapitalistische, warenproduzierende Wirtschaft, in welcher sozialen oder barbarischen Ausgestaltung auch immer, verfassungsrechtlich unveränderbar garantiert ist oder ob verfassungsrechtlich auch der Sozialismus möglich sein soll. Für die politischen und rechtlichen Handlungsmöglichkeiten der Sozialisten in der Gegenwart ist diese Möglichkeit sehr wohl von Bedeutung. Nur wenn man auf dieser verfassungsrechtlichen Möglichkeit der Abschaffung des Kapitalismus weiterhin insistiert, hat man die rechtlichen Handhaben, mit deren Hilfe sich Sozialisten gegen Parteiverbot, Verwirkung ihrer Grundrechte und gegen ihre Stigmatisierung als Verfassungsfeinde wehren können.

Wie die Geschichte lehrt, sind dergleichen Repressionsmaßnahmen allein durch das Berufen auf das Recht nicht zu verhindern.

Aber die Geschichte lehrt auch, wie uns Werk und Wirken Wolfgang Abendroths verdeutlicht, dass der Kampf um das Grundgesetz nicht aufgegeben werden darf.

## **Wissenschaftlicher Politik als Gegenmachtstrategie**

### **Von Ekkehard Lieberam**

Das Marxistische Forum hat hier im Liebknecht-Haus bereits im Juli 2000 bei Wolfgang Abendroth Rat gesucht. In der Programmdebatte der PDS ging es damals darum, sich gegen die Entsorgung des Marxismus zu wehren. Als marxistischer Theoretiker hatte Abendroth in einer ähnlichen Situation - im Vorfeld der Debatte um das Godesberger Programm der SPD in den Jahren 1958/1959 - programmatische Positionen vertreten, mit denen wir uns als Marxisten innerhalb der PDS voll und ganz identifizieren konnten.<sup>1</sup> Heute geht es uns sicherlich auch um die Zurückweisung von Anpassungsprogrammatik und Anpassungspolitik. Aber noch mehr geht es uns darum, sozialistische Handlungsorientierung unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen neu zu justieren. Die von Wolfgang Abendroth aufgeschriebenen Erkenntnisse und historisch-politischen Erfahrungen sind dabei außerordentlich wichtig.

Der 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth fällt in eine Zeit sich deutlich verschärfender sozialer Widersprüche und anhaltender sozialpolitischer Auseinandersetzungen. Die Initiative für eine Debatte um Strategie und Politik geht heute nicht wie noch vor einigen Jahren primär von denjenigen aus, die sich mit dem Kapitalismus arrangieren wollen. Sie erwächst aus einer geschichtlichen Situation, da die neoliberale Kapitaloffensive die Lohnabhängigen tagtäglich zwingt, sich Gedanken über die Möglichkeiten der Abwehr dieser Kapitaloffensive zu machen und auch verstärkt über progressive Gesellschaftsveränderungen und eine andere Gesellschaft nachzudenken.

*Kommt die Eule der Minerva immer zu spät?*

In dieser Situation sind wir verstärkt mit einer Reihe von grundlegenden Fragen konfrontiert, die bereits vor gut 200 Jahren deutsche Philosophen beschäftigten und seit 160 Jahren im besonderen Maße die marxistischen Theoretiker umtreiben:

- Ist unsere Welt, ist die Gesellschaft erkennbar und veränderbar? Wenn ja, welche Anforderungen ergeben sich damit für das politische Handeln?

---

<sup>1</sup> Vgl. Partei der Arbeiterklasse oder Volkspartei, Alternativentwurf von Wolfgang Abendroth zum Godesberger Programm der SPD, Mit einer Einführung von Ekkehard Lieberam und Herbert Münchow, Schriften aus dem Liebknecht-Haus-Leipzig 6, Leipzig, August 2000.

- Welche gesellschaftlichen Kräfte sind mit welchen Mitteln in der Lage, Verbesserungen herbeizuführen?

- Welche Irrtümer und Fehlentwicklungen müssen wir vermeiden?

Wolfgang Abendroth hat die in den siebziger Jahren in der Bundesrepublik begonnene zweite Restaurationsperiode noch selbst miterlebt und dagegen angeschrieben. Er hatte nichts übrig für eine „praxisferne Übertheoretisierung des Marxismus“.<sup>1</sup> Der Nutzen von Theorie „besteht eben in der Verbindung mit der Praxis und kann nur in diesem Stetigen und bewußten Bezug Bedeutung erlangen.“<sup>2</sup> Er hätte so sicherlich auch Peter Römer zugestimmt, „dass nichts so praktisch ist, wie eine gute Theorie.“<sup>3</sup> Zu einer solchen Theorie progressiver Weltveränderung hat Abendroth Maßgebliches beigetragen. Er war es, der um den Begriff der wissenschaftlichen Politik das Anliegen einer begreifenden und zugleich durchdacht eingreifenden politischen Theorie gruppierte und diesen Begriff zugleich bereicherte. Der Realismus seiner Gesellschaftsanalyse, seine sprachlicher Genauigkeit, aber auch sein praktisch-politisches Engagement - als Publizist und als politischer Aktivist - für ein erneuertes Klassenkampfbewusstsein unter den abhängig Arbeitenden, in den Gewerkschaften, in den „Resten“ der sozialistischen Bewegung machten dies möglich.

Wissenschaftliche Politik, wie sie Wolfgang Abendroth verstand, steht in der Tradition der 11. Feuerbachthese von Karl Marx: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kommt aber darauf an, sie zu *verändern*.“<sup>4</sup> Diese Wende in der Philosophie hin zur Handlungstheorie entstand keineswegs aus dem Nichts. Sie hatte ihre Vorgeschichte. Es gab

<sup>1</sup> Vgl. F. Deppe, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, in: F.-M. Balzer, H M Bock, U. Schöler (Hrsg.), Wolfgang Abendroth – Wissenschaftlicher Politiker, Opladen 2001, S. 189. Abendroth antwortete auf die Frage nach den Gegensätzen zwischen „Theoretikern“ und mehr aktivistisch Veranlagten“: „daß sich Theorie und Praxis nicht radikal trennen lassen. Voluntaristische Praxis ohne theoretisches Konzept ist blind und erreicht nichts, aber stetes Theoretisieren ist eine ebensolche Gefahr, wenn sie nicht auf die Praxis gerichtet ist.“ Das Unbehagen organisieren, Interview, Konkret, 12/1962, S. 11.

<sup>2</sup> W. Abendroth, 11 Thesen zur politischen Funktion und zur Perspektive des Kampfes für die Erhaltung des demokratischen Verfassungsrechts in der Bundesrepublik Deutschland, in D. Deisenroth, F. Hase und K.-H. Ladeur (Hrsg.), Über das Verhältnis von Legalität, Konsens und Herrschaft, Helmut Ridder zum 60. Geburtstag gewidmet, Frankfurt/M., 1981, These 10.

<sup>3</sup> P. Römer, Uwe-Jens Heuer: Marxist und Jurist in zwei deutschen Staaten, in: Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Nr. 60, Dezember 2004, S. 164.

<sup>4</sup> K. Marx, Thesen über Feuerbach, MEW, Band 3, Berlin 1978, S. 535.

vorher Elemente einer solchen Theorie, ausgehend von der Abkehr vom „jenseitigen Heil“ und der Hinwendung zum „diesseitigen Glück“. Und es gab grundsätzliche Einwände dagegen. Die Debatte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts um die Praxisrelevanz von Philosophie bzw. Theorie ist nicht nur von geschichtlichem, sondern auch von aktuellem Interesse.

Für ein „Belehren der Welt, wie die Welt sein soll, ... kommt dazu die Philosophie immer zu spät“, schrieb Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Das sei so, weil der „Gedanke der Welt“ immer erst dann erscheint, wenn die Herausbildung der Welt schon vollendet ist. Hegel verdeutlichte diese Position mit der bekannten, geradezu poetischen Sentenz: „die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug.“<sup>5</sup> Anders formuliert: Erst wenn die elementar wirkenden Widersprüche schon den Durchbruch zu eine alt gewordene „Gestalt des Lebens“ verdrängen, kommt auch die Erleuchtung, was eigentlich geschehen ist und wieso es geschehen konnte.

Nun ist nicht zu bezweifeln, dass gerade auch zu Kommunisten und Sozialisten in jüngster Zeit die „Eule der Minerva“ erst mit der einbrechenden Dämmerung kam, erst danach oder auch gar nicht. Als alle Messen bereits gesungen waren, als der antibürokratische Aufbruch bereits zur Konterrevolution geworden war, lichtete sich erst sehr langsam der Nebel. Als die Dinge noch zu retten waren, etwa in der Zeit des 20. Parteitages der KPdSU, beschränkte sich Politik und Programmatik vorwiegend auf die moralische Verurteilung von Verbrechen und Fehlentwicklungen und wenig realistische Zukunftsvisionen. Strategische Debatten unterblieben oder wurden dilettantisch geführt. Ernsthafte Strategiedebatten, so in der DDR um das NÖS in den sechziger Jahren, waren die Ausnahme. Heute, gut eineinhalb Jahrzehnte nach dem Verschwinden des europäischen Sozialismus, streiten sich Marxisten immer noch darüber, warum denn die „Herausbildung der Welt“ 1989/1990 einen anderen Weg ging als den der Revitalisierung des in eine Krise geratenen Realsozialismus.

Aber all dies ändert nichts daran, dass Marx und Engels konfrontiert mit einer Philosophie der Verklärung des Bestehenden, aber auch der Resignation beim „Streben nach Wohlergehen der Menschheit“ vor dem

---

<sup>5</sup> G.W.F. Hegel, Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, Nach der Ausgabe von Eduard Gans herausgegeben und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner, Berlin 1981, S. 28.

angeblich ehernen Gang der Undurchschaubarkeit der Weltgeschichte im Grundsatz richtig erkannten, warum und wie der Kampf um eine bessere Welt vorausschauend und mit Erfolg (allerdings nicht mit Garantie) geführt werden kann: durch eine sich in der kapitalistischen Gesellschaft entwickelnde soziale Großgruppe, deren Gesamtinteresse sie zum Kampf für eine andere Gesellschaft drängt.

Mit der im Kapitalismus enorm beschleunigten Produktivität der Arbeit ergibt sich zum erste Mal in der Menschheitsgeschichte die Möglichkeit, die materiellen und kulturellen Grundbedürfnisse jedes einzelnen Menschen zu erfüllen. Mit der Arbeiterklasse bildet sich eine gesellschaftliche Kraft heraus, die potenziell in der Lage ist, Ausbeutung, soziale Not und Arbeitslosigkeit, Kriege und Umweltvernichtung, Unterdrückung und Herrschaft zu überwinden und mit der eigenen Befreiung als unterdrückte Klasse die Menschheit generell von Klassenunterdrückung und Klassen zu befreien. Der Weg dahin ist frei zu machen, wenn sich das Proletariat als eigenständige politische Kraft gegen das Kapital organisiert, die politische Macht übernimmt, die Produktionsmittel vergesellschaftet, die Produktivkräfte weiter vermehrt.

#### *Reale Möglichkeit plus handlungsfähige Akteure*

Die Konzipierung einer wissenschaftlichen Politik zur Veränderung der Machtverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft und hinsichtlich der sozialistischen Gesellschaftsgestaltung, - das hat die Geschichte deutlich gemacht - besteht weder aus einer Zusammenstellung „unfehlbarer Dogmen“ noch ist sie beliebig hinsichtlich der Mittel, Methoden und des Weges. Ihre Befürworter müssen jeweils von den gegebenen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen ausgehen. Sie haben zu beachten, dass es Fallstricke und Sackgassen im Kampf um eine andere bessere Gesellschaft gibt.

Im Sinne wiederum von Hegel handelt es sich bei der entstandenen geschichtlichen Situation des Aufbruchs zu einer neuen Stufe der Weltgeschichte, um eine neue Qualität der Rolle des tätigen Menschen, um die systematische Entwicklung einer formellen Möglichkeit zu einer realen Möglichkeit der weiteren geschichtlichen Entwicklung.<sup>1</sup> Aber auch eine reale Möglichkeit ist ein Möglichkeitsfeld mit verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungsvarianten, die nur durch die für ihre Interessen kämpfenden Menschen zur Wirklichkeit werden kann. „Die

<sup>1</sup> Vgl. A. Gulyga, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Leipzig 1980, S. 121 und 180 f.

verschiedenen Möglichkeiten sind in höherem oder geringerem Grade wahrscheinlich, wobei die gesellschaftliche Kräftekonstellation maßgeblich ist.“<sup>2</sup>Der Hegelsche Weltgeist, welcher „seine Wanderung in den endlosen Weiten Asiens angefangen hatte, „mit den griechischen Göttern auf dem Olymp zechte, der die römischen Cäsaren, die Kreuzritter und die Sansculotten in die Schlacht führte,“<sup>3</sup> wird selbst natürlich in keiner Weise die Arbeiterklasse zum Siege führen.

*Entscheidend wird der Ausgang des praktisch-politischen Klassenkampfes sein: zwischen denjenigen, die den Kapitalismus verteidigen und denjenigen, die eine real mögliche andere Welt zur realisieren suchen. Dieser Kampf kann auch in der Barbarei enden bzw. wie in der Vergangenheit, mit „dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen“.<sup>4</sup> Dies wird dann der Fall sein, wenn er kraftlos, mit untauglichen Konzepten und Mitteln geführt wird, wenn von ernsthaften Gegenkräften nicht gesprochen werden kann.*

Ganz allgemein gilt: eine wissenschaftliche Politik im Geiste von Marx und Engels muss sich mit den Verhältnissen, Subjekten bzw. Akteuren, den Grundsätzen und Aufgaben beschäftigen, um den Weg für eine Einschränkung der Macht des Kapitals und für eine sozialistische Entwicklungsvariante zu öffnen. Wie Marx und Engels erkannten, gibt es mit der Entwicklung des Kapitalismus auch eine Zäsur in der Weltgeschichte, hinsichtlich neuer Chancen für einen erfolgreichen politischen Kampf der Menschen für eine Welt der sozialen Sicherheit und Gleichheit, der ökologischen Nachhaltigkeit, der Selbstregierung des Volkes, ohne Kriege und Ausbeutung. Aber, und das haben sie nie bestritten: Geschichte kann nicht beliebig vorangetrieben werden. Es wird sicherlich real auch in Zukunft politisches Handeln von links geben, bei dem die Ziele der Menschen und die Resultate ihres Handelns auseinanderfallen (z. B. wenn sich die antikapitalistische Linke auf das Konzept der Regierungsbeteiligung als angeblich aktuelles Mittel „politischer Gesellschaftsgestaltung“ einlässt). „Tausend Wege führen zum Irrtum, ein einziger zur Wahrheit“,<sup>5</sup> lehrte Jean Jacques Rousseau. Weder

---

<sup>2</sup> G. Stiehler, Mensch und Geschichte, Studien zur Gesellschaftsdialektik, Köln 2002, S. 79.

<sup>3</sup> A. Gulyga, a. a. O., S. 187.

<sup>4</sup> K. Marx, F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Band 4, Berlin 1977, S. 462.

<sup>5</sup> J.-J. Rousseau, Letzte Antwort an Bordes, in: Frühe Schriften, Leipzig, 1970, S. 93.

große Persönlichkeiten, noch kleine revolutionäre Gruppen oder sich links nennende Parteien können willkürlich Geschichte machen. Nichts Großes wird ohne Leidenschaft vollbracht, aber keine Leidenschaft, kein Enthusiasmus kann etwas ins Leben rufen, dessen Zeit noch nicht herangereift ist, gab Hegel zu Bedenken.<sup>6</sup>

### *Acht Thesen zu einer Gegenmachtstrategie*

„Ohne kritische Theorie gibt es keine kritische Praxis, auch nicht für die Arbeiterklasse, denn sie kann nur mit Hilfe der Theorie ihre Strategie gewinnen.“<sup>1</sup> Wissenschaftliche Politik von links, also eine taugliche politischen Strategie zur Veränderung der Klassenmachtverhältnisse und damit der humanitären Einflussnahme auf Politik und Gesellschaftsentwicklung, so verstehe ich Wolfgang Abendroth, muss vor allem die Schaffung und Stärkung von politisch-ideologischer und organisatorischer Gegenmacht beinhalten. Mit den folgenden Überlegungen stelle ich die folgenden, in Anlehnung an Abendroth formulierten acht Thesen einer „Gegenmachtstrategie als wissenschaftliche Politik“ zur Diskussion.

*Erstens geht es um den theoretischen Ausgangspunkt: Politik, Staat, Demokratie, Verfassung und politischen Institutionen sind als Herrschaftsinstitutionen, als Ausdruck der jeweiligen und vorangegangenen Klassengegensätze und -kämpfe, als Felder der Klassenauseinandersetzung zu analysieren und zu bestimmen.*

Die Geschichte der Bundesrepublik wie auch die jeweiligen aktuellen politischen Auseinandersetzungen müssen als Kämpfe zwischen widerstreitenden Klasseninteressen, zwischen Kapital und Arbeit begriffen werden. Politik ist „ihrem Wesen nach *kontrovers*, weil sie auf Herrschaftserhaltung oder Herrschaftsaufhebung gerichtet ist.“<sup>2</sup> Messlatte linker Politik und überhaupt „die machtpolitisch allein wirksame Grundlage einer Tätigkeit der Linken in Deutschland“<sup>3</sup> sind die Interessen der Klasse der abhängig Arbeitenden. Für eine „Politik des kleineren Übels“ war in Abendroths politischer Strategie kein Platz.

<sup>6</sup> Nach A. Gulyga, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, a. a. O., S. 125.

<sup>1</sup> W. Abendroth, 11 Thesen zur politischen Funktion und zur Perspektive des Kampfes für die Erhaltung des demokratischen Verfassungsrechts in der Bundesrepublik Deutschland, a. a. O.

<sup>2</sup> W. Abendroth, Zur Einführung: Politische Wissenschaft als politische Soziologie, in: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Aufsätze zur Soziologie, Neuwied 1967, S. 11.

<sup>3</sup> W. Abendroth, Das Unbehagen organisieren, a. a. O., S. 11.

Wolfgang Abendroth wandte sich entschieden gegen die von der SPD-Führung vertretene Position, „Klassenanalyse“ und „Klassenstandpunkt“ aufzugeben.<sup>4</sup> Die politischen Institutionen, der Staat, die Verfassung, die Demokratie sind allesamt, aber auf unterschiedliche Weise, Instrumente und Resultate des Klassenantagonismus. Sie führen zugleich ein Eigenleben, entwickeln, soweit sie mit eigenen sozialen Strukturen verbunden sind, wie gerade auch die politischen Parteien eigene Interessen. Sie üben Herrschaftsfunktionen aus. Als Felder der Klassenauseinandersetzung bieten sie unterschiedliche Ansätze für die Interessenvertretung und den Kampf der abhängig Beschäftigten für ihre Interessen, vorausgesetzt allerdings, dass diese Möglichkeiten im Klassenkampf von unten genutzt werden.

Die Bestimmung der Rolle der politischen Institutionen als Instrumente und Felder des Klassenkampfes kann nicht bloß mittels Abstraktion erfolgen. Es bedarf jeweils der konkreten Analyse des Klassenkräfteverhältnisses, der historisch-politischen Erfahrungen und der jeweiligen Funktionsweise dieser Institutionen. Ein ganz wichtiges Moment dieser Funktionsweise und überhaupt der gesellschaftlichen Realität der Bundesrepublik war nach Wolfgang Abendroth die außerordentliche politische Schwäche der Arbeiterklasse der Bundesrepublik, die er mit Begriffen wie „Ohnmacht der Arbeiterbewegung“ oder „Ausschaltung sozialistischen Denkens“ charakterisierte.<sup>5</sup>

*Zweitens „Politik und ihre Praxis soll mit der wissenschaftlichen Politik eine Einheit bilden.“<sup>6</sup> Es geht darum, den „auf progressive Umgestaltung der Gesellschaft gerichteten Antriebe durch kritische und rationale Weiterentwicklung der Ansätze zu einer politischen Theorie zu begegnen, die den Übergang zu einer von Klassegegensätzen befreiten politischen Ordnung ermöglichen.“<sup>7</sup>*

---

<sup>4</sup> Vgl. W. Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von B. Dietrich und J. Perels, Frankfurt am Main 1976, S. 245 f.

<sup>5</sup> Vgl. W. Abendroth, Über die Notwendigkeit sozialistischer Opposition, in: Informationen der sozialistischen Opposition, Extra 1/67, S. 11 und Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland, in: W. Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied und Berlin 1972, S. 462.

<sup>6</sup> H. H. Holz, Über das Besondere von wissenschaftlicher Politik, in Topos, H. 17, 2001, S. 132.

<sup>7</sup> W. Abendroth, Politischer Pragmatismus oder politische Theorie, in: Werkhefte, 6/1962, S. 227.

Es handelt sich - und darin sehe ich das methodologische Grundkonzept von Abendroth - „um das Ringen um eine politische Theorie, die die Gesamtstruktur der Gesellschaft sichtbar macht und ihre Widersprüche erhellt, aber aus der Entfaltung dieser Widersprüche die Möglichkeit humanitärer Umstrukturierung der Gesellschaft dartut“.<sup>8</sup>

Seit Mitte der achtziger Jahre, als Wolfgang Abendroth verstarb, haben sich viele der von ihm aufgezeigten Tendenzen verstärkt. Manches in den sozialökonomischen Verhältnissen und in der politischen Landschaft der Bundesrepublik hat sich verändert. Mit dem Zusammenbruch des europäischen Realsozialismus endete auch der Sozialismusversuch auf deutschem Boden. Der Triumph des Kapitalismus ging einher mit einer außerordentlichen Revolutionierung der Produktivkräfte, mit einer aggressiven Offensive des Kapitals gegen die abhängig Arbeitenden und Arbeitslosen, mit der Beteiligung an immer neuen Kriegen, mit der weiteren Schwächung der Gewerkschaften und einer Demoralisierung der sozialistischen und kommunistischen Bewegung. Sozialabbau im Innern und imperialistische Kriegsführung nach außen prägen offenbar nachhaltig die Staatspolitik.

*Die sich bereits Anfang der achtziger Jahre abzeichnende mikroelektronische Revolution der Produktivkräfte lässt die kapitalistische Gesellschaft wieder einmal verstärkt dem Hexenmeister gleichen, „der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.“<sup>9</sup> Innerhalb der Lohnabhängigenklasse vollzogen sich erhebliche Veränderungen, die gerade den Kern der Arbeiterklasse, die mehrwertproduzierende Klasse, betrafen, aber auch zu einer neuen Qualität von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung führten.*

Aus meiner Sicht haben wir es derzeit mit drei Entwicklungen zu tun, die im besonderen Maße von programmatischer und strategischer Bedeutung sind. Da ist zum einen die im Gefolge der weiteren Schwächung der Kräfte des Klassenwiderstandes entstandene offenbar stabile hegemoniale Herrschaftskonstellation in den Klassenbeziehungen wie auch in der internationalen Politik.<sup>10</sup> Zum anderen haben sich die Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit verschärft, sind wir mit einer merklichen sozialen Polarisierung konfrontiert. Viele Fakten deuten darauf hin, dass

<sup>8</sup> W. Abendroth, Politischer Pragmatismus oder politische Theorie, a. a. O., S. 226 f.

<sup>9</sup> K. Marx, F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a. a. O., S. 467.

<sup>10</sup> Vgl. F. Deppe, Widerstand, soziale Bewegungen und Gewerkschaften im Kapitalismus der Gegenwart, in Z61, März 2005, S. 10.

sich diese für den Fortgang der Klassenauseinandersetzungen wichtige Polarisierung fortsetzen, wenn nicht gar beschleunigen wird. Schließlich hat sich die verbreitete These von der Abkopplung des politischen Handelns von der sozialen Lage schon jetzt als Märchen erwiesen. Zumindest im Ansatz gibt es ein sicherlich - in Relation z. B. zu Frankreich - bescheidenes, aber dennoch merkliches Streben nach politischer Unabhängigkeit unter den abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten gegenüber dem Kapital.

Nach wie vor gilt allerdings das, was Wolfgang Abendroth vor mehr als vierzig Jahren in Bezug auf die damalige BRD beklagte: „Einen *politischen* Kristallisationspunkt für ein Bewußtsein dieser Art (in Richtung auf Umformung der bestehenden Gesellschaft „in eine an der Gleichberechtigung aller Gesellschaftsglieder orientierten klassenlosen Gesellschaft“ - E. L.) gibt es allerdings zur Zeit in der Bundesrepublik nicht.“<sup>11</sup>

*Drittens: die Schaffung von Gegenmacht ist das Hauptkettenglied einer politischen Strategie der antikapitalistischen Linken zur Abwehr der neoliberalen Kapitaloffensive, der Kriegsführungspolitik wie auch zur Erkämpfung sozialer Verbesserungen und eines Zugangs zu einer anderen Gesellschaft.*

Politische Strategie von links, so umriss Karl Hermann Tjaden die Position Abendroths, muss darauf abzielen: „Gegenmacht gegen die kapitalistischen Produktions- und Klassenverhältnisse zu entfalten, um diese Verhältnisse einzuschränken und am Ende die Möglichkeit vernünftiger Gesellschaft zu verwirklichen. Und diese Gegenmacht, die nach der Verfassung kapitalistischer Gesellschaften nur im Gegenpol des Kapitals, der abhängigen Arbeit gründen kann, lässt sich nur durch wissenschaftlich angeleitete Politik entfalten.“<sup>12</sup> Die Verschiebung der Kräfteverhältnisse „in Richtung auf eine künftige Gesellschaft hin“ ist der Ausgangspunkt für komplexere strategische Überlegungen und praktisch-politische Aufgabenstellungen, die Wolfgang Abendroth als Weiterentwicklung der politischen Demokratie zur sozialen Demokratie „durch systematische Übertragung des Prinzips der demokratischen Gleichheit und der demokratischen Willensbildung auf Wirtschaft und Gesellschaft mittels des

<sup>11</sup> W. Abendroth, Die soziale Struktur der Bundesrepublik und ihre politischen Entwicklungstendenzen, in: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, a. a. O., S. 36.

<sup>12</sup> K. H. Tjaden, Die Bedeutung der ‚Wissenschaft von der Politik‘ Wolfgang Abendroths, in: F.-M. Balzer, H. M. Bock, U. Schöler (Hrsg.), a. a. O., S. 131.

Gesetzes,<sup>13</sup> und als Vorbereitung auf die politische Machtergreifung durch die Arbeiterklasse verstand.

Gegenmacht in diesem Sinne ist nicht schlechthin nur ein anderes Wort für Opposition, Protest oder Gegenwehr, wenngleich sie all das einschließt. Sie meint, wie Edeltraut Felfe in einer Diskussion des Marxistischen Forums in Berlin formulierte, deshalb auch „weder die checks and balances der bürgerlichen Politologie noch die entsprechende reformistische Konzeption verschiedener Herkunft“. Gegenmacht thematisiert seit geraumer Zeit in der Debatte unter Linken die Subjektwerdung der „sich verändernde(n) Arbeiterklasse“ im Abwehrkampf gegen die Kapitaloffensive und im Ringen „um Wege und Strukturen für Übergänge“ zu einer anderen sozialistischen Gesellschaft.<sup>14</sup> Sie ist *conditio sine qua non* (unerlässliche Bedingung) gesellschaftlicher Umwälzung.<sup>15</sup>

Wir wissen aus der Geschichte, dass es unterschiedliche Erscheinungsformen und Abstufungen von Gegenmacht gibt. Eine Form, von der auch Karl Marx im Zusammenhang mit dem Kampf um „die gesetzliche Schranke und Regel des Arbeitstages“ (10-Stunden-Bill) sprach, ist die graduelle Abschwächung der „Widerstandskraft des Kapitals“ und das Anwachsen der „Angriffskraft der Arbeiterklasse“ im Verlauf erfolgreicher Klassenkämpfe.<sup>16</sup> In den ersten Jahren der Weimarer Republik erzwangen z. B. die Arbeiterparteien im Bündnis mit Massenbewegungen eine umfangreiche Arbeits- und Sozialgesetzgebung ohne die Regierungsmacht inne zu haben. Eine andere Form ist eine zeitweilige „Vetomacht“ der Arbeiterklasse. In England z. B. gab es bis in die siebziger Jahre hinein eine faktische Blockierungsmacht der in den Trade Unions organisierten Arbeiterklasse gegen Sozialdumping und Abbau von Arbeiterrechten, die dann durch den sogenannten Thatcherismus gebrochen wurde. Verschiedentlich entwickelte bzw. entwickelt sich der organisierte politische Einfluss der Arbeiterklasse (in der Novemberrevolution in Deutschland, in Chile unter Allende, in Portugal in der Nelkenrevolution, derzeit in Venezuela und Bolivien) bis

<sup>13</sup> W. Abendroth, Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie, Programmentwurf 1959, in Partei der Arbeitnehmerklasse oder Volkspartei, a. a. O., S. 26.

<sup>14</sup> E. Felfe, Möglichkeiten politischer Gegenmacht heute, in: Marxistisches Forum, Heft 48, Juli 2004, S. 2.

<sup>15</sup> Vgl. H. Niemann, Ein Begriff wird wieder modern: Gegenmacht, in: ebenda, S. 16.

<sup>16</sup> Vgl. K. Marx. Das Kapital, Erster Band, MEW, Band 23, Berlin 1972, S. 312 f.

hin zum unmittelbaren Kampf um politische Hegemonie im politischen Leben.

Von alldem sind wir derzeit in der Bundesrepublik weit entfernt. Die wichtigste nächstliegende Aufgabe besteht darin, Ansätze des Klassenempfindens und des spontanen Widerstandes in der Arbeiterklasse und seitens der sozial Ausgegrenzten zu stärken und sie zu Klassenkampfdenken und Klassenhandeln weiter zu entwickeln. Es gilt, vorhandene, aber bislang eher bescheidene Strukturen von Gegenwehr und des Kampfes um soziale und politische Alternativen zu festigen bzw. auszubauen und so die seit längerer Zeit bestehende Krise des subjektiven Faktors sukzessive zu überwinden.

*Viertens: Gegenmachtstrategie in diesem Sinne versteht sich durchaus als Transformationskonzept, aber es handelt sich um ein Transformationskonzept spezifischer Art, basierend auf der Führung des Klassenkampfes von unten und als „Gewinnung der Majorität für die Eroberung der politischen Macht“.<sup>17</sup>*

Der rote Faden des Gegenmachtkonzepts Abendroths ist die Revitalisierung der Arbeiterklasse als Subjekt des Kampfes für eine andere Gesellschaft, die Reaktivierung ihres Klassenbewusstseins und Klassenhandelns auf der Grundlage des Marxismus, nicht zuletzt die Heranbildung neuer Kader einer erneuerten Arbeiterbewegung, die Schaffung und der Ausbau von Kristallisationskernen des Klassenkampfes. Die Entwicklung von Gegenmacht in seinem Sinne zielt damit ab: auf die Schwächung der politischen und ideologischen Hegemonie des Kapitals, gewissermaßen im „Stellungskrieg als dem im Westen einzig möglichen“.<sup>18</sup> Angestrebt und erreicht werden soll die schrittweise Veränderung des Klassenkräfteverhältnisses zu Gunsten der Lohnabhängigenklasse im praktisch-politischen Kampf um Tagesinteressen, Übergangsforderungen und sozialistische Ziele.

Das ist eine ganz anderes Transformationskonzept als es etwa von den sogenannten Modernesozialisten in der Linkspartei.PDS vertreten wird. Nach deren Verständnis gibt es in dem als „kapitaldominierte Gesellschaft“ umdefinierten Kapitalismus angeblich eine vom Kapital bestimmte

---

<sup>17</sup> W. Abendroth, Die Stellung der Sozialisten zur bürgerlichen Demokratie, autoritärem Staat und Faschismus, in: H. Hannover/M. Kutscha/C. Skrobanek-Leutner (Hrsg), Staat und Recht in der Bundesrepublik, Köln 1967, S. 33. .

<sup>18</sup> A. Gramsci, Zur Politik Geschichte und Kultur, Ausgewählte Schriften, Leipzig 1986, S. 272.

„Dominanz der naturwüchsigen Regulation“, die aber durch die Dominanz der „Soziallogik“ zurückgedrängt werden könne. Im Verlaufe des Kampfes um die Dominanz des „Sozialeigentums“ könnten die Individuen in die wahren Eigentümer des gesellschaftlichen Reichtums verwandelt werden. Asserparlamentarischer Kampf, auch Klassenkampf, ist willkommen als Flankierung von Druckausübung, Wahlkämpfen und Regierungsbeteiligung. Aber vom Mittel des Klassenkampfes als der eigentlichen geschichtsbewegenden Kraft und vom Ziel der Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse wird Abschied genommen.<sup>19</sup>

Akteure dieser Transformation im Zeichen der „Soziallogik“ sind vor allem die „demokratischen Sozialisten“, ihre Abgeordneten und Minister. Hier wird der Begriff der Transformation zur Legitimation von Anpassungspolitik bzw. zu einer bloßen Leerformel, fern von der harten Wirklichkeit des neoliberalen Kapitalismus und vom Schicksal der Wahlversprechen nach einer Regierungsbeteiligung.

*Fünftens: Gegenmachtstrategie schließt die Verständigung auf ein politisches Alternativprogramm ein, das über den Kapitalismus hinausweist. Eine solche Reformalternative hat dann einen Sinn, wenn sie, flankiert durch eine zweite Aufklärung, die abhängig Arbeitenden im Kampf um ihre Interessen zusammenschließt und damit einen Prozess der politischen Klassenbildung in Gang setzt.*

Dazu ist ein konkretes, an die Tagesinteressen der abhängig Arbeitenden und Arbeitslosen Politikangebot für linke Politik“ erforderlich, das sich nicht auf Minimal- und Maximalforderungen beschränkt. Es geht um ein politisches Alternativkonzept, das sich bewusst der offiziellen Lüge von der Alternativlosigkeit neoliberaler Politik entgegenstellt. Es muss den Kampf um Tagesinteressen mit einem Übergangsprogramm von substantiellen, auch systemüberwindenden Eingriffen in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse verbinden. Dazu wird Ingo Wagner sprechen.

Ein solches emanzipatorisches Programm wird dann Wirkung haben, wenn es die derzeitige Resignation überwindet, gewissermaßen „die Massen ergreift“. Konzipiert etwa als Verhandlungsangebot einer „Regierungslinken“ für Koalitionsverhandlungen wird es seinen Zweck völlig verfehlen. Es wird auch nur dann eine Chance haben, wenn es gelingt, die derzeit übermächtige Medienmacht des Kapitals über das

<sup>19</sup> Vgl. M. Brie, Welcher Marxismus und welche Politik, in: Utopie kreativ, Juli/August 2004, S. 654 ff.

politische Denken der abhängig Arbeitenden und den „mit dem Mittel eines durch sozialen Druck erzeugten Konformismus in der öffentlichen Meinung“<sup>20</sup> zurückzudrängen, wenn die Gesellschaft von unten ihre eigenen Medien und überhaupt eine geistig-kulturelle Eigenständigkeit entwickelt , wenn im Zuge einer zweiten Aufklärung Marxismus und Arbeiterklasse sich erneut verbünden.

*Sechstens: Sowohl Abendroths Auffassungen zum Sinn von Wahlen als auch sein Parlamentsverständnis sind organischer Bestandteil eines Gegenmachtkonzepts, das sich der Gefahren des parlamentarischen Kretinismus, von Regierungsbeteiligungen und überhaupt „der Transformation der Gegenmacht in eine bloße Einordnungsgröße zugunsten der bestehenden Gesellschaft“<sup>21</sup> bewusst ist.*

Mit der großen Verweigerung, wie sie Ende der sechziger Jahre von Herbert Marcuse und Johannes Agnoli vertreten wurde, hatte Wolfgang Abendroth nichts im Sinn. Der Kampf „um das Parlament und im Parlament“ war nach seiner Auffassung „von entscheidender Bedeutung“, wenn dies den politischen Lernprozess der abhängig Beschäftigten befördert. Im Wahlkampf gehe es nicht darum, „jeweiligen Wähler-Illusionen nachzulaufen.“ Er habe im Sinne von August Bebel, „ der systematischen Erziehung der Wähler zu proletarischem Klassenbewusstsein und demokratischer politischer Verantwortlichkeit zu dienen“.<sup>22</sup>

Heute, da eine starke linke Fraktion mit vielfältigen Verbindungen zu den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen die über Jahrzehnte andauernde „Einebnung des Klassengegensatzes“ im Bundestag beendet hat, kann sicherlich von einer Aktualisierung des Klassengegensatzes im Bundestag, aber kaum von einer „Erziehung zum Klassenbewusstsein“ die Rede sein. Die Aufgabe, „durch öffentliche Debatten im Parlament und durch ihre Arbeit in den Wahlkreisen das Volk immer erneut zum Kampf gegen die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse“ aufzurütteln,<sup>23</sup> wird insgesamt weniger als halbherzig, oft gar nicht und konsequent nur von einzelnen Abgeordneten wahrgenommen.

---

<sup>20</sup> W. Abendroth, Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 25.

<sup>21</sup> W. Abendroth, Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, Frankfurt am Main, Köln 1975, S. 236.

<sup>22</sup> W. Abendroth, August Bebel, der Volkstribun in der Aufstiegsperiode der deutschen Arbeiterbewegung, in: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, a. a. O., S. 396

Entgegen den Klassenmachtverhältnissen wird eine Regierungsbeteiligung von maßgebenden Politikern der Linkspartei.PDS schon nach der nächsten Bundestagswahl ins Auge gefasst. Abendroths Arbeiten insbesondere zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie machen deutlich, welche politischen Mechanismen hier wirken. Einerseits das Phänomen der Herausbildung einer „Sozialschicht“ als Träger bürokratischer Institutionalisierung und politischer Anpassung,<sup>24</sup> mit verheerenden Folgen auch für die „politische Intelligenz“ linker Politiker; andererseits der Druck sich verschärfender Klassengegensätze und -kämpfe auf diese Sozialschicht und auf die Partei selbst, der die Interessengegensätze in der Partei verstärkt und ein Hin und Her in ihrer Politik bedingt.

Das Schicksal der „neuen vereinigten Linkspartei“ wird davon abhängen, wie sich die Klassenkämpfe entwickeln, wie groß dabei der Einfluss derjenigen wird, die wirkliches „Klassenbewusstsein“ vertreten. Sie wird nicht zuletzt auch davon bestimmt werden, ob sich in der „neuen Linken“ jene Kräfte durchsetzen, die eine konsequente antineoliberale Politik vertreten oder jene, die auf Regierungsbeteiligung setzen, diese weiterhin auf Landesebene und demnächst auch auf Bundesebene realisieren und - angesichts der bestehenden hegemonialen Herrschaftskonstellation - damit unweigerlich Gegenmacht konterkarieren, sich selbst in die politischen Mechanismen zur Schwächung von organisierter Gegenmacht einordnen.

*Siebtens: Wichtiger Bestandteil einer Gegenmachtstrategie sind kämpferische Gewerkschaften, die in der Auseinandersetzung mit dem Klassengegner um sozial- und lohnpolitische Fragen das Klassenbewusstsein der abhängig Beschäftigten reaktivieren und einen gesellschaftspolitischen „Richt- und Zielpunkt des gewerkschaftlichen Ringens“<sup>25</sup> markieren.*

Wolfgang Abendroth wandte sich Anfang der sechziger Jahre vehement dagegen, die im Grundsatzprogramm des DGB enthaltene Orientierung auf demokratische Planung, Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und demokratische Kontrolle im Wirtschaftsleben aufzugeben. Er wertete dies als Ausdruck einer sich ausbreitenden „Illusion“ des „größten Teils der

---

<sup>23</sup> W. Abendroth, Leitsätze nach dem Mißerfolg, Vorwärts vom 8. November 1957.

<sup>24</sup> Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.) Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, 2. durchgesehene und erweiterte Auflage, Bonn 2006, S. 35ff.

<sup>25</sup> W. Abendroth, Zum Grundsatzprogramm des DGB (Teil I), in: Sozialistische Politik, 9. Jahrgang, 1/1962, S. 4.

Bürokratie“ der Gewerkschaften, „dass stetige Steigerung des Lebensstandards der Gewerkschaften und oligopolkapitalistische Wirtschaftsstruktur für immer miteinander vereinbar seien.“<sup>26</sup> Er machte aber auch darauf aufmerksam, dass die Integrationsmechanismen in der deutschen Sozialdemokratie anders und schneller wirkten als in den Gewerkschaften, dass die Gewerkschaften unter dem Einfluss entschiedener gewerkschaftlicher Kämpfe zu diesen Integrationsmechanismen wieder in Distanz gehen.. Die Sozialdemokratie habe mit Godesberg im wesentlichen ihre Entwicklung zum „Bestandteil und Gleichgewichtsfaktor“ der „bestehenden politischen und sozialen Ordnung“ abgeschlossen. Bei den Gewerkschaften sei das anders. „Da die Gewerkschaften unvermeidlich darauf angelegt sind, die Arbeitnehmer zu organisieren, also Klassenverband zu sein, ist für sie eine ideologische Umwandlung dieser Art nicht so einfach und nicht so schnell zu vollziehen“.<sup>27</sup>

Gegen die in den DGB-Gewerkschaften z. T. weit fortgeschrittene Tendenz ihrer Umwandlung in einen Faktor allenfalls der Milderung der neoliberalen Kapitaloffensive wächst so auch mit der Verschärfung der Klassenwidersprüche viel direkter und schneller als in der Sozialdemokratie der Trend zum Widerstand gegen diese Offensive. Die soziale Polarisierung, der Druck von Proteststimmungen und Streikaktionen hat schon heute eine Debatte um die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Kampffähigkeit in Gang gesetzt.

*Achtens: Der Erfolg einer Gegenmachtstrategie wird ganz wesentlich davon abhängen, inwieweit der Einfluss des Marxismus in den Klassenauseinandersetzungen unter den abhängig Arbeitenden zunimmt, sich „Kristallisationskerne von Klassenbewusstsein“ entwickeln: mit der langfristigen Perspektive einer marxistischen Partei mit Masseneinfluss.*

So wichtig auch die Entwicklung einer spontanen Bewegung der Masse der abhängig Beschäftigten gegen das Kapital und dessen Politik ist, darauf verwies Wolfgang Abendroth immer wieder, so sehr hängt doch der politische Erfolg des Kampfes der Arbeiterklasse für ihre Interessen und für eine andere Gesellschaftsordnung von der Fähigkeit zur bewussten Führung des Kampfes ab, denn wer „sich in der Hoffnung auf Spontaneität

---

<sup>26</sup> W. Abendroth, Zum Grundsatzprogramm des DGB (Teil II), in Sozialistische Politik, 2/1962, S. 4.

<sup>27</sup> Ebenda.

beschränkt, kann sie nicht anleiten, wenn sie einsetzt, und sie nicht weiterentwickeln.“<sup>28</sup>

Spontane Bewegungen kommen und gehen auch wieder. „Dauerhaftes politisches Klassenbewusstsein von Unterklassen kann aber niemals lediglich spontan entstehen und ist niemals nur spontan entstanden. Proletarisches Klassenbewusstsein bedarf der Formulierung durch kritische intellektuelle Arbeit, der Organisation durch ein Zentrum und der Vermittlung zu wachsenden Minoritäten der eigenen Klasse durch politische Aktionen, in denen diese durch politische Aktionen, in denen diese Klasse lernt, aus den Erfahrungen eigener politischer und sozialer Kämpfe sich ihrer Interessen bewusst zu werden und ihre geistige Unterwerfung unter die Ideologien der herrschenden Klasse zu überwinden.“<sup>29</sup>

Dabei geht es augenscheinlich ebenso wie zu Lebzeiten Abendroths in keiner Weise darum, demnächst einen Gründungskongress zur Bildung einer vereinigten Partei aller marxistischen Sozialisten und Kommunisten einzuberufen. Solche eine Partei kann, wie gerade Wolfgang Abendroth mahnte, nicht willkürlich geschaffen werden. Sie kann nur aus einer Bewegung der Klasse selbst hervorgehen. Auf der Tagesordnung steht heute und demnächst das Zusammenwirken aller Marxisten in der programmatischen Debatte ebenso wie in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen, eben bei der Veränderung des Klassenkräfteverhältnisses. In diesem Sinne beinhaltet Schaffung von Gegenmacht langfristig zugleich auch „Gestaltungsformung“ einer solchen Partei.<sup>30</sup>

---

<sup>28</sup> W. Abendroth, Perspektiven des Kampfes für den Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Das Argument, 100, November/Dezember 1976. S. 987.

<sup>29</sup> W. Abendroth, Sozialistische Arbeiterbewegung und sozialistische Studenten. Zu Problemen des „Sozialistischen Zentrums“ und sozialistischer Strategie in der Bundesrepublik. In: Sozialistische Hefte, 6. Jg., (1967), 10/1967, (Oktober), S. 533-539, hier: S. 534

<sup>30</sup> Vgl. I. Wagner, Eine Partei gibt sich auf, Berlin 2004, S. 141 ff.

## **Gedanken zu einem zeitgemäßen Übergangsprogramm**

*Von Ingo Wagner*

In Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 3/2003 (S. 74 f.) habe ich in einer Rezension von Joachim Perels zu Wolfgang Abendroth: Wissenschaftlicher Politiker (Bio-bibliographische Beiträge, Opladen 2002) von Friedrich Martin Balzer, Hans Manfred Bock, Uli Schöler (Hg.) gelesen, daß es um den Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth (1906 – 1985) sehr still geworden sei. Und daß das genannte Sammelwerk Abendroths Denken der Diskussion wieder zugänglich macht. Hieran knüpft auch unsere Konferenz zum 100. Geburtstag dieses exzellenten marxistischen Denkers und brillanten Politikers an. Ich muß gestehen, daß ich mit dem politischen und theoretischen Lebensweg dieser außergewöhnlichen Persönlichkeit sehr spät in Berührung gekommen bin – in meiner kritischen Auseinandersetzung mit dem programmatisch-theoretischen Abschied der PDS vom Marxismus, auch unter Nutzung von Gedanken Abendroths, die von Ekkehard Lieberam und Herbert Münchow in die Debatte eingeführt wurden. Daß ich danach viele Schriften Abendroths zur Hand nahm, war die folgerichtige Konsequenz, so auch seinen Alternativentwurf zum Godesberger Programm der SPD und seine Schrift „Der theoretische Weltkommunismus“. Und dieses Bemühen möchte ich heute in meinem Beitrag in bescheidenem Umfang mit einem „Weiterdenken“ fortsetzen und zur Diskussion stellen.

Gegenmacht schaffen – Gegenmachtspolitik als wissenschaftliche Strategie. Dieser Tenor der Überlegungen von Lieberam, dem ich im Prinzip zustimme, ist als Hauptforderung unserer Tage zugleich eine solcher, der in Auswertung und Fortführung Überlegungen Abendroths das Problem der Übergangslösungen involviert, das bekanntlich bereits von Lenin und anderen Marxisten auf den ersten Kongressen der 3. Kommunistischen Internationale aufgeworfen wurde.

Lassen wir Abendroth in seinem „Alternativprogramm“ zunächst selbst zu Worte kommen: Er bezeichnete es als die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie, den Kampf für eine sozialistische Organisation „der Wirtschaft zu führen und in jedem alltäglichen Ringen um Erhaltung und Verbesserung der Lebenslage der breiten Massen das Bewußtsein seiner Ziele und seiner Einheit zu erhalten...“<sup>31</sup> Kenner der Materie meinen zu

---

<sup>31</sup> W. Abendroth, Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie, Programmentwurf 1959.

Recht, daß sich Abendroth mit seinem Alternativprogramm zur Aufgabe machte, „die Grundbedingungen für eine sozialistische Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft aufzuzeigen und damit die Einheit von praktischer Politik und Sozialismus programmatisch zu erfassen. Es geht ihm um die Einordnung der einzelnen Teilziele einer vorwiegend mit reformistischen Mitteln kämpfenden Partei in ‚die große Konzeption einer geschlossenen, auf Umwandlung der gesamten Gesellschaft gerichteten Zielsetzung‘“.<sup>32</sup> „Gegenmacht gegen die kapitalistischen Produktions- und Klassenverhältnisse zu entfalten, um diese Verhältnisse einzuschränken und am Ende die Möglichkeit einer vernünftigen Gesellschaft zu verwirklichen“, bezeichnete Karl Hermann Tjaden als „Idee einer wissenschaftlichen Politik“, die dazu anhält, diese „Kluft zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und gesellschaftlicher Möglichkeit“ mittels Gegenmacht zu überwinden.<sup>33</sup> Er verbindet dies mit der völlig zutreffenden Feststellung mit Blick auf Abendroth: „Wissenschaftliche Politik auf der einen Seite, war für ihn letztlich die wissenschaftliche Bewältigung der Probleme der ‚Übergangslosungen‘, also der Verbindung ‚des jeweils aktuellen Kampfes um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der dadurch gebotenen Übergangslosungen (und ihrer Systematisierung) mit der Erziehung der Massen zur Einsicht in das Erfordernis, ein anderes gesellschaftliches System als das der Konkurrenzwirtschaft [...] (und der Profitmaximierung) in Angriff zu nehmen.‘ Die Dialektik von Politischer Wissenschaft und Wissenschaftlicher Politik, die in der realen Interaktion von ‚Übergangsplanung‘ und ‚Übergangslosungen‘ in einer gesellschaftlichen Transformationskrise gründet, springt ins Auge, wenngleich noch zu untersuchen wäre, was letztlich die treibende Kraft im Fortgang dieser Dialektik und in der Bestimmung konkreter Übergangsschritte und –ziele wäre.“<sup>34</sup> Es verwundert deshalb auch nicht, daß Abendroth bereits die mittelfristigen Forderungen einer Politik für Arbeitnehmer in dieser Lage in seinem Beitrag zur aktuellen Programmdiskussion der SPD umriss. „Es geht um volle ‚Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich‘ und um ‚planende Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur‘, um Abrüstung und um

---

<sup>32</sup> Siehe E. Lieberam und H. Münchow: Partei der Arbeitnehmerklasse oder Volkspartei, Leipzig, August 2000, S. 13; W. Abendroth: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, S. 12.

<sup>33</sup> In W. Abendroth: Wissenschaftler Politiker, a. a. O. im Text, S. 131.

<sup>34</sup> K. H. Tjaden, in: W. Abendroth, Wissenschaftlicher Politiker, a. a. O., S. 135; dabei W. Abendroth: Von Programm zu Programm? In: W. Abendroth (u.a.): SPD – Jenseits von Bad Godesberg, Heilbronn 1985, S. 13.

Friedenssicherung durch Verständigung mit den sozialistischen Staaten und Unterstützung aller Emanzipationskämpfe gegen koloniale und neokoloniale Unterdrückung', es geht um ‚systematische Durchsetzung ökologischer Programme, die gleichzeitig der Vollbeschäftigung dienen', und schließlich um ‚kulturelle und bildungspolitische Lösungen und demokratisierende Forderungen rechtlicher Art.' „... ‚In der Debatte darüber werden sich dann immer wieder Denkanstöße in Richtung auf Wiederentwicklung von Klassenbewußtsein und auf das Erfordernis des Fernziels einer sozialistischen Gesellschaft entwickeln.“<sup>35</sup>

Aus dem bisher Gesagten möchte ich ableiten, daß sich im theoretisch-politischen Denken Abendroths durchaus die Kontur eines Übergangsprogramms mit diesbezüglichen mittelfristigen Forderungen abzeichnet. Mit Fug und Recht kann man deshalb hieraus folgern, daß er sich mit diesem Emanzipationsprozeß schrittweise dafür einsetzte, von Projekten und Visionen für den Fortschritt *im Kapitalismus* überzugehen zu solchen für die Befreiung *vom Kapitalismus*. Oder mit Siegfried Kracauer (1931) anders formuliert: „Die Aufgabe des Intellektuellen ist aber nicht, das Ideal – auch das sozialistische – einfach hochzuhalten, sondern es einzuklammern, es in die dialektische Beziehung zu den augenblicklichen Möglichkeiten seiner Realisierung zu bringen.“ Für Abendroth war dies offensichtlich auch das Suchen nach einem Übergangsprogramm.

Auf einen kurzen Nenner gebracht könnte man das Übergangsprogramm als ein System von Übergangsforderungen zur Mobilisierung der Massen zwecks Vorbereitung der Machergreifung bezeichnen. Es ist eine historische Brücke zwischen der objektiven Voraussetzung der sozialistischen Revolution und der Arbeiterklasse und ihrer Führung. Insofern spiegelt es die Dialektik von objektiven und subjektiven Faktoren des Kampfes um den welthistorischen Übergang zum Sozialismus wider. Es ist aber weder Programm der eigentlichen sozialistischen Revolution noch der sozialistischen Neuorganisation der Gesellschaft. Als eine Symbiose von Maximal- und Minimalprogramm involviert es keine „Fein-Analysen“ der kapitalistischen Gesellschaft, die anderen programmatischen Dokumenten sowie diesbezüglichen Forschungsergebnissen vorbehalten bleiben – ohne zugleich eine oder die „besondere“ Parteiprogrammatik in Frage zu stellen.

---

<sup>35</sup> <sup>5</sup>. K. H. Tjaden, a. a. O., S. 137; dabei W. Abendroth: Von Programm ... a. a. O., S. 18 f.

Zu dieser Problematik fanden jüngst interessante und vorwärtsweisende Debatten statt. Ich verweise auf die beiden Leverkusener Treffen von marxistischen Kräften, die aus der Traditionen der SED, KPD/DKP und der Vierten Internationale kommen.<sup>36</sup> Im Anschluß an diese Konferenzen, deren Ergebnisse man nachlesen kann,<sup>37</sup> fand dann in Leipzig am 04. Juni 2005 eine regionale Beratung gleichen Charakters statt – organisiert vom Marxistischen Forum Sachsen, Arbeitskreis Marxistische Theorie und Politik Berlin Brandenburg und der Marxistischen Initiative München.<sup>38</sup> Ihr Anliegen war es, das Tor für die Ausarbeitung eines modernen Übergangsprogramms heute zu öffnen. Auch für diese Konferenz galt die Forderung von Robert Steigerwald, daß wir kein Recht haben, „mit den Problemen der Vergangenheit die Zukunft totzuschlagen, sondern (man müßte) alles in unserer Kraft stehende versuchen, die gegen Imperialismus und Krieg wirkenden Kräfte zu möglichst gemeinsamen Handeln zusammenzubringen.“ Natürlich gab es auch bei der Leipziger Beratung Meinungsunterschiede, aber viel Übereinstimmendes und eine vertrauensbildende Atmosphäre und viele Ansatzpunkte zur weiteren Diskussion.

Die Leverkusener Debatten verliefen in historischer Retrospektive. Es gab ebenfalls auf der Leipziger Konferenz Zweifel an der Aktualität der Übergangslösungen – hervorgerufen durch die historische Krise des subjektiven Faktors im Gefolge der Niederlage des realen Sozialismus und der kommunistischen Weltbewegung sowie des Fehlens einer solchen „Arbeiterklasse, in der noch sozialistische Grundinteressen vorhanden sind“, wie man in „Arbeiterpolitik“ (Nr. 1, 26. März 2004, S. 20) und „Arbeiterstimme“ (Winter 2003, S. 24) lesen kann. Die historische Differenz zwischen marxistischer Theorie und praktisch-politischer linker Arbeiterbewegung ist natürlich nicht zu übersehen. Da es zum Imperialismus, der im zwanzigsten Jahrhundert Abermillionen in seine

<sup>36</sup> Vom 24. bis 25. Januar fand in Leverkusen eine erste solche Konferenz statt. Sie war dem Thema gewidmet „Zur Problematik der Übergangsforderungen in der Strategie in der sozialistisch-kommunistischen Bewegung heute und gestern. Geschichtliches und Aktuelles.“ Im Februar 2005 fand wiederum in Leverkusen die zweite dieser Konferenzen statt.

<sup>37</sup> Die Materialien der ersten Leverkusener Konferenz sind im Heft 3/2004 der Zweimonatszeitschrift „Marxistische Blätter“ abgedruckt. Die Materialien der zweiten Leverkusener Konferenz wurden herausgegeben von der Gruppe Arbeiterstimme, Internationale Sozialistische Linke (ISL), Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal) sowie den Redaktionen der *Sozialistischen Zeitung (SoZ)*, *junge Welt*, *Marxistische Blätter*, *Unsere Zeit*, Neue Impulse Verlag GmbH (Essen).

<sup>38</sup> Die Materialien dieser Konferenz erscheinen in Kürze.

Weltkriege, auf seine Schlachtfelder schickte und dessen Schweinereien zum Himmel stinken, nur die Alternative Sozialismus oder Barbarei als moderne Sklaverei gibt, sollte es eine breite Grundaufgabe der marxistischen Linken sein, vor allem mit Hilfe eines Übergangsprogramms den Blick der werktätigen Menschen auf die sozialistische Alternative zu lenken – zunächst abstrahiert vom historischen Zeithorizont und den noch vorhandenen konzeptionellen Schwierigkeiten in der kommunistischen und linkssozialistischen Bewegung, deren Lage mehr als besorgniserregend ist. Hinzu kommt ein weiterer Grund. Wenn man das gegenwärtige schrille, bizarre Stimmengewirr im Herausbildungsprozeß der neuen „Linkspartei“ verfolgt, so drängt sich doch die Erkenntnis auf, die ich bereit vor Jahr und Tag in meinem Buch „Eine Partei gibt sich auf“ (edition ost 2004) ausgewiesen habe: Die Parteiputschisten von 1989 mit ihrem Wortführer Gysi nehmen so ziemlich schamlos energisch Kurs auf eine ihnen in absehbarer Zeit möglich erscheinenden Rückkehr in den Schoß von Mutter SPD; denn nachdem mit dem Chemnitzer-Parteiprogramm der PDS bereits der Verwandlungsprozeß dieser Partei in eine sozialdemokratische Partei sui generis abgeschlossen wurde, wird mit der Wahl Lafontaines zu einem Vorsitzenden dieser „neuen“ Linken das Tor für eine spätere Vereinigung mit der SPD – wahrscheinlich zunächst in „Oppositionsfunktion“ - weit geöffnet sein.

Fest steht für mich, daß die Möglichkeit, die Lohnabhängigen an die Erkenntnis der Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen heranzuführen, durch diese Partei gleich Null ist. Sie wird vielmehr für den „sozialen Zusammenhalt“ der (bürgerlich-kapitalistischen) Gesellschaft stehen und sich bemühen, einen revolutionären Aus- und Aufbruch zu verhindern. *Und gerade deshalb ist in der linken Gegenbewegung dringend ein marxistisches Übergangsprogramm vonnöten, um realpolitisch ein gewisses Maß an sozialer Potenz Wirklichkeit werden zu lassen und dabei des sozialistische Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.* Und noch ein Argument. Aber selbst, wenn sich die Arbeiterklasse weiterhin auf dem Rückzug befinden würde, wäre ein Übergangsprogramm als propagandistische Vorbereitungsarbeit notwendig. *Denn es repräsentiert den objektiven Prozeß des epochalen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.* Und bei einem eruptiven Ausbruch revolutionärer Gewalt mittels des bewaffneten Kampfes, den Rolf Hochhuth[?] kommen sieht (FAZ vom 23. Februar 2004) - den ich allerdings für die entwickelten kapitalistischen Länder in mittlerer historischer Frist für unwahrscheinlich halte -, käme man um ein Übergangsprogramm nicht herum. Obgleich die

gesellschaftliche Effektivität eines solchen Programms in concreto von solchen Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklung abhängt, die sich einer wissenschaftlichen Voraussage entziehen – hieraus zu folgern, zunächst auf einen wirklichen Aufschwung der „Gegenkräfte“ für die Ausarbeitung eines solchen Programms zu warten, wäre in meinen Augen tödlich. Eine sozialistische Programmgestaltung verlangt deshalb zwingend, sich der Ausarbeitung eines modernen Übergangsprogramms heute zu stellen.

Aber das Wie in unserer Zeit – das ist die Gretchenfrage, die es zunächst zu beantworten gilt. Daß das Übergangsprogramm bereits früher als ein Prozeß der historischen Bewegung und Entwicklung begriffen wurde, ist bekannt.<sup>39</sup> Die historisch-konkrete Lage anfangs des 21. Jahrhunderts verlangt allerdings eine solche Fassung dieses Programms, das dieser veränderten Situation entspricht. *Einfache Fortschreibungen historischer Erfahrungen sind nicht mehr möglich*, obwohl uns natürlich dieses historische Erbe – undogmatisch gehandhabt – helfen kann, das Übergangsprogramm zeitgemäß zu formieren.

Die methodologisch-theoretischen Grundgedanken einer zeitgemäßen diesbezüglichen Positionierung sind in meinen Augen die folgenden:

*Erstens.* Auch nach der Niederlage des europäischen realen Sozialismus geht der epochale Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als *objektiver Prozeß besonderer historischer Art* weiter – wobei zugleich der Imperialismus als Epoche des Niedergangs des Kapitalismus fortgeführt wird. Dessen historischer Platz ist nach wie vor, welthistorische Übergangsphase zum Sozialismus zu sein. Im Ergebnis des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch die digitale Revolution hat die damit verbundene gewaltige Vergesellschaftung der Produktion nunmehr eine solche Qualität erreicht, die bereits eine kommunistische Produktionsweise als reale Möglichkeit involviert. *In der wahrscheinlich längeren Zeit der Schwäche der subjektiven Seite des Epochenmaßes setzt sich so der „naturhistorische Prozeß“ (Marx) der weltgeschichtlichen Evolution des Kapitalismus in Richtung Kommunismus mit zunehmender Geschwindigkeit fort.* Es ist deshalb keine Paradoxie, in unserer Zeit den welthistorischen Übergang zum Kommunismus zu denken; denn das Reifen dieser Zukunft im Schoße des modernen Kapitalismus schreitet als Prozeß einer sozialen Revolution rasch voran. Die sozialistische Revolution

---

<sup>39</sup> Vgl. Übergänge zum Sozialismus: Streit unter Linken, Marxistische Blätter 3-04.

ist insofern historisch möglich und notwendig – wobei diese Möglichkeit hinsichtlich des subjektiven Faktors allerdings noch eine abstrakte ist; sie hängt von der Formierung des subjektiven Faktors, also davon ab, daß zumindest die Mehrheit der Arbeiterklasse erst noch für den Kampf um die Sozialismus gewonnen werden muß. Und dies ist wiederum von der Formierung einer marxistischen revolutionären Partei abhängig. Wer also solche defätistische „Epocheumbruchtheorien“ vertritt, die aus der Niederlage des realen Sozialismus de facto den Abbruch des epochalen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ableiten, verwandelt den Sozialismus in eine unverbindliche Vision. So kann den Boden eines modernen Übergangsprogramm niemals betreten werden.

*Zweitens.* Ein modernes Übergangsprogramm muß davon ausgehen, daß sich das Zeitfenster für die Aufhebung des Kapitalismus weiter geöffnet hat – im Unterschied zu Aussagen von Marx und Engels im 19. Jahrhundert und auch von Rosa Luxemburg. Dieser Zeithorizont ist auch weiter gespannt, als sich auf dem IV. Weltkongreß Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek und Bucharin geschlossen dafür aussprachen, Übergangsforderungen in das Programm der Sektionen und generell in die Programmatik der KI aufzunehmen. Auch solche Auffassungen aus jener Zeit, daß die Produktivkräfte der Menschheit aufgehört haben zu wachsen, bedürfen einer Korrektur. Einerseits bilden sich mit dem Fortschreiten dieses Wachstums heute im Schoße des Kapitalismus die Produktionsweise einer postkapitalistischen kommunistischen Gesellschaft heraus, andererseits sind der Niedergang und die Deformation der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung weit vorangeschritten. Die Formierung eines geschichtsmächtigen Subjekts, woraus sich die Chance eines neuen sozialistischen Anlaufs ergeben könnte, ist weit zurückgeblieben. Ergo: *Die Lösung dieses Widerspruchs mittels der „Brücke“ Übergangsprogramm bedarf längerer historischer Fristen und neuer gesellschaftlicher Anknüpfungspunkte und Vermittlungsglieder.* In dieser Sicht bedarf das Übergangsprogramm offensichtlich einer zeitgemäßen Fassung.

*Drittens.* Eine solche moderne Positionierung muß weiterhin involvieren, die Errungenschaften der menschlichen Zivilisation für den gesellschaftlichen Fortschritt und die sozialistische Sache verstärkt zu nutzen. Denn die einst maßgeblich vom Bürgertum getragene europäische Aufklärung hat heute in der verbürgerlichten kapitalistischen Gesellschaft ihren ärgsten Feind. Die klassischen Werte der europäischen Aufklärung

sind immer mehr auf dem Rückzug. Der Übergang zum Sozialismus setzt deshalb auch eine zweite Aufklärung voraus. Dabei gilt bereits mit Beginn des 21. Jahrhunderts in besonderem Maße, daß das Werk von Marx und Engels nicht nur für die proletarische Bewegung steht, sondern es repräsentiert zugleich das Erbe der Aufklärung. „Ohne zweite Aufklärung besteht die Gefahr, daß die letzte Krise des Kapitalismus nicht Bedingung des Übergangs, sondern des Untergangs wird.“ (Gerhard Branstner) Ich plädiere deshalb dafür, die Forderung nach einer solchen Aufklärung, die die Gefährdung der Menschheit zum „entscheidenden Punkt der Menschheitsgeschichte“ (ebenda) macht, als einen „Eckpunkt“ des Übergangsprogramm zu gestalten, der essentiell so oder so mit allen Übergangsforderungen korrelativ zu verbinden ist, weil hiervon wesentlich die Effizienz dieser Forderungen abhängig sein wird.

*Viertens.* Entscheidend ist selbstverständlich, daß dem Übergangsprogramm stets das sozialistische Ziel inhärent sein muß. Nach Rosa Luxemburg „besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem in ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.“<sup>40</sup> Auch Lenin hat stets betont, Reformen als „Stützpunkte der auf dem zur vollen Emanzipation des Proletariats voranschreitenden Arbeiterbewegung“ (Werke, Bd. 15, S. 355) zu begreifen. An dieser Auffassung gilt es auch heute grundsätzlich festzuhalten – auch wenn in der gegenwärtigen nichtrevolutionären Zeit und der Deformationen des subjektiven Faktors zwischen solchen Reformen und der Möglichkeit ihrer realen Umsetzung längere historische Fristen klaffen. Das geschichtliche Überschreiten der kapitalistischen Systemgrenze muß also immer im Auge behalten werden.

*Fünftens.* Dies verlangt aber zwingend, daß ein zeitgemäßes Übergangsprogramm ein modernes Sozialismusbild benötigt, welches davon ausgehen muß, daß ein künftiger Sozialismus auf dem Boden der gegenwärtigen bürgerlich-demokratischen Gesellschaft „wächst“. Hierzu habe ich mich ausführlich in der Debatte zum Entwurf eines neuen Parteiprogramms der DKP geäußert.<sup>41</sup> Jegliche Forderungen nach einem Übergangsprogramm für unsere Zeit bleiben Nonsense, wenn sie nicht mit

---

<sup>40</sup> R. Luxemburg: Sozialreform oder Revolution, Leipzig 1899, S. 3.

<sup>41</sup> Siehe I. Wagner: Das Bild vom Sozialismus und der Programmwurf der DKP, in: Aus Kirche und Welt, Festschrift zum 80. Geburtstag von Hanfried Müller, Berlin Februar/2006, S. 419 ff,

der Ausarbeitung der Konturen des Sozialismus im 21. Jahrhundert verbunden werden.

Ein schöpferisches Weiterdenken der eingangs erwähnten skizzenhaften Gedanken Abendroths in Richtung eines Übergangsprogramm kann ich mir nur auf dem Boden und im Rahmen dieser methodologisch-theoretischen Positionierung denken. Das Bild der diesbezüglichen Übergangsforderungen kann hier allerdings nicht gezeichnet werden; und zwar nicht nur aus Platzgründen. Die Ausarbeitung des Systems der Übergangsforderungen bedarf vielmehr einer längeren kollektiven Diskussion. Aber einige holzschnittartige Grundgedanken hierzu, die auch eine Grundprämisse Abendroths weiterführen soll, seien vermerkt.

Es gilt grundsätzlich der bereits ausgeführte Gedanke: *Die Aktualität eines Übergangsprogramms involviert, es als ein historisches Phänomen auszuarbeiten, das heute nicht unmittelbar mit einer revolutionären Situation verbunden werden kann.* Es gilt auch: *Heute über Sozialismus ohne den einzuschlagenden Weg mittels eines zeitgemäßen Übergangsprogramms zu sinnieren, ist sinnlos.* Daß die Debatte über diesen Weg sehr schwierig ist, versteht sich; denn der Weg zum Sozialismus in concreto weist keine gesetzmäßige Vorhersehbarkeit auf. Und deshalb ist auch jede schematische „Etappeinteilung“ oder das bloße Aufzählen von Aufgaben nach irgendwelchen soziologischen Aspekten nicht möglich

In jahrelanger Auseinandersetzung mit dem Modernen Sozialismus (Bourgeoisiesozialismus) in der PDS zur Dialektik von Reform und Revolution als Problem der Übergangsformen zum Sozialismus habe ich die Position vertreten, daß der Machteroberung durch die Arbeiterklasse und die Aufhebung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln wahrscheinlich eine lange Zeit des Kampfes um radikal-demokratische Reformen im Kapitalismus vorausgehen wird, die dem kapitalistischen System durch evolutionäre Entwicklungen und revolutionäre Brüche in der sozialen und ökonomischen Struktur grundlegende gesellschaftliche Fortschritte abringen werden. Die „Eckpunkte“ solcher Reformen müßten sein: die fundamentale Demokratisierung der Gesellschaft, ein Optimum an ökologischer Nachhaltigkeit, eine bestmögliche Menschenrechtsverwirklichung, Eingriffe in das monopolkapitalistische Eigentum und auf dieser Grundlage die Umformung der kapitalistischen Produktionsweise. Dabei ist der Kampf für solche radikale Reformen mit grundsätzlicher theoretischer und

praktischer Kritik des kapitalistischen Systems zu vereinen. *Wenn diese Reformeckpunkte historisch als Ganzes in Form eines Übergangsprogramms konzipiert werden, wird dies schon verlangen, die Grenzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu überschreiten – also über Sozialismus als Ziel nachzudenken.* Die radikal-demokratische Reform im Kapitalismus verlangt somit eine solche marxistische Betrachtungsweise des Kapitalismus, die als Antizipation Momente eines künftigen Sozialismus offenlegt.

Hiervon ausgehend muß ein zeitgemäßes Übergangsprogramm - auf der Basis von Tagesforderungen - einen synthetischen Komplex von „Abwehrforderungen“ formulieren, die im Kern auf die *Verteidigung des bürgerlich-demokratischen Sozial- und Rechtsstaates* gerichtet sind.<sup>42</sup> *Als Widerstand gegen den neoliberalen Sozial- und Demokratieabbau sind diese Abwehrforderungen zugleich als Kampf um Menschenrechte und für eine konsequent demokratische, radikale Reform im Kapitalismus zu fassen.* In eine solche Grundkonzeption ordnen sich natürlich gleichfalls *sekundäre* Momente einer politisch *primär* notwendigen sozialen „Anpassung“ als Realpolitik für eine „Zivilisierung“ des Kapitalismus ein.<sup>43</sup> Es wäre allerdings absurd, nur eine solche Realpolitik für eine emanzipierte bürgerliche Gesellschaft als Ausstieg aus der neoliberalen herrschenden Politik<sup>44</sup> oder als Alternative auf dem langen Weg zum Sozialismus<sup>45</sup> wählen zu wollen. Der moderne Imperialismus läßt keine „Wahlfreiheit“ zu. Für ein welthistorisch progressives Weiterschreiten ist vielmehr ein solches normatives Denken erforderlich, welches das sozialistische Ziel in marxistischer Fassung als „gut“ und „richtig“ involviert und deshalb am besten anzustreben ist. *Der Weg zum Sozialismus kann sich jedoch nur mittels einer „Übergangsetappe“ unter*

---

<sup>42</sup> In der marxistischen Literatur kann man manchmal mit Hinweis auf den unbestreitbaren bürgerlich-kapitalistischen Charakter auch eines solchen Staates lesen, dass dies „nicht-marxistisch“ sei. Solche Auffassungen können offensichtlich nicht zwischen marxistischen staats- und rechtstheoretischen Grundprämissen und ihrer politischen Nutzung in den Übergängen zum Sozialismus unterscheiden.

<sup>43</sup> Es gehört zu den Standardlügen der Bourgeoisie-Sozialisten in der PDS und jetzt in der „Neuen Linken“, den marxistischen Kräften zu unterstellen, für sie sei eine solche Realpolitik obsolet.

<sup>44</sup> Ein solcher Trend zeigt sich allerdings in den programmatischen Vorstellungen der WASG und der ehemaligen PDS „Die Linke. PDS“.

<sup>45</sup> Solche Überlegungen gibt es auch; vgl. z.B. Hansgeorg Conert: Emanzipierte Gesellschaft und bedarfszentrierte Produktionsweise (Umriss eines real-utopischen Entwurfs) in: Z, Nr. 35, September 1998; S. 184 ff., Bericht: Nachdenken über neue Wege zum Sozialismus, in: Z, Nr. 46, Juni 2001, S. 177 f.

*Führung der Arbeiterklasse und bei Aufhebung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln vollziehen. Und die Tür für das Öffnen dieser Übergangsetappe könnte als „Brücke“ und strategisches Ziel auf dem welthistorischen Weg zum Sozialismus ein solch neuer Typ von Demokratie und Sozialstaat sein, in dem der Einfluß der Monopole bereits gebrochen ist und eine Volksmacht unter Führung der Arbeiterklasse mit Bündnissen herrscht. Dieser Staat wird als sozialistischer Sozial- und Rechtsstaat eine dialektische Negation des bürgerlichen sein und diesbezügliche Prioritäten setzen – die von der konsequenten sozialistischen Demokratisierung – bis hin zur Umformung der kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische reichen. Um dieses strategische Zwischenziel könnte sich dann ein ganzer Katalog von Übergangsforderungen ökonomischer, ökologischer, sozialer, kultureller sowie staatlich-rechtlicher Art gruppieren.<sup>46</sup>*

Es hat mich natürlich sehr gefreut, daß ich für diese Positionierung einen diesbezüglichen Fingerzeig von Abendroth gefunden habe. Er schreibt zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz des Bundesrepublik Deutschland (1954) folgendes:

„Der Vorstellung, das sich eine wirklich freie Konkurrenzwirtschaft bei echter Gleichwertigkeit und Freiheit aller Teilnehmer des Wirtschaftsprozesses herstellen läßt, entspricht offenkundig keiner Realität. Deshalb besteht die wirkliche Alternative nicht darin, ob man die volle wirtschaftliche und soziale Entscheidungsfreiheit eines jeden einzelnen oder seine Unterwerfung unter die planende Gewalt des die Gesellschaft demokratisch repräsentierenden Staates herstellen will, sondern darin, ob die große Masse der Glieder der Gesellschaft der formell privaten (und also an Partikularinteressen, nicht am Gemeinwohl orientierten) Gewalt derjenigen Glieder der Gesellschaft unterwirft, die über die entscheidenden ökonomischen Machtpositionen in der Gesellschaft verfügen können, oder ob man die in der gesellschaftlichen Produktion und im gesellschaftlichen

---

<sup>46</sup> Ein solche Positionierung habe ich in meiner Schrift „Eine Partei gibt sich auf“ (edition ost, Berlin 2004, S. 108) dargelegt. Sie ist profunde enthalten in: Analysen und programmatische Vorschläge der KPÖ Steiermark. In meiner Abhandlung „Das Übergangsprogramm (Übergangsforderungen) heute (Theoretisch-methodologische Positionsbestimmungen – Versuch einer marxistischen Annäherung) –“ die demnächst mit den Materialien der Leipziger Konferenz zum Übergangsprogramm veröffentlicht wird, habe ich dieses *strategische Zwischenziel auf dem Wege zum Sozialismus* schließlich als den kumulativen Dreh- und Angelpunkt eines modernen Übergangsprogramms bestimmt.

Leben notwendige und unvermeidbare Planung und Zufälligkeit der privaten Disposition kleiner Gruppen entzieht und der gemeinsamen Kontrolle aller im gesellschaftlichen Produktionsprozeß beteiligten Glieder der Gesellschaft unterstellt, deren oberste Entscheidungseinheit der Staat ist.“<sup>47</sup> Daß Abendroth mit diesen Aussagen einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat sozialistischer Art im Auge hatte, ist offensichtlich. Und damit schließt sich der Kreis, da die eingangs von ihm erhobenen Übergangsforderungen die sozialistische Zielsetzung involvieren.

Mit einer hier vorgestellten Konzeption von einem neuen Typ der Demokratie und des Sozialstaates sozialistischer Art könnten breite Volksschichten für den Weg zum Sozialismus gewonnen werden, da sie an bisherige zivilisatorische Errungenschaften anknüpft, diese dialektische negiert und so zu einer wirklichen Blüte führen wird. Dieser Weg verlangt allerdings, daß bereits beim gegenwärtigen Kampf um die Verteidigung sozialer Errungenschaften und um „mehr“ soziale Gerechtigkeit zugleich die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt rückt. Dieser historische Weg setzt zunächst die Einschränkung der Macht der Banken und Konzerne voraus und erfordert schließlich ihre Brechung. Daß eine solcher Weg von Anfang an zugleich Forderungen für eine gerechte Weltordnung, für die Sicherung des Frieden sowie ein Optima an ökologischer Nachhaltigkeit als Übergangsprogramm verlangt, versteht sich. Doch die Erörterung all dieser Fragen steht auf einem anderen Blatt und auch des Faktes, worum das neue Parteiprogramm der DKP die Fragen des Übergangsprogramms heute leider weitgehend ausklammert. Abschließend. Ich meine, daß ich mit meinen Ausführungen auch demonstriert habe, daß sich das wahrhaft enzyklopädische marxistische Erbe Abendroths bei den marxistischen Linken in guten Händen befindet.

---

<sup>47</sup> In: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied und Berlin 1967, S 131 f.

## **Umkämpftes Recht**

**Der Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth sah im Grundgesetz der BRD vor allem den Ausdruck eines »Klassenwaffenstillstands« - und verteidigte seinen normativen Gehalt gegen verfassungswidrige Interpretationen**

**Von Hans Heinz Holz**

Die Geschichte der Bundesrepublik ist eine Geschichte der Restauration. Sie läßt sich beschreiben als eine Abfolge von Etappen der Zersetzung des Grundgesetzes; eine Serie von Verfassungsänderungen begleitet die deutsche Nachkriegspolitik. Das politische Feld der Bundesrepublik war von 1950 bis 1990 ein Kampffeld, auf dem um die Verteidigung der Demokratie gerungen wurde.

Wer den Widerstand gegen die Aushöhlung der Grundgesetzintentionen schildert, muß von Wolfgang Abendroth sprechen. Er, der Jurist und Politikwissenschaftler, ragt wie ein Leuchtturm aus dem wogenden Meer des Kampfes um die deutsche Demokratie. Ich sage das so pathetisch, denn so habe ich ihn erlebt, so hat er mich immer mitgerissen: Voll leidenschaftlichem Pathos für eine gesellschaftliche Ordnung, die den Menschen Frieden, soziale Sicherheit und mehr Gerechtigkeit bringen würde.

Das Grundgesetz hat sich viele Änderungen gefallen lassen müssen. Von der Remilitarisierung der BRD bis zu den Notstandsgesetzen zieht sich eine Kette von Eingriffen in die Verfassung, die den Intentionen der Staatsgründer von 1949 zuwiderliefen. Und daß diese BRD als ein Provisorium gedacht war, und dies auch im Grundgesetz zum Ausdruck kam (worauf Abendroth immer hingewiesen und Nachdruck gelegt hat), verschwand bald ganz aus dem Bewußtsein der Politiker (und auch der Staatsbürger). So konnte auch in Vergessenheit geraten, daß nach der Herstellung eines einheitlichen deutschen Staates für diesen eine neue Verfassungsgrundlage hätte geschaffen werden müssen. Die Bundesrepublik Deutschland nach dem „Einigungsvertrag“ ist verfassungsrechtlich nicht mehr die BRD der Bonner Republik, und die Angliederung der DDR war völkerrechtlich eine Annexion und staatsrechtlich ein nicht demokratisch legitimierter Akt.

Man mag diese Argumentation für eine formalistische Sophisterei halten, wenn man dem Faktischen eine normative Kraft zugesteht; und in der Tat ist die Rechtsordnung - wenn auch mit gewissen eigenen Regeln und Konstanten - letzten Endes nur ein Spiegel der wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse und damit letztlich der sich durchsetzenden politischen Macht.<sup>1</sup> Andererseits ist es der Sinn eines Grundgesetzes, gerade nicht den Schwankungen der Tagespolitik zu folgen, sondern eine langfristig dauernde Idee der Staatsform einer Gesellschaft festzulegen.

### *Antifaschistischer Auftrag*

Die Gründung der Bundesrepublik erfolgte unter dem Eindruck der Erfahrungen des Faschismus und des Zweiten Weltkriegs als der bisher größten Katastrophe der menschlichen Geschichte. Nach 1945, nach Buchenwald und Auschwitz, nach Hiroshima, nach den Kriegsverwüstungen vom Atlantik bis zum Kaukasus konnten ein Gesellschaftszweck und eine staatliche Hoheitsgewalt nicht mehr so konzipiert werden wie zuvor. Die Vorstellung vom Gemeinwohl (*commune bonum*), die allen Staatskonzeptionen zugrundeliegt, konkretisierte sich im Begriff der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ als einer antifaschistischen.

Der antifaschistische Charakter des Grundgesetzes ergibt sich nicht nur aus seiner Entstehungsgeschichte, sondern ist auch im Artikel 139 explizit als Folge der Kapitulation Deutschlands und der Übernahme der Hoheitsgewalt durch die Besatzungsmächte benannt: Die Weitergeltung der von den Besatzungsbehörden „zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften“ knüpft die staatliche Existenz der Bundesrepublik an die durch das Potsdamer Abkommen geschaffene staatsrechtliche Ausgangslage. Die Bestimmung des Artikels 18 über die Verwirkung von Grundrechten nennt dann ausdrücklich die zu schützende verfassungsmäßige Ordnung die „freiheitliche demokratische Grundordnung“.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Wilhelm R. Beyer, *Der Spiegelcharakter der Rechtsordnung*, Meisenheim am Glan 1951

<sup>2</sup> Wilhelm R. Beyer, *Probleme einer staatsrechtlichen Ordnungslehre*, Düsseldorf 1953

## *Freiheit*

Was bedeutet das? Wolfgang Abendroth hat sich damit ausführlich auseinandergesetzt. Freiheitlich heißt, daß die Rechts- und Verfassungsordnung nicht einfach das Herrschaftssystem der herrschenden Klasse darstellt und durchsetzt, sondern die Form ist, in der die Klassenkämpfe im Normalfall unter Vermeidung physischer Gewalt ausgefochten werden. Als anlässlich seines 70. Geburtstags eine Reihe hochrangiger deutscher Rechtsgelehrter die Aspekte des Grundgesetzes diskutierten, hat Abendroth mit lapidarer Deutlichkeit den Kern des Problems freigelegt: «Wir müssen uns immer darüber klar sein, daß das Gebäude des Verfassungsrechts sozusagen als Krone dessen anzusehen ist, was darunter an einfachen Rechtsnormen und rechtlicher Praxis liegt. Wenn man so will, kann das Verfassungsrecht als ein jeweiliger Klassenwaffenstillstand gelten, aber im Fortgang des Klassenkampfes, nicht als Klassenfrieden. Ein Klassenwaffenstillstand mit dem Zweck, im Klassenkampf, der als Problem in einer Klassengesellschaft ja nie aufgehoben sein kann, die physische Gewaltsamkeit auszuklammern und durch andere Formen der Gewalt, natürlich aber durchaus der Gewalt, zu überspielen».<sup>3</sup>

Daß dies zwar der Normalfall der Verfassungswirklichkeit ist, aber nicht zur Stillstellung geschichtlich-politischer Aktion führen darf und kann, hat Abendroth sofort hinzugefügt: „Wir müssen dabei jedoch immer wissen, daß es immer wieder Ausnahmesituationen des Klassenkampfes gibt und geben kann, in denen physische Gewaltsamkeit nicht mehr ausgeklammert ist. Hier liegt die politisch-soziologische Rechtfertigung von Artikel 20 Absatz 4 GG. Nehmen Sie den Extremfall einerseits des imperialistischen Krieges, den zu verhüten unsere Hauptaufgabe ist, weil er nämlich praktisch den Selbstmord der Menschheit bedeuten würde, den Selbstmord der menschlichen Zivilisation; nehmen Sie den anderen Extremfall des Bürgerkrieges“.<sup>4</sup> Die Freiheit der Freiheitlichkeit besteht eben auch gerade darin, daß Vernunft und Menschlichkeit gegen die sich als Legalität gebärdende Herrschaftsausübung zur Geltung gebracht werden können. Darin ist das Widerstandsrecht gegen die Staatsgewalt, die Gehorsamsverweigerung gegenüber der Obrigkeit begründet. Heute würde

---

<sup>3</sup> Wolfgang Abendroth u. a. Der Kampf um das Grundgesetz, Frankfurt am Main 1977, S. 188f.

<sup>4</sup> Ebd., S. 189.

man von «Menschenrechten» sprechen und dem Recht auf Vernunftgebrauch einen Vorrang vor jeder Gesetzgebung einräumen.

### *Demokratie*

Demokratisch heißt, daß die im Grundgesetz offengehaltenen Spielräume für die Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensordnung nicht durch einseitige Entscheidungen verschlossen werden dürfen. Es war Abendroths zentraler Gesichtspunkt der Grundgesetzinterpretation, daß die Formulierung „freiheitlich demokratisch“ nicht im Sinne einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung verstanden werden dürfe, weil dies bei der Verabschiedung des Grundgesetzes gerade nicht festgeschrieben worden sei.

Es war die Erfahrung aus den Jahren 1933-45, „daß der Widerspruch zwischen politischer Demokratie und spätkapitalistischer Struktur der Wirtschaftsgesellschaft den Zusammenbruch der Weimarer Republik und den Sieg des Nationalsozialismus möglich gemacht hatte“ und deshalb „eine sozialistische Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse“ erforderlich sei. „Die Verwirklichung des Willens der Majorität der deutschen Bevölkerung“, die sich in den Verfassungen der neuen Länder in den ersten Nachkriegsjahren niederschlug, wurde «durch die Interventionen der Besatzungsmächte vereitelt».<sup>5</sup> Die restaurativen Kräfte der westdeutschen Bourgeoisie erhielten Rückendeckung, aber hatten im Parlamentarischen Rat (der verfassungsgebenden Versammlung) noch nicht die Oberhand.

„Also konnte die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht verfassungsrechtlich garantiert werden und mußte die Chance eröffnet werden, die sozialistische Umgestaltung zu vollziehen, ohne daß dadurch eine Grundgesetzänderung notwendig wird. Das Ergebnis wurde durch Artikel 15 erreicht, der durch die Formel des „demokratischen und sozialen Bundesstaats“ in Artikel 20 Absatz 1 sowohl überdacht als auch ergänzt wird. (...) Darüber hinaus wird durch Artikel 14 Absatz 1 Satz 2 der Gesetzgeber beauftragt, ‘Inhalt und Schranken‘ des Eigentums - also vor allem auch des Eigentums an Wirtschaftsgütern, die soziale Macht vermitteln können - zu bestimmen, um gemäß Artikel 14 Absatz 2 zu erzwingen, daß sein Gebrauch dem Gemeinwohl entspricht. Damit hat das

---

<sup>5</sup> Wolfgang Abendroth, Das Grundgesetz, Pfullingen 1966, S. 62

Grundgesetz der Durchsetzung des Anspruchs der Arbeitnehmer auf umfassende Mitbestimmung den Weg offen gehalten“.<sup>6</sup>

Das Grundgesetz läßt die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung zu, die Abstempelung sozialistischer Ziele als verfassungsfeindlich ist eine illegale Beschneidung des garantierten Möglichkeitsspektrums. Unter Berufung auf Artikel 3 Absatz 2 und Artikel 1 5 erklärt Abendroth: «Damit wurde eindeutig der Wille des Grundgesetzes zum Ausdruck gebracht, die liberalen und demokratischen Grundrechte des ersten Teils nicht als Garantien der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu mißdeuten. Diese Chance zur Demokratisierung der Sozialordnung durch Übergang zum Sozialismus kann nur illegal, nicht aber durch Änderung des Grundgesetzes in legaler Form beseitigt werden, weil der Rechtsgrundsatz des ‘demokratischen und sozialen Bundesstaats‘ gegen Verfassungsänderungen geschützt ist (Artikel 79 Absatz 3).<sup>7</sup>

### *Sozialer Anspruch*

Niemand wird verkennen, daß die politökonomische Wirklichkeit und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts diesen Erwartungen nicht entsprachen. Es gibt wieder - wie schon in der Weimarer Republik und verschärft durch den Übergang zur staatsmonopolistischen Form des Kapitalismus - die Diskrepanz zwischen der Verfassungsidee und der Verfassungswirklichkeit. Peter Römer hat in Fortführung des Gedankens von Abendroth diesen Widerspruch dem normativen Auftrag des Grundgesetzes entgegengesetzt: „Der bundesrepublikanische Staat soll demokratisch und sozial zugleich sein. (...) Eine Demokratie wird nur dadurch zur sozialen Demokratie, daß sie ihre Inhalte, nämlich die der Gleichheit und der Selbstbestimmung aller über ihre eigenen Angelegenheiten, vom politischen auch auf den gesellschaftlichen Bereich überträgt. Es geht also um etwas sehr viel Grundsätzlicheres als nur darum, durch Erweiterung der Mitbestimmung im Betrieb und im Unternehmen eine Demokratisierung der Wirtschaft zu betreiben. Der demokratisch legitimierte Gesetzgeber soll vielmehr die Möglichkeit haben, durch Gesetz die Wirtschafts- und Sozialordnung umzugestalten“.<sup>8</sup> Das Grundgesetz ist darauf angelegt, die vernünftige Ordnung der Produktionsverhältnisse gemäß dem Gang der Geschichte, das heißt der wissenschaftlich-

<sup>6</sup> Ebd S. 65

<sup>7</sup> Wolfgang Abendroth, Das Grundgesetz, a.a.O., S. 68

<sup>8</sup> Peter Römer, Im Namen des Grundgesetzes, Hamburg 1989, S. 116f

technischen Entwicklung der Produktivkräfte, herzustellen. Wer sich diesem politischen Prozeß dadurch widersetzt, daß er eine bestehende und der Umwandlung ausgesetzte durch konservative Gesetzgebung unangreifbar macht und damit verewigt, handelt nicht nur gegen den Lauf der Geschichte, sondern auch gegen den Sinn des Grundgesetzes. Dagegen hält Abendroth fest: „Verrechtlichung ist Entpolitisierung immer nur von einem Standpunkt aus, nämlich von dem der herrschenden Klasse“, und es ist ein Indiz für die Manipulation des Selbstverständnisses der unterdrückten Klasse, daß ihr „weitgehend das Bewußtsein für die politischen und sozialen Prämissen dieses Systems entfallen ist und ersetzt ist durch einen quasi theologischen Rechtsglauben abstrakter, dem Scheine nach der Klassenwidersprüche enthobener Art“.<sup>9</sup>

Der „Kampf ums Recht“ (Jhering) kann sich in der Klassengesellschaft und unter den Bedingungen des Klassenkampfes nicht durch die Ideologie der „Rechtsstaatlichkeit“ begrenzen lassen, sondern muß immer ein Kampf um die politischen Rechte, also um den Anteil an der politischen Macht sein.

### *Recht und Politik*

Wolfgang Abendroth war der erste, der in der BRD einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft erhielt und ein Institut für diese neue Disziplin aufbauen konnte. Er ist in einem gewissen Sinne der Urvater der deutschen Politologie. Es war ein Glücksfall, daß er - im Unterschied zu fast allen späteren Vertretern dieses Fachs - Jurist war. Soziologen, Ökonomen, Zeitgeschichtler haben sich in Wissenschaften ausgebildet, deren Grundlage die Beschreibung bestehender Verhältnisse oder geschehender Prozesse ist. Sie haben es in erster Linie mit der theoretischen Verarbeitung von Fakten zu tun. Sie beschäftigen sich mit dem, was ist, und erst in zweiter Linie mit dem, was sein soll.

Die Rechtswissenschaft denkt anders. Sie findet wohl ein Gefüge von Beziehungen und Verhaltensweisen vor; aber sie muß dieses Netz gemäß einer Wunschvorstellung von einer konfliktfreien Ordnung oder von konfliktlösenden Regeln knüpfen. Sie ist normativ. Der Historiker kann feststellen, daß Verträge - sogar häufig - gebrochen werden. Der Jurist muß fordern: Verträge sind einzuhalten (*pacta sunt servanda*). Ohne diese Norm gäbe es überhaupt kein Recht.

---

<sup>9</sup> Wolfgang Abendroth, *Der Kampf um das Grundgesetz*, a.a.O., S. 190

Die Rechtsordnung erhebt den Anspruch, das zu verbürgen, was allgemein wünschbar ist. Natürlich ist dieses Selbstverständnis -ideologisch und verdeckt die Tatsache, daß das allgemein Wünschbare aus der Perspektive der Herrschenden definiert wird. Das Gemeinwohl ist nicht so einfach zu ermitteln wie die Temperatur des Wassers und „seine inhaltliche Definition je nach der Stellung zu den Grundproblemen der Gesellschaft verschieden“.<sup>10</sup> Aber zum mindesten muß eine Rechtsordnung auch elementaren Lebensinteressen der Beherrschten gerecht werden, um als Garantie des Friedens in der Gesellschaft akzeptiert zu werden. Die an Recht gebundene Friedenspflicht ist der Boden, auf dem das Rechtsverständnis beruht.

Darin berührt sich die Aufgabe des Juristen mit der des Politikers. Auch dieser verwaltet nicht nur das Bestehende, sondern muß ständig Entscheidungen über Wünschbarkeit von Handlungsfolgen und über erstrebenswerte Ziele treffen.

Wie in der Rechtsgelehrsamkeit ist auch in der Politik die Berücksichtigung des Tatsächlichen von normativen Leitprinzipien nicht zu trennen. Der Politikwissenschaftler wird immer auch zu sagen haben, wie die Gesellschaft sein sollte. Und das kann er nicht, indem er nur analysiert, wie sie ist. Er muß die in ihr liegenden Möglichkeiten erkunden und sie, wo er politisch wirkt, offen halten.

Genau das hat Abendroth im Hinblick auf das Grundgesetz getan. Er war nicht bereit, den normativen Gehalt des Grundgesetzes den wirklichen Verhältnissen zu opfern. Für ihn galt es, die Zukunftsperspektive, die sich das Staatsvolk der BRD (und nicht seine späteren ökonomischen Herren) gegeben hatte, als Inhalt der Staatsgewalt festzuhalten, die nach Artikel 20 Absatz 2 vom Volke ausgeht. Seine Einführung in das Grundgesetz begann er:

„Das Bonner Grundgesetz wollte zunächst keine endgültige Verfassung eines neuen deutschen Zentralstaats sein, der auf einem Teil des früheren Deutschen Reiches etabliert wurde, sondern das provisorische Verfassungsrecht eines bloßen Staatsfragments eines (sei es künftigen, sei es des wiederbelebten früheren) gesamtdeutschen Staates für die Periode fixieren, in der der Zusammenschluß der verschiedenen Teile Deutschlands und also die Mitwirkung des gesamten deutschen Volkes an der Entstehung

---

<sup>10</sup> Wolfgang Abendroth, Das Grundgesetz, a.a.O., S. 66

einer endgültigen Verfassung noch nicht möglich war (Artikel 146). (...) Deshalb kann das Bonner Grundgesetz nur in seinem rechtlichen Inhalt verstanden werden und seine politisch-soziale Funktion für das Regierungssystem der Bundesrepublik und deren Veränderung in der geschichtlichen Entwicklung seit 1949 nur dann zutreffend bestimmt werden, wenn die politische Willensbildung, die es enthält, historisch analysiert wird. (...) Nur in gleicher Weise können die späteren Änderungen des Grundgesetzes und die dadurch bewirkten Veränderungen seiner Struktur verstanden werden“.<sup>11</sup>

Zu keinem Zeitpunkt mag diese rechtsmethodologische und politische Überlegung aktueller gewesen sein, als sie es heute ist, angesichts eines „Einigungsvertrags“, der unter offenkundiger Mißachtung von Artikel 146 zustande gekommen ist und darum keine verfassungsrechtliche Legitimität beanspruchen kann. Diese Lehre sollte aus den Argumenten Abendroths zu ziehen sein. Sie würde der Faktizität des heutigen Staates eine andere Färbung geben.

## **Aus dem Grundgesetz der BRD: Idee und Wirklichkeit**

### **Artikel 14**

2. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen
3. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.

### **Artikel 15**

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.

---

<sup>11</sup> Ebd., S. 11 und 13f

## **Artikel 20**

1. Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat
4. Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

## **Artikel 146**

Dieses Grundgesetz [...] verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Erstveröffentlichung in: junge Welt vom 3.5.2006, S. 10-11.

## **Wolfgang Abendroth**

### ***Ein Marxist des 20. Jahrhunderts auch für das 21.***

**Von Friedrich-Martin Balzer**

*Der “marxistische Sozialist” – so sein Selbstverständnis – wäre am 2. Mai 2006 100 Jahre alt geworden. Er war und ist uns wichtig.*

*Wolfgang Abendroth wurde geboren am 2. Mai 1906 in Wuppertal-Elberfeld. Seine Biografie in Stichworten: Studium an den Universitäten Frankfurt/M., Tübingen, Münster und Bern; 1930 Gerichtsreferendar, 1933 aus dem Justizdienst entlassen, 1935 Promotion zum Dr. jur. in Bern (Schweiz); 1937-1941 wegen illegaler Tätigkeit gegen das “Dritte Reich” im Zuchthaus, ab 1943 im Strafbataillon 999; Ende 1946 nach der Rückkehr aus englischer Inhaftierung in Ägypten Arbeit im Justizministerium des Landes Brandenburg und in der deutschen Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone; Dozent an der Universität Halle und Professor an den Universitäten Leipzig und Jena; 1949 an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven; 1951 bis 1972 Professor für wissenschaftliche Politik in Marburg. Rechtswissenschaftliche und aktive politische Leitfigur im Kampf u.a. gegen die Notstandsgesetze, Verteidiger des Grundgesetzes, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegen deren Unterwanderung und Aushöhlung von rechts, Kämpfer gegen “den Bruch mit der programmatischen und theoretischen Tradition der deutschen Sozialdemokratie als der Partei der Arbeiterklasse”<sup>1</sup> und unbeirrbarer Förderer einer analytisch begründeten Einheit von Theorie und Praxis, die von “alten” und “neuen”, jedenfalls wirklich Linken praktiziert werden sollte, starb Abendroth am 15. September 1985 in Frankfurt/M. nach einer vita activa, die Wissenschaft und Politik immer köhärent verzahnte.<sup>2</sup> Als lebenslanger “marxistischer Sozialist” verstand er sich als Unterstützer fortschrittlicher und linker Bewegungen – nicht zuletzt jener der links organisierten Studierenden. Friedrich-Martin Balzer stellt Abendroth in einer Funktion vor, die bis heute nicht obsolet ist.*

---

<sup>1</sup> Wolfgang Abendroth: Der Kölner Parteitag der SPD. In: neue kritik, 3. Jg., (1962), (August), S. 15-18.

<sup>2</sup> Abendroth war neben acht selbständigen Buchveröffentlichungen Autor von mehr als 1000 Publikationen in Sammelschriften, Zeitschriften und Zeitungen; vgl. Gesamtbibliografie auf der CD-Rom “Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene”, hrsg. von Friedrich-Martin Balzer, 2. durchgesehene und erweiterte Auflage, Bonn 2006. [siehe [www.friedrich-martin-balzer.de](http://www.friedrich-martin-balzer.de)]

1920 als 14-jähriger Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes KJV geworden, schloss Abendroth sich mit Beginn des Studiums 1924 der *Freien Sozialistischen Jugend* an und wurde einer der führenden Theoretiker der Jugend- und Arbeiterbewegung. Der Student befasste sich intensiv mit vielen Themen: dem Ethischen Sozialismus, Religion und Sozialismus, Paneuropa-Illusionen, Austromarxismus, Kapitalismus und Sozialismus in der Sowjetunion, Fragen der nationalen und internationalen Zusammenarbeit der Jugendbewegung, Einigungs- und Einheitsfragen, marxistischer Theorie, der Wehrdebatte in der SPD, Abrüstungsfragen, Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus, Nationalbolschewismus, Imperialismus. Sein daraus erwachsendes theoretisches Denken, das ihn als einen der großen Theoretiker der Arbeiterbewegung ausweist, und sein praktisch-politisches Wissen lohnen die Wiederentdeckung für die Gegenwart. Die zu seinem 100. Geburtstag realisierten Veranstaltungen in Marburg (2.Mai), Frankfurt/M. (6.Mai) und Leipzig (13.Mai)<sup>3</sup> werden dies (hoffentlich) zeigen. Der erste Band der Herausgabe von sechs Auswahlbänden mit seinen Frühschriften (1926-1948) wird den meisten der auch nur halbwegs mit dem Gesamtwerk Abendroths Vertrauten als große Entdeckung vorkommen.<sup>4</sup>

Früh, mit 20 Jahren, legt er den Finger in eine Wunde des organisierten Sozialismus: "Die Verwechslung von (proletarischer) Demokratie und (bürgerlichem) Parlamentarismus ist so allgemein geworden im sozialistischen Lager, daß es wenig Wert hätte, diese verfehlte Terminologie zu bekämpfen, wenn sie nicht zu falschen Marxinterpretationen führte. So sei noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das ‚Kommunistische Manifest‘ ‚Demokratie‘ und ‚Diktatur des Proletariats‘ ausdrücklich identifiziert, während Marx den Klasseninhalt der (rein legislativen) Parlamente mit bürokratischem Exekutiv- und juristischem Apparat mehrmals richtig analysiert hat." Von der bürgerlich-parlamentarischen Republik zur faschistischen Diktatur sei "nur der kleine Schritt der Entfernung der parlamentarischen Attrappe".<sup>5</sup> Nicht zuletzt nimmt er wahr, was in der sozialistischen Revolution in

---

<sup>3</sup> Die Veranstaltungen finden zu Zeitpunkten statt, die eine Berichterstattung in dieser Ausgabe von FORUM WISSENSCHAFT nicht mehr möglich machten. (Anm. d. Red.)

<sup>4</sup> Wolfgang Abendroth: Gesammelte Schriften, Band 1, 1926-1948. Herausgegeben und eingeleitet von Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler, Hannover 2006, 600 Seiten.

<sup>5</sup> Wolfgang Abendroth: Das Programm der Austromarxisten. In: FSJ, 2. Jg., 1926, H. 11 (November), S. 177-190.

Russland vor sich geht. Im Schlusssatz eines Zeitschriftenbeitrags bemerkt er: “Noch ist der Weg der russischen Revolution von der Bastille zum 9. Thermidor, vom Februar zur Junischlacht nicht beendet. Aber er ist betreten. Nur der Sieg der westeuropäischen Revolution wird die Umkehr ermöglichen. Ob er noch zur rechten Zeit kommt? Wir wissen es nicht. Das aber wissen wir: es ist die ungeheure Schuld des westeuropäischen und vor allem des deutschen Proletariats, die russische Revolution verlassen und damit ihr den Weg zum Thermidor aufgezwungen zu haben.”<sup>6</sup>

Seine praktische Tätigkeit bringt ihn auch mit kritischen evangelischen und katholischen Jugendlichen in Berührung. Um deren Gewinnung für klassenkämpferisches Denken willen rät das Mitglied des Freidenkerverbandes, sich “um des Sozialismus willen vor freidenkerischer Engherzigkeit [zu] hüten”. Einer seiner Artikel schließt mit den Thesen: “1. Der Atheismus ist dem proletarischen Sozialismus nicht notwendig immanent, atheistische Propaganda nicht Aufgabe sozialistischer Organisationen. 2. Um die christlichen Arbeiter und proletaroiden Mittelschichten von der Bourgeoisie zu lösen und in die Klassenkampffront des Proletariats einzureihen, ist eine religiös und christlich motivierte sozial-revolutionäre Propaganda erforderlich. 3. Jede religiöse Gruppe, gleichgültig, ob in oder außerhalb der Kirchen, die aus ihrem Glauben heraus den proletarischen Klassenkampf in allen seinen Formen unterstützt und das sozialistische Endziel betont, ist deshalb vom sozialistischem Standpunkt aus zu begrüßen.”<sup>7</sup>

### *Gegen „Marx-Überwinder“*

Seine Marx-Aneignung und Auseinandersetzung mit “Marx-Überwindern” begann Abendroth früh. So schrieb der 19jährige: “Es ist ein altes Lied: Ständig, in tausend Formen, in tausend Schriften wird der Marxismus getötet. Von Jahr zu Jahr, von Universität zu Universität ziehen die Gralsritter der bürgerlichen Wissenschaft, die Feldhüter der ‚ruhigen Entwicklung‘, die Sonntagsjäger der formalen Logik aus, die Welt vom Drachen der Theorie der Revolution, der Lehre der materialistischen Dialektik zu befreien. Und oft genug sind es ehemalige ‚Marxisten‘, die verbrennen, was sie angebetet, um anzubeten, was sie verbrannt haben, die

---

<sup>6</sup> Wolfgang Abendroth: Sozialismus und Kapitalismus in der Sowjet-Union. In: FSJ, 3. Jg., (1927), H. 5 (Mai), S. 69-75, hier S. 75.

<sup>7</sup> Wolfgang Abendroth: Religion und Sozialismus, in: Freie Sozialistische Jugend, 3. Jg., (1927), H. 12, (Dezember), S. 177-184, hier: S. 184.

glauben, nun endlich sei das große Werk vollbracht und Marx endgültig widerlegt.

So alt wie der Marxismus selbst ist dies Lied. Doch trotz des tollen Reigens seiner ‚Widerleger‘ lebt er immer noch. Er ist nicht totzukriegen, trotzdem er stündlich ‚getötet‘ wird. Und so haben sich die Marxisten gewöhnt, die Widerleger des Marxismus widerlegen zu lassen und auf unfruchtbare zeitverzehrende Antikritik zu verzichten. Obwohl es ab und zu ganz gut sein mag, sich am holden Spiel der ‚Marxisten‘ a. D. und Marx-Überwinder von heute zu erfreuen und der Betrachtung ihres Treibens einige Zeit zu widmen.“ „Von Eduard Bernstein [...] zu MacDonald, [...] von Bernard Shaw bis zu Steinberg, sie singen all’ das gleiche Lied: Der Marxismus predige eine ‚Notwendigkeitslehre‘. Er vernachlässige, ja er verneine damit geradezu die Notwendigkeit der Erziehung revolutionären Willens. Insofern sei er die Theorie des Opportunismus. Andererseits erzähle er etwas vom notwendigen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft, von der Anarchie kapitalistischer Wirtschaft, von im Prozeß kapitalistischer Produktion unumgänglich entstehenden Krisen, von der Unüberbrückbarkeit der Gegensätze, die die Gesellschaft ständig in Kriege und Klassenkämpfe zwingen. Insofern sei er für zarte Gemüter schrecklich und abstoßend, brutal, einfach asozial. Dabei sei doch der Sozialismus eine so schöne und nette Angelegenheit des rührenden, herzbewegenden ‚Gemeinschaftsempfindens‘. Und endlich liege der Marxismus der Arbeiterbewegung dauernd mit der Behauptung in den Ohren, sie habe ein Ziel und müsse das in ihrer Tagestätigkeit im Auge halten: Das habe mit Wissenschaft nichts zu tun, sei empirisch nicht zu beweisen und störe außerdem die Koalitionspolitik. Auf ein paar Widersprüche mehr oder weniger kommt es dabei nicht an.“ Er schließt: „So lange wir nicht im Bewußtsein der Massen die marxistische Denkmethode, den dialektischen Materialismus, verankert haben, werden Quacksalber aller Art [...] die besten Elemente des Proletariats gewinnen können.“<sup>8</sup>

### *Ein isolierter Marxist*

Hatte der jugendliche Abendroth 1926 noch erklärt, er sei „‚unsachlich‘ genug, es nicht für sehr sachlich zu halten, nach der Methode eines bürgerlichen Professors sein Urteil und seine Kampfmethod nach der Zahl der ‚Autoritäten‘, die hinter einer Sache stehen, einzurichten“<sup>9</sup> so belegte er als Professor in der bürgerlichen Restaurationsgesellschaft – so z.B. in den

---

<sup>8</sup> Wolfgang Abendroth: Hendrik de Man widerlegt den Marxismus. In: Freie Sozialistische Jugend“, 2. Jg., 1926, H.4 (April), S. 57-59.

Disputen mit seinen bürgerlichen Widersachern Ernst Forsthoff, Thomas Ellwein, Peter Scheibert und Ernst Otto Czempel - seine marxistischen Überzeugungen solide und Streitbar zugleich. In den 50er Jahren sah er sich teilweise noch genötigt, sie auch mit Hilfe defensiver Taktiken in diesen „kalten Zeiten“ zu verbreiten<sup>10</sup>. Vorsicht war unerlässlich. Immerhin wurde der ordentliche Professor, Mitglied der SPD, das zugleich Mitglied des bremischen und hessischen Staatsgerichtshofs war, in den fünfziger Jahren mit einem zweijährigen staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren wegen „Staatsgefährdung“ verfolgt. Erst Mitte der 60er Jahre konnte Abendroth sich aus seiner Isolation halbwegs befreien.

Aus Anlaß des 150. Geburtstages von Karl Marx im Jahre 1968 und des 100. Todestages von Karl Marx im Jahre 1982 trat er unerschrocken für das Erbe von Karl Marx und seiner großen und produktiven Schüler Wladimir I. Lenin *und* Rosa Luxemburg ein. Marx war für Abendroth weder eine „Inkarnation des Teufels“ noch ein „längst antiquierter Gegenstand der Vorgeschichte“. Zwar hatte die Geschichte Karl Marx widerlegt, als dieser noch annahm, die proletarische Revolution werde zuerst in den Bereichen industriell und technisch hochentwickelter kapitalistisch produzierender Staaten siegen. Zwar hatte Lenins Hoffnung, der nächste Schritt der sozialistischen Weltrevolution werde in Deutschland Wirklichkeit werden, getrogen. Doch die von Marx dargestellte Tendenz zur Konzentration des Kapitals ist, so Abendroth, „längst in die des monopolkapitalistischen Kapitalismus umgeschlagen, der sich des Staats und seiner öffentlich-rechtlichen und privaten Instrumente bedient.“<sup>11</sup> Aber seine „Religion ist noch immer der Profit, für dessen Erhaltung und Steigerung er im Falle seiner (unvermeidlichen) Krisen bereit ist, auch die riskantesten Mittel der physischen Gewalt einzusetzen. Die mögliche Gegenkraft, die den Fortbestand des Fortschritts der Humanität gewährleisten kann, ist noch immer die Klasse derer, die vom Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft in seinen Bereichen leben.“ „Wer die Profitwirtschaft erhalten will, muß vor allem Marx bekämpfen.“ Marxismus ist, „(schon weil er dialektisch verfährt),

---

<sup>9</sup> Wolfgang Abendroth: Wo bleibt die Antwort? In: Freie Sozialistische Jugend, 2. Jg., 1926, H. 8 (August), S. 135-136.

<sup>10</sup> Wolfgang Abendroth: „Ist der Marxismus überholt?“ in: Junge Kirche, Protestantische Monatshefte, Leer/Ostfriesland, 19. Jg., (1958), H. 3/4 vom 10. Februar 1958, S. 65-74.

<sup>11</sup> Wolfgang Abendroth: Was bedeuten für Sie Karl Marx und sein Werk heute?“ In: „... einen großen Hebel der Geschichte“. Zum 100. Todestag von Karl Marx. Aktualität und Wirkung seines Werks. Frankfurt/M. 1982, S. 352-354. Alle in diesem Abschnitt folgenden Zitate ebenda.

Methode und nicht Dogma“. Und ohne diese Methode kann man in unserer gesellschaftlichen Realität von heute keinen Kompaß (und keine notwendigen Kompromisse) finden. Abendroth plädierte abschließend dafür, eine Welt zu schaffen, „in der keine Klassengegensätze und Staatenwidersprüche mehr verhindern, dass der Wohlstand eines jeden anderen für jedermann erkennbar die Bedingung für das eigene Wohlergehen geworden ist.“

Wissenschaft, auf der Grundlage der Methode der marxistischen Dialektik abgeleitet, war ohne praktische Tätigkeit für ihn wie „Atmen, ohne Luft zu holen“(Brecht). Und da Solidarität für ihn nur wirklich war, wenn sie konkret war, nahm er Partei für die Verfolgten und Geschlagenen in Geschichte und Gegenwart, seien es nun Angela Davis, Jupp Angenfort, Viktor Agartz, Rudolf Bahro, Silvia Gingold, Horst Holzer und Volker Götz, um nur einige wenige zu nennen. Dem Widerstand in Griechenland, Portugal, Chile, Israel und der BRD zeigte er öffentlich seine unmittelbare Solidarität. Immer war sie gespeist von umfassenden und detaillierten historischen Kenntnissen. Im Kampf für die Überwindung von Geschichtslegenden („Man muß die Fakten kennen“) übernahm er seit frühester Jugend die Kategorien des von Sigmund Freud entdeckten Un- und Unterbewussten in sein strategisches und analytisches Denken. Sein Weltbild war alles andere als eurozentristisch. Wie sein Lehrer Heinrich Brandler behielt Abendroth, der Internationalist, den ganzen „Emanzipationsprozeß in den Ländern der sogenannten Dritten Welt, also der früheren Kolonial- und Halbkolonialwelt“,<sup>12</sup> bis an sein Lebensende fest im Blick.

Seine Marburger Hochschullehrerzeit ab 1951 nutzte er zum einen bei vielen Gelegenheiten für öffentliche geschichtlich-politische Aufklärung, z.B. bei seinen Audimax-Reden von 1966 zum 17. Juni 1953 über Vorgeschichte und Hintergründe und Zusammenhänge des Generalstreiks der Arbeiter in der DDR, die ihre Abneigung gegen die damalige Führung der SED, gegen die damalige Führung des Staates demonstrierten<sup>13</sup> bzw.

---

<sup>12</sup> in: Gegen den Strom – KPD-Opposition. Ein Kolloquium zur Politik der KPO (1928-1945). Herausgegeben von Jürgen Kestner, Frankfurt/Main 1984, S.99. Siehe auch Abendroths 15 Thèses sur le problème du socialisme et les pays en voie de développement in: Socialism in The World, International Journal of Marxist and Socialist Thought, Beograd, 3. Jg., (1979), Number 15, S. 59-69.

<sup>13</sup> Vortrag auf Einladung des Allgemeinen Studentenausschusses am 17. Juni 1966 im Auditorium Maximum der Philipps-Universität Marburg. Abschrift in der „Sammlung Abendroth“, 37 S.

von 1970 anlässlich des 100. Geburtstages Lenins über den historischen Stellenwert der Oktoberrevolution<sup>14</sup>, aber auch zur Heranbildung einer neuen Generation von Studierenden und Nachwuchswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen, die linke Theorie und Praxis aus der Isolation in der damaligen versteinerten Adenauer- und Post-Adenauer-Gesellschaft herauszuführen halfen.

Als Geburtshelfer des 1968 gegründeten Bundes demokratischer Wissenschaftler förderte und moderierte er die Einheit und Handlungsfähigkeit des BdWi, ohne dem Antikommunismus irgendwelche Konzessionen zu machen. Als Kommentator des Grundgesetzes hat Abendroth in unzähligen Veröffentlichungen die Normen des Grundgesetzes unter strenger Einhaltung der historisch-genetischen, grammatischen, systematischen und teleologischen Verfassungsinterpretationsmethoden gegen ihre ideologische Unterwanderung verteidigt und beispielsweise Berufsverbote - in Übereinstimmung mit Helmut Ridder<sup>15</sup> - schlicht als verfassungswidrige Demokratieverbote bezeichnet.

### *In und mit der Realität*

Wohlgemerkt: Abendroth war kein Marxologe. Theorie war für ihn keine „Spezialprofession“. Er wandte die marxistische Methode praktisch und theoretisch an. Theorie musste für ihn aus der Verallgemeinerung vieler und verschiedenartiger Praxiserfahrungen hervorgehen und sich als Handlungsorientierung wieder in der Praxis bewähren. Er strebte nach Organisierung, ohne sich Führungsriegen kritiklos zu unterwerfen. Nach seinem Ausschluß aus der SPD im Jahre 1961 blieb er „parteilich ohne Partei“ (Theo Pinkus). Als Vermittler der unterschiedlichen Richtungen in der Arbeiterbewegung sagte er immer, was ist und was zu tun ist. Einheitsfrontdenken ohne Einbeziehung der Kommunisten war für ihn undenkbar. Im Aussprechen der Wahrheit war er nicht nur ungeheuer tapfer vor dem Klassengegner, sondern auch vor den Genossinnen und Genossen. Er wusste, wer historisches Subjekt der Veränderung sei. Er fand sich nie mit den gegebenen Zuständen ab und versuchte sie durch kritisches und solidarisches Denken zu überwinden. Sektiererisches Verhalten war ihm fremd. Er plädierte für Toleranz unter den Linken, aus der erst Bündnisse

<sup>14</sup> In: marburger blätter, 21. Jg., Nr. 133, 2/II. Qu. 1970, Ausg. 29.05.1970, S. 1-6.

<sup>15</sup> Siehe Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Helmut Ridder für Einsteiger und Fortgeschrittene, 2. erheblich erweiterte Auflage, CD-ROM, Bonn 2004 (enthält die Gesamtbibliographie und 100 ausgewählte Texte von Helmut Ridder).

und der gemeinsame Widerstand erwachsen. Warte- und Reservestellung waren ihm fremd. Lieber machte Abendroth mit seinem unaufhörlichen Handeln und Schreiben lieber einen (unvermeidlichen) Fehler, als sich passiv zu verhalten. Für Abendroth existierte marxistisches Bewusstsein nie rein, weil es in einer konkreten historischen Totalität entsteht, immer beeinflusst durch die Umgebung und als Element in dieser realen sozialen Umgebung. Insofern reflektierte er noch sein eigenes Tun unter historisch-materialistischem Blickwinkel. Anders als Lukács, war Abendroth wirklich ein Historiker und ein real-soziologischer Ökonom. Er war kein Intellektueller, der am Rande der Bewegung steht.

Er war von einheitlichen Grundgedanken durchdrungen und läßt sich keineswegs für das gegenwärtige Niveau von Theorie und Praxis der Linkspartei apologetisch vereinnahmen. Als aktiver Gewerkschafter rang er seit 1951 unablässig um Theorie und Praxis der Gewerkschaften, die sie befähigt, sich nicht als „Ordnungsfaktor“ der kapitalistischen Gesellschaft zu integrieren, sondern im Interesse der Klasse der abhängig Arbeitenden „Gegenmacht“ gegen das große Kapital und ihre Helfershelfer zu schaffen.

Von „Marxismus als Legitimationswissenschaft“ (Oskar Negt) hielt sich Abendroth zeit seines Lebens fern. In der SBZ/DDR hätte Abendroth es womöglich noch schwerer gehabt als in der BRD. In der BRD war er als marxistischer Hochschullehrer zwar lange Zeit auf ein enges Bündnis mit Horkheimer und Adorno als fast einzigen möglichen Bundesgenossen angewiesen. Andererseits kannte er die „Grenzen ihrer nur ideologiekritischen Methode“ sehr genau. Ihre Analysen beschränkten sich stets auf ideologische Probleme und schrieben in der materialistischen Dialektik „den Materialismus bestenfalls klein, um sie in der Praxis weitgehend zu entpolitisieren“<sup>16</sup>. Abendroth rechnete sich nicht zu den Intellektuellen der „Frankfurter Schule“, „die sich total zurückgezogen haben und von der Realität permanent abstrahieren, die also einen Scheinmarxismus als Selbstbefriedigung betreiben.“<sup>17</sup> Den Adornismus bezeichnete er geradezu als „Rückzugsbrücke“<sup>18</sup>.

---

<sup>16</sup> Wolfgang Abendroth: Studentenbewegung und wissenschaftlicher Sozialismus, in: Studentenbewegung heute, Sozialistische Reihe, (SHB) Bonn 1975, S. 23-32.

<sup>17</sup> *gemeinsam mit Jörg Kammler, Raphael de la Vega und Georg Ahrweiler*, Die Bedeutung Lukács' für Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung. Ein Gespräch, in: Georg Ahrweiler (Hrsg.), Betr.: Lukács. Dialektik zwischen Idealismus und Proletariat, Köln 1978, S. 15-50, hier S. 37

<sup>18</sup> aaO, S. 43

Eric Hobsbawm hat die materialistische Geschichtswissenschaft als den Kern des Marxschen Denkens bezeichnet.<sup>19</sup> Sie ist auch der Kern des Abendrothschen Denkens. Auch wenn Abendroth nur eine Handvoll selbständiger Schriften als Historiker publizierte, hat er doch stets historisch und klassentheoretisch geschrieben. Die meisten Veröffentlichungen von Abendroth beschäftigten sich mit zeitgenössischer Geschichte, geschrieben als Reaktion auf aktuelle Ereignisse, Vorgänge und Anlässe. Sie sind eindrucksvolle Zeugnisse seines eingreifenden Denkens. Sein besonderes Interesse galt den Jungen, die erst noch an die Arbeiterbewegung herangeführt werden sollten, und der Erinnerung und Würdigung der Weg- und Kampfgefährten in der demokratischen Bewegung, wie zum Beispiel Max Adler, August Bebel, Ernst Bloch, Heinrich Brandler, Emil Carlebach, Hermann Heller, Werner Hofmann, Johanna Kirchner, Wladimir I. Lenin, Rosa Luxemburg, Helmut Ridder, Hugo Sinzheimer und Josef Schleifstein.

Wie Marx lehnte er es ab, die verschiedenen akademischen Fächer zu separieren. Er hielt im Hegelschen Sinne an der dialektischen Einheit von Welt und Wissenschaft fest. Es ist daher unzulässig, willkürlich zwischen unterschiedlichen Abendroths - dem Historiker, dem Ökonomen, dem politischen Soziologen, und dem Juristen - zu unterscheiden, so herausragend seine Leistungen auf all diesen Gebieten auch waren.

Hobsbawm hat zwar recht, wenn er sagt, dass ein großer Denker der Vergangenheit nur weiter lebt, sofern seine Schüler und Nachfolger nicht bloß seine Schriften zitieren und kommentieren, sondern seine Methode anwenden. Um seine Methode kennen zu lernen, ist es jedoch notwendig, seine zahlreichen, verstreuten Schriften wieder gebündelt zugänglich und damit bekannt zu machen.

### *Ohne Siege mit Hoffnung*

Aber auch dann gilt, was der illusionslose, orthodoxe, kreative wie undogmatische wissenschaftliche Sozialist Abendroth bereits vor dem Epochenwechsel 1989ff. schrieb: „Von Sicherheit des künftigen Sieges kann man niemals reden, und rede ich auch nicht. Aber [...] das Prinzip Hoffnung ist - wenn man diese Hoffnung eben nicht als eine sich selbst verwirklichende Hoffnung nimmt, sondern als Aufgabe - nicht nur die *Conditio sine qua non* des Sieges der Arbeiterklasse und des Sozialismus,

---

<sup>19</sup> Eric Hobsbawm: Karl Marx und die Geschichtswissenschaft. In: Sonderkonferenz 1983, Marxismus und Geschichtswissenschaft, ITH-Tagungsberichte 19, Geschichte der Arbeiterbewegung, S.1-5, hier S. 1.

sondern auch die Vorbedingung für die Aufrechterhaltung der Existenz der Menschheit. Und deshalb muß man für diese Hoffnung kämpfen, solange noch der Schatten der Möglichkeit eines Erfolges verbleibt.“<sup>20</sup> Zu Beginn der faschistischen Herrschaft im Deutschen Reich schien keinerlei Hoffnung mehr zu bestehen. „Und trotzdem haben wir dieses Prinzip Hoffnung aufbewahrt und aufbewahren müssen und für die 0,05 Prozent potentiellen Erfolges kämpfen müssen.“

Die Sowjetunion war ihm „trotz aller Fehler, die es in der Entwicklung der UdSSR zweifellos gegeben hat“,<sup>21</sup> ein „Faktor möglicher Hoffnung“ in den (Ung-)Gleichgewichtsbedingungen des internationalen Klassenkampfes seit 1917. Auch wenn diese in den antagonistischen Klassengesellschaften und in den internationalen Kräfteverhältnissen seit der Niederlage und dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers sich einschneidend zum Schlechteren verändert haben, es bleibt, so würde Abendroth heute sagen, trotz alledem die Hoffnung und die Pflicht zum eingreifenden Denken. „So geschlagen die sozialistische Bewegung, so schwach die Friedensbewegung in vielen der kapitalistischen Staaten erscheint“ - Abendroth, der selbst gerne Biologie studiert hätte, pflegte ab 1980 in der Regel auch die Ökologiebewegung miteinzubeziehen -: in seinem Sinne verstanden, gibt es auch im 21. Jahrhundert immer wieder Ansatzmöglichkeiten, um diese fortschrittlichen Bewegungen voranzutreiben und mit ihnen zu Erfolgen zu kommen. Gewiß ist die Chance der Hoffnung heute viel größer, als sie es für Abendroth unmittelbar in der Periode des beginnenden Faschismus war. „Gleichwohl hat auch unsere damalige Hoffnung wesentliches bewirken können.“<sup>22</sup>

Abendroth selbst lebte illusionslos und völlig frei von Eitelkeit. Er rechnete bei allem, was er tat, was er schrieb und dachte, mit der Möglichkeit, dass es *à fond perdu* getan und geschrieben war. Die Hoffnung, die er nähren durfte, war die, dass künftige Generationen sich wieder einmal dessen, was er getan, gedacht und geschrieben hat, erinnern werden. Eine Renaissance seines Denkens und seiner Taten wird es jedoch erst geben, wenn sein Werk wieder nachlesbar geworden ist und die „Niveaugeschichte des

---

<sup>20</sup> In: Friedensbewegung und Arbeiterbewegung. Wolfgang Abendroth im Gespräch. Marburg 1982, S. 132ff. Zit. auch bei Frank Deppe: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. In: Friedrich-Martin Balzer/Hans Manfred Bock/Uli Schöler (Hrsg.): Wolfgang Abendroth, Wissenschaftlicher Politiker. Bio-Bibliographische Beiträge, Opladen 2001, S. 194.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 133.

<sup>22</sup> Ebenda.

Klassenbewusstseins“ - Klassenbewusstsein ist der am häufigsten verwendete Begriff im Denken von Wolfgang Abendroth - unter den Bedingungen andauernder Widersprüche und der Gefahr des totalen Rückfalls in die Barbarei - quantitativ und qualitativ eine höhere Stufe erreicht hat.

*Dr. Friedrich-Martin Balzer, der 1972 bei Abendroth über Erwin Eckert promovierte, ist Gründungsmitglied des BdWi. Von 1968-1997 arbeitete er als Lehrer für Englisch, Gemeinschaftskunde, Rechtskunde und Geschichte. Sein Beitrag beruht zum Teil auf einem Vortrag, den er am 8.10.2005 bei der Assoziation Marxistischer Studierender in Düsseldorf gehalten hat. Seit 1998 bearbeitet er die Bibliografie des Gesamtwerkes von Wolfgang Abendroth und hat bisher mehr als 700 seiner Veröffentlichungen als elektronische Ressource erstellt ([www.friedrich-martin-balzer.de](http://www.friedrich-martin-balzer.de))*

Leicht gekürzte Fassung erschien als Erstveröffentlichung in FORUM WISSENSCHAFT, 2006, Heft 2, S. 48-51.